



24. Heft | 27. November 1913

WILLEM HUBERT VLIAGEN · LEHRREICHE FOLGEN



MAN hat auch in der deutschen Parteipresse lesen können, daß bei einer Nachwahl der 3. Amsterdamer Wahlkreis für die holländische Sozialdemokratie verloren gegangen ist.¹⁾ In der Stichwahl zwischen Liberalen und Sozialdemokraten siegte der Liberale mit 6715 Stimmen über unsern Genossen Jan Oudegeest, der 6082 Stimmen auf sich vereinigte. Wenn man bedenkt, daß dieser Kreis seit 1902 in unserm Besitz war, daß uns außer dem Abgeordnetenmandat auch alle übrigen Mandate, die er zu vergeben hat, nämlich 5 Sitze im Gemeinderat und 4 in den Provinzialständen, gehörten, daß alle diese Mandate seit 1906 stets im 1. Wahlgang erobert wurden, und daß er bei den letzten Juniwahlen der einzige Kreis war, der uns gleich im 1. Wahlgang den Sieg brachte, daß er mithin den besten Wahlkreis des Landes darstellte, dann leuchtet es gewiß jedem ein, daß es sich hier um eine sehr empfindliche und folgenschwere Niederlage handelt.

Nun mögen bei diesem Wahlkampf einige besondere Umstände nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis gewesen sein. Als hervorragendster Führer des Generalstreiks von 1903 hat der Name des Genossen Oudegeest in allen bürgerlichen Kreisen einen besonders verhaßten Klang. Daneben ist er auch noch der bestgehaßte Mann bei den Anarchisten. Als Präsident des Gewerkschaftsbundes, der den Anarchismus in der Gewerkschaftsbewegung stark bekämpft und zurückgedrängt hat, genießt der *Verräter von 1903*²⁾ bei den *Kameraden* einen sehr schlechten Ruf. Daher gaben viele von ihnen bei der Wahl ihre Stimmen für den Liberalen ab. Daß dies aber von großer Bedeutung für den Ausfall der Wahl gewesen sein soll, gilt mir als ausgeschlossen. In Holland verliert jeder sein Wahlrecht, der seine direkten

¹⁾ Siehe die Rundschau *Sozialistische Bewegung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1522.

²⁾ Als der Generalstreik 1903 verloren war, schrieben die Anarchisten Verrat. Es wurde sogar eine Kommission ernannt, um die Angelegenheit zu untersuchen. Diese Kommission, obchon überwiegend aus anarchistischen Syndikalisten zusammengesetzt, kam natürlich zu dem Ergebnis, daß von Verrat keine Rede sein könne. Dies verhinderte aber die Anarchisten nicht die Anklage immer von neuem zu erheben. Noch heute fährt man damit fort, allerdings ohne daß sich ein vernünftiger Mensch daran kehrt.

Steuern nicht bezahlt. Und da kleine Steuersätze, wie sie die Arbeiter gewöhnlich zu entrichten haben, nicht gerichtlich eingezogen werden, so gibt es in Amsterdam ungefähr 11 000 Steuerpflichtige, die ihre Steuern nicht bezahlen und folglich ihr Wahlrecht verlieren. Unter diesen sind wohl die meisten anarchistischen Arbeiter zu finden. Zudem zählt gerade der 3. Amsterdamer Wahlkreis nur wenige Anarchisten unter seinen Arbeitern. Dazu kommt ferner, daß der selbe Genosse Oudegeest noch am 4. Juli dieses Jahres in dem selben Wahlkreis mit 5993 von 9989 Stimmen, das heißt mit einer absoluten Mehrheit von 1000 Stimmen im 1. Wahlgang in den Gemeinderat wiedergewählt worden war.

Die eigentliche Ursache für die gewaltige Niederlage der Partei ist denn auch auf anderm Gebiet zu suchen, nämlich in der Ministerfrage.³⁾ Die Weigerung der Partei an der Regierung teilzunehmen und die wichtigen Reformen, die die entscheidende Rolle in dem Juniwahlkampf gegen die klerikale Herrschaft spielten, mit verwirklichen zu helfen, hat die Politik der Sozialdemokratie in ein seltsames Licht gerückt, das sie als unfruchtbar und die Sache der Demokratie schädigend erscheinen läßt. Logisch denken den Arbeitern will eine solche Politik nicht einleuchten, die erst bestimmte Reformen in den Vordergrund rückt und mit der Propaganda für sie Tausende und Abertausende von Stimmen im Volk für sich sammelt, um dann der Gelegenheit sie in die Wirklichkeit umzusetzen auszuweichen und noch dazu die Liberalen als die zur Realisierung dieser Reformen geeignetsten vorzuschieben. Während des Juniwahlkampfes haben wir in allen Tonarten von den Dächern geschrien: Wählt nicht die Liberalen! Nicht sie, sondern wir Sozialdemokraten sind die richtigen Kämpfer für die Reformen. Nach den Wahlen hieß es dann: Nicht wir, sondern die Liberalen sind geeignet unsere Forderungen zu verwirklichen. Der gesunde Menschenverstand wird sich dann doch sagen: Wenn dem so ist, dann ist es doch besser für den Liberalen zu stimmen. Und der alte Vorwurf der Liberalen gewinnt von neuem Anklang, daß die Sozialdemokratie wohl den Mund aufreißen kann, um große Worte zu machen, daß sie aber versagt, sobald es auf Taten ankommt.

Bei Beurteilung dieser Dinge müssen deutsche und österreichische Genossen nicht den Unterschied vergessen, der zwischen parlamentarisch regierten Staaten und den übrigen besteht. Wo die Bildung einer Regierung in den Händen einer Macht liegt, die von dem Parlament und den Wahlen nicht direkt abhängig ist, da ist die Regierung, wenigstens theoretisch, eine vom Volk getrennte Macht. Um von einer solchen Regierung etwas zu erreichen, kann nur der Weg der Forderung, der Agitation, der Opposition beschritten werden. In parlamentarisch regierten Staaten aber liegen die Dinge anders. Hat hier eine Partei auf Grund ihrer Forderungen die Mehrheit der Wähler auf sich vereinigt, so erhält sie von der ausübenden Gewalt, sei es die Krone sei es der Präsident der Republik, den Auftrag ihre Forderungen den Wünschen der Mehrheit des Volkes gemäß in die Wirklichkeit überzuführen. Es gilt als unumgängliche Regel in parlamentarisch regierten Staaten, daß, wer die Regierung stürzt, auch die neue Regierung zu bilden hat. Geschieht dies nicht, so hat das parlamentarische System versagt, und die Krone rückt

³⁾ Siehe meinen Artikel *Die Ministerfrage und die Sozialdemokratie in Holland* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1249 ff.

wieder in eine Stellung ein, die der in nicht oder unvollständig parlamentarisch regierten Ländern ähnlich ist. Ihr liegt es nun ob eine Regierung zu ernennen. Glücklicherweise hat sich in Holland die Königin auf den Standpunkt gestellt, daß dem Ergebnis der Wahlen Rechnung zu tragen sei, obwohl die Parteien, die die Regierung gestürzt hatten, die Geschäfte nicht übernehmen konnten oder wollten. Sie hat eine Regierung gebildet, die sich bereit erklärte die großen Forderungen des Wahlkampfes auf ihr Programm zu schreiben. Es hätte aber auch anders kommen können. Die Königin hätte ein Beamtenministerium ernennen können, das seine Aufgabe nur darin gesehen hätte die laufenden Sachen zu erledigen, nicht aber wichtige Reformen durchzuführen, vielmehr zu warten, bis die Parteien, die sie verlangt haben, selber dazu imstande wären. Oder, wenn die Krone das Zustandekommen des allgemeinen Wahlrechts hätte verhindern wollen, so hätte sie nur das Entlassungsgesuch des klerikalen Ministeriums abzulehnen brauchen, das dann beim ersten Konflikt mit der Kammer diese hätte auflösen können. Bei unseren Verhältnissen, unter denen der Sturz dieses Ministeriums nur bei Konzentration aller Kräfte der vereinigten Oppositionsparteien möglich war, hätten dann die Neuwahlen, die doch für die Liberalen und Sozialisten im Zeichen ihrer Regierungsohnmacht gestanden hätten, ohne Zweifel wieder eine klerikale Mehrheit ergeben.

Diese Erwägung zeigt uns mit vollster Deutlichkeit, wie sehr das Verhalten der Partei den ganzen Erfolg der Wahlen wieder in Frage gestellt hat. Daß die Wähler, die nur um der Reformen willen für uns gestimmt haben, uns das nicht so leicht vergeben werden, läßt sich denken. Mit Phrasen über den *Klassenstaat* lassen sich diese Leute, die sich jetzt als die Betrogenen fühlen, nicht abspesen. Das hat uns Amsterdam III nun zur Genüge bewiesen. Dieser Wahlausfall zeigt auch, daß die Enttäuschung über den Verlauf der Dinge immer mehr um sich greift. Man betrachte nur der Reihe nach die Nachwahlen, an denen wir beteiligt waren. Solcher haben bis jetzt 5 stattgefunden: in den Kreisen Hoogezand, Rotterdam I, Amsterdam II, und 2mal in Amsterdam III. Gehen wir diesen Wahlen einmal nach.

In Hoogezand erhielten bei den allgemeinen Wahlen im Juni die Sozialdemokraten im 1. Wahlgang 2575, die Liberalen 2124, die Klerikalen 1645 Stimmen; in der Stichwahl fielen dann auf den Sozialdemokraten 2845, auf den Liberalen 2322 Stimmen. In der Nachwahl, die durch die Doppelwahl des Genossen Spiekman notwendig wurde, stellten die Klerikalen keinen Kandidaten auf. Der 1. Wahlgang ist daher mit der Stichwahl im Juni zu vergleichen. Sein Ausgang war: Sozialdemokraten 2415, Liberale 2563 Stimmen. Gegenüber der Junistichwahl verloren wir also 430 Stimmen, die Liberalen gewannen deren 439. Der Kreis war verloren.

Viel schlimmer erging es uns aber noch in Rotterdam I. Da hatten wir bei der Hauptwahl im Juni im 1. Wahlgang 3739 Stimmen erhalten, die Klerikalen 3605, die Liberalen 2246; in der Stichwahl erhielten wir 5576, die Klerikalen 4528 Stimmen. Nun die Nachwahl. 1. Wahlgang: Sozialdemokraten 2531, Klerikale 3934, Liberale 2343 Stimmen; Stichwahl: Sozialdemokraten 4241, Klerikale 4610. Unsere Partei verlor also im 1. Wahlgang über 1200 Stimmen, und auch in der Stichwahl blieb unser Kandidat um die selbe Ziffer gegen die Junistichwahl zurück. Auch dieser Kreis ging verloren, und obendrein noch an einen Klerikalen.

In Amsterdam II behaupteten wir uns, erhielten aber in der Nachwahl in diesem kleinen Kreis nur 1532 Stimmen, gegen 1837 im Juni; in der Stichwahl siegten wir zwar, aber nur mit 1675 Stimmen, im Juni mit 2347. In diesem Kreis gingen freilich die Stimmen aller Parteien zurück.

Anders stand die Sache in Amsterdam III. Im Juni erhielten die Sozialdemokraten 7309, die Liberalen 2518, die Klerikalen 2781, die *Tribunisten* 177 Stimmen. Im August die Sozialdemokraten 4831, die Liberalen 2378, die Klerikalen 1828, die *Tribunisten* 217 Stimmen. Das Mandat wurde dann wieder erledigt, weil der Gewählte, Genosse Polak, von der Provinz Friesland zum Mitglied der Ersten Kammer erwählt worden war. Es kam jetzt im November zur neuen Nachwahl. Da erhielten im 1. Wahlgang die Sozialdemokraten 4604, die Liberalen 3314, die Klerikalen 1946, die *Tribunisten* 180 Stimmen; die Sozialdemokratie ging mithin noch um 200 Stimmen zurück, während die Liberalen deren 1000 zugewannen. In der Stichwahl bekamen die Sozialdemokraten 6082 Stimmen, die Liberalen siegten mit 6715. Also ein ganz bedeutender Rückgang.

Fügen wir noch hinzu, daß bei einer Nachwahl für die Provinzialstände in Amsterdam V unsere Stimmen gegen die gleiche Wahl im Juni von 3200 auf 2000 Stimmen heruntergingen, so kann man sich keinem Zweifel darüber mehr hingeben, wie die Stimmung im Volk jetzt ist.

Die Arbeiterschaft will Taten sehen: Das ist das ganze Geheimnis. Es macht auf sie einen erbärmlichen Eindruck, wenn man ihr klarmachen will, daß die Sozialdemokratie nicht verpflichtet ist Ministerposten zu übernehmen, daß sie nicht verpflichtet ist selbst die von ihr verlangten Reformen zu verwirklichen, sondern daß andere das für sie tun sollen. Die Wähler sagen sich dann eben: Schön, dann bekommen die anderen unsere Stimmen. Wenn es nur als eine schwere Pflicht erscheint Reformen zu verwirklichen und nicht als ein Vorrecht und eine Ehre, der taugt uns nicht. Wenn die Sozialdemokraten eine solche Angst davor haben die Regierungsverantwortlichkeit zu übernehmen, dann wenden wir uns an die, die mutiger sind als sie. Das ist sehr einfach gedacht und sehr logisch.

Wenn die Sozialdemokratie unter solchen Verhältnissen, wie wir sie in Holland hatten, das Problem der Regierungsverantwortlichkeit nicht anders zu lösen weiß als dadurch, daß sie die Arbeiterklasse an die Liberalen verweist, dann schrumpft sie unerbittlich wieder zu einer Sekte zusammen. Die Zukunft der Sozialdemokratie anders zu gestalten, das ist die Aufgabe des Reformismus.

XX

MAX SCHIPPEL · FLOTTENABKOMMEN UNTER HANDELSPOLITISCHEN BEDINGUNGEN?



URCH unsere sozialdemokratische Parteipresse, ohne Unterschied der *Richtungen*, lief in den letzten Wochen ein recht auffälliger Leitartikel über das Churchillsche Flottenfeierjahr und über ein deutsch-englisches Flottenabkommen im allgemeinen. Während man früher in die von England, gleichviel aus welchen Beweggründen ausgestreckte Hand gewöhnlich ohne Umschweife einzuschlagen bereit war, erhob man unerwarteterweise von der hierin tonangebenden gl.-Korrespondenz aus und unter dem Beifall zahlreicher mitwirkender Partei-

blätter ganz bestimmte handelspolitische Forderungen zur unerläßlichen Voraussetzung einer Verständigung über die beiderseitigen Flottenprogramme.

Vielleicht geschieht dies ohne feste politische Willensabsicht und ohne besonderes politisches Verantwortlichkeitsgefühl, lediglich des bequemen und angenehmen rhetorischen Aufputzes wegen und im Vertrauen auf die Geduld des Papiers und die Vergeßlichkeit der Leser. Man verläßt sich am Ende einfach darauf, daß der Vorschlag im Notfall ebenso rasch wieder in der Versenkung verschwinden könne wie er im Augenblick auftauchte. Dann würde dies zum mindesten einen wenig wünschenswerten Zustand unseres Parteilebens offenbaren. Man stelle sich vor, daß in einer andern großen Partei ein ähnlicher Gedanke von gleich angesehener Stelle aus mit gleicher Bestimmtheit zur Erörterung gebracht würde, daß gut ein Dutzend angesehener Blätter dieser Partei in Leitartikeln den Vorschlag nach Kräften unterstützten. Dann wäre es zweifellos weiter ganz undenkbar, daß dies alles ohne ernste politische und parlamentarische Folgen bliebe, vor allem, daß der Vorschlag sich nicht zu einem entsprechenden parlamentarischen Vorstoß und Fraktionsantrag verdichten sollte. Wortführer jedoch, die bei ihren Kundgebungen gleich von vornherein damit rechnen, daß sie niemals von Freunden wie Gegnern beim Wort gehalten werden, und daß sie aus eigenem Antrieb erst recht nicht mit ihren programmatischen Forderungen Ernst zu machen brauchen, sind allenfalls ganz brauchbare Agitatoren, aber sicherlich keine ernstzunehmenden Politiker. Und eine Organisation, die einem solchen Vorgehen ohne Widerspruch und eigene Überlegung ruhig Tür und Tor öffnet, nur weil es sich augenblicklich gut anhört und später doch zu nichts verpflichtet, ist allenfalls ein sehr lebendig klappernder Agitationsapparat, aber sicherlich niemals eine wirkliche politische Partei. Darüber sind wir uns, sollte man meinen, mit der Zeit mehr und mehr klar geworden.

Also lassen wir diese peinliche Voraussetzung lieber ganz beiseite und nehmen wir den Vorschlag so auf, als ob er gegebenenfalls auf eine entschlossene Aktion während der beginnenden Reichtagsverhandlungen abziele. Scheint es alsdann ratsam, daß die parlamentarische Vertretung der Partei die neuerhobenen Flotten- oder vielmehr handelspolitischen Forderungen zu den ihren macht?



ENE Bedingungen, die Genosse gl. England gestellt sehen will, lauten mit ein paar einleitenden Bemerkungen wie folgt:

»Auch dort [im britischen Reich] ist die völlige internationale Betätigungsfreiheit nicht gewährleistet. Um den Frieden zur See dauernd zu sichern, müßte mit der Einführung der maritimen Feierschicht die konsequente Durchführung des Gedankens der internationalen Handels- und Betätigungsfreiheit Hand in Hand gehen. Die richtige Antwort Deutschlands auf das englische Angebot der maritimen Feierschicht zur Begrenzung der Seerüstungen wäre also die Aufforderung vereint mit dem Deutschen Reich in der ganzen Welt dem Grundsatz der Handels- und Betätigungsfreiheit Anerkennung zu verschaffen, vor allem aber in den eigenen Herrschaftsgebieten mit gutem Beispiel voranzugehen. Es müßten dann also zum Beispiel die australischen und sonstigen kolonialen Vorzugszölle zugunsten Englands aufgehoben werden und in allen Verträgen, die Deutschland oder England mit fremden Mächten abschließen, die ausgewirkten Vergünstigungen den Angehörigen aller derjenigen Staaten zugänglich gemacht werden, die bei sich die

allgemeine internationale Handels- und Betätigungsfreiheit durchführen. So könnte der Weltfriede gesichert und die Kriegsgefahr gebannt werden.⁽¹⁾)

Der dabei zugrunde liegende Gedankengang ist genügend bekannt: Die Flotte steht <zweifellos> in inniger Verbindung mit der Kolonialpolitik und dem vertrackten Imperialismus (freilich auch noch mit manchem andern). Der kapitalistische Kampf um koloniale *Ausbeutungspferche* sinkt jedoch von selber in sich zusammen, wenn solche Gebiete nicht mehr national*mono-*politisch beherrscht werden sondern der gleichen internationalen Konkurrenz freigegeben sind und freigehalten bleiben. Diese Vorbedingung bietet und sichert aber das heutige England nicht mehr, seitdem sich in den englischen Kolonialgebieten das System der Vorzugszölle für das eine Mutterland und der Höherzölle für alle anderen kapitalistischen Wettbewerbsländer mehr und mehr ausgebreitet und verschärft hat. Also hat England eben, um dem verhängnisvollen Flottenwettlauf seinerseits nach Möglichkeit die (vermeintlichen) nährenden Wurzeln dauernd abzugraben, die »Aufhebung« der kolonialen Vorzugszölle zu »gewährleisten«, und zwar die »völlige« Aufhebung.

Das ist für die rein selbstzeugende Logik und auf dem widerstandsfreien Papier die einleuchtendste und einfachste Sache von der Welt. Indes, von der Richtigkeit der Grundanschauungen ganz abgesehen: wie liegen die Dinge in der verwickelten wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit?



UNÄCHST richtet sich die plötzliche handelspolitische Kampf-ansage gegen ein bereits so weit verbreitetes und so eingelebtes System, daß die Wiederabschaffung kaum so leicht, gewissermaßen im Vorübergehen anläßlich einer ganz andern Auseinandersetzung, wie eine reife Frucht zu pflücken sein wird. Suchen wir erst einmal davon eine genauere Vorstellung zu gewinnen.

Kanada, die älteste und volkreichste der englischen Siedlungskolonien, eröffnete den Reigen der Vorzugszollpolitik im Jahr 1897. Von bescheidenen Zolldifferenzierungen ist Kanada zu immer höheren Bevorzungen des Mutterlands fortgeschritten; der ganz freiwillig eingeräumte Zollvorsprung für England betrug anfangs 12½ %, dann 25 %; schon 1900 erreichte er 33⅓ %. Dann nahm der südafrikanische Zollvereinsvertrag vom Jahr 1906 sofort einen Zollrabatt in Aussicht für »articles the growth, produce, or manufacture of the United Kingdom«; im allgemeinen macht dieser Rabatt heute 3 % vom Warenwert aus, also beispielsweise bei einem 10prozentigen Wertzoll 30 % des Zolls. 1907 schloß sich Australien auf dieser Bahn an. Etwa zur gleichen Zeit Neuseeland, das den betreffenden Waren, wenn sie nichtenglischen Ursprungs (»articles of foreign production«) sind, Zuschlagszölle auferlegt. Zusammen mit den weiter unten angeführten Tatsachen ergibt dies ein ungeheuer ausgedehntes, vielverschlungenes System der interbritischen Zolldifferenzierung; der Aufhebung der Meistbegünstigung im alten vollfreihändlerischen Sinn.

Das Mutterland hat (unbestreitbar) bisher eine gleichartige Gegenleistung, in Gestalt der Preisgabe seines Freihandels, abgelehnt: Wirksame Zollunterschiede zugunsten der kolonialen Erzeugung könnte England eben nur ein-

¹⁾ Siehe den Leitartikel der *Dresdener Volkszeitung* vom 23. Oktober 1913. Nach einer raschen, nicht entfernt vollständigen Zeitungsdurchsicht brachten diesen Leitartikel noch das *Volkeblatt für Halle*, die *Dortmunder Arbeiterzeitung*, der *Hannoversche Volkswille*, die *Elberfelder Freie Presse*, die *Bielefelder Volkswacht*, die *Mecklenburgische Volkszeitung*; meist überschrieben Churchills *Feterwacht*.

führen, wenn es in größerem Maß als heute bei seinen wenigen Finanzzöllen, über Einfuhrzölle verfügte. Aber ganz etwas anderes ist es natürlich, ob sich England nicht ganz gern den Vorzugsrang bei den überseeischen Konkurrenzkämpfen, in Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland, gefallen läßt, oder ob es gar irgendwie Lust verspürt seinerseits durch einen souveränen Machtspruch oder durch einen völkerrechtlichen Vertrag das Erreichte wieder über den Haufen zu werfen. Ich wäre dem Genossen *gl.* dankbar, wenn er mir nur eine einzige gewichtige englische Stimme für diese Politik, für dieses angesonnene beleidigende Zurückstoßen des freundschaftlichen kolonialen Entgegenkommens zu nennen vermöchte. Im Gegenteil, selbst die am weitesten links stehenden und den Chamberlainismus am heftigsten befehdenden englischen Staatsmänner geben sich jederzeit, bei aller eigenen Zugewandtheit, alle ersichtliche Mühe der kolonialen *Hochherzigkeit* ihre wärmste Anerkennung auszusprechen. So Lloyd George auf der Reichskonferenz von 1907 (obwohl gerade diese Konferenz alle weitergehenden imperialistischen Wünsche zum erstenmal bitter enttäuschte):

»Der kanadische Vorzugstarif hat eine markante Wirkung auf unsern Ausfuhrhandel nach Kanada ausgeübt . . . Über die südafrikanischen und neuseeländischen Vorzugstarife liegen noch keine reicheren Erfahrungen vor; aber ich zweifle keinen Augenblick, daß in gewissem Grad die glücklichen Ergebnisse [happy results], die aus der kanadischen Bevorzugung folgten, sich in diesen Fällen wiederholen werden. Die gleiche Bemerkung bezieht sich natürlich auch auf Australien. Großbritannien ist dankbar und muß dankbar sein nicht nur für die tatsächlich gemachten Zugeständnisse sondern eher noch mehr für den Geist der Kameradschaft, und ich darf sogar sagen: der Zuneigung, aus dem diese neue Politik geboren worden ist.« Die öffentliche Meinung teilt so gut wie ausnahmslos diese, eigentlich ganz selbstverständliche Anschauung, und meines Erachtens würde in England jede Regierung und parlamentarische Mehrheit als zum Fällen reif von dem Tag ab gezeichnet sein, an dem sie einem solchen imperialen Volksempfinden ins Gesicht schlagen und durch einen *A u s l a n d s* vertrag das Mutterland *z w i n g e n* wollte Vergünstigungen, die ihm *hochherzige* Pflanzstaaten darzubringen planen, wie eine unerhörte Zumutung ablehnen zu müssen.

Ferner darf man nicht übersehen, daß es sich im britischen Weltreich längst nicht mehr um bloße Vorzugsbeziehungen zwischen den verschiedenen, über alle Erdteile und Meere zerstreuten Pflanzstaaten und dem einen überragenden Mutterland in Europa handelt. Zwischen diese Vertikalpfeiler der Präferentialpolitik hat sich, um durch ein Bild die Sachlage anschaulicher zu machen, längst eine bunte Fülle von Galerien und Quergeschossen eingefügt: von Vorzugsbeziehungen mannigfaltigster Art von Kolonie zu Kolonie (beispielsweise soeben wieder zwischen Kanada und den zahlreichen westindischen Besitzungen; und für diese westindische »Nichtgewährleistung der völligen internationalen Betätigungsfreiheit«, für diese Aufhebung »des Grundsatzes der Handelsfreiheit« ist allerdings eigentlich England selber verantwortlich, denn Westindien gehört nicht zu den kolonialen Selbstregierungsgebieten). Glaubt man, das Mutterland werde nunmehr durch einen Vertrag sich selber in seinen Kolonien schlechter stellen lassen als die Reichsteile, die unter sich Bevorzugungen geschaffen haben und weiter schaffen, während das Mutterland sie, auf Grund der ausbedungenen Zusagen an Deutschland, von der Hand weisen müßte? Der offenbare Widersinn dieser Konsequenz beweist allein schon, wie unhaltbar die ganze Voraussetzung der *gl.*-Bedingungen ist.

Im übrigen, wenn ein solcher Vertrag daheim, also zwischen Ausland und Mutterland, zustande zu bringen wäre, wie sollte das Mutterland in den wichtigsten kolonialen Gebieten übersee die Vertragserfüllung durchsetzen? Denn dem Genossen *gl.* kommt es gerade auf die erhobenen »australischen und sonstigen kolonialen« Höherzölle an, und augenblicklich bestehen auf absehbare Zeit andere Differentialzölle überhaupt nicht. Alle Selbstverwaltungskolonien, also Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika, haben bekanntlich mit der Zeit ihre volle Zolltariffreiheit errungen; die Bevorzugung Englands bildet einen Teil ihres so entstandenen autonomen Zolltariffs, in dessen Werden und Ausgestaltung das Mutterland schon längst nicht mehr das geringste hineinzureden hat. Noch mehr, die vorbildlichen liberal-manchesterlichen Vertreter der Kolonialauffassung des Genossen *gl.* haben in der überseeischen, »australischen und sonstigen kolonialen« Gesetzgebungsautonomie den bisher größten *prinzipiellen* Fortschritt der in wahren Sinn modernen Kolonialpolitik erblickt. Sollte eine solche große und unaufhaltsame historische Bewegung jetzt mit einem Mal, durch eine übertrumpfende Zusatzbemerkung zu dem Churchillschen Feiertagseinfall, rückwärts revidiert werden können, selbst wenn man in London und Berlin sich zu einem Tanz auf diesem Eis zusammenfinden wollte?

Bis jetzt ist hier alles, ganz erklärlicher Weise, nur in umgekehrter Richtung gelaufen, in den Vertragsbeziehungen sowohl zwischen Deutschland und England speziell, wie des britischen Mutterlands im allgemeinen. Weil in den neunziger Jahren, im Beginn der kolonialen Bevorzugungspolitik, Kanada seine Zollautonomie nicht länger durch mutterländische Vertragsverpflichtungen gefesselt sehen wollte, deshalb mußte England, das sich lange genug sträubte, den alten Vertrag mit den deutschen Zollvereinsstaaten kündigen, in dem es, entsprechend der *gl.*-Formel, hieß:

»In den Kolonien und Besitzungen [Ihrer Britischen Majestät] sollen die Erzeugnisse der Staaten des Zollvereins [Deutschlands] keinen höheren oder anderen Eingangsabgaben unterliegen als die gleichartigen Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland oder irgendeines andern Landes.« Nicht besser ging es dem gleich gerichteten belgischen Vertrag, und die ganze Entwicklung der englischen Kolonialverfassung ist nach dieser Seite, seit dem erwähnten entscheidenden Schritt der neunziger Jahre, unaufhörlich und unaufhaltsam weiter erfüllt von dem Streben dem Mutterland immer mehr die Möglichkeit zu entziehen, daß es durch seine Verträge zugleich die überseeischen Reichsteile zu etwas verpflichten könne, was den selbstgesetzten Bestrebungen dieser Pflanzstaaten nicht zusagt. Alle neueren handelspolitischen Verträge oder Vertragsteile bringen dies klipp und klar zum Ausdruck, und nach der bestimmten Aufforderung der Reichskonferenz von 1911 (Resolution Laurier) hat die englische Regierung wohl oder übel sogar mit den Versuchen begonnen die etwa 30 älteren Verträge, die nach den heutigen Vorstellungen nicht genügend die handelspolitische Entschlußfreiheit der Kolonien vorsehen, im Sinn des erweiterten kolonialen Selbstbestimmungsrechts umzumodeln. Die englische Regierung soll dabei schon in die peinlichsten Verlegenheiten geraten sein, weil ihr beim Scheitern einer, stets in erster Linie ins Auge gefaßten Vertragsabänderung zuletzt immer nur die Kündigung des Gesamtvertrags übrigbleibt, mit allen unter Umständen folgenden Gefahren und Schattenseiten des vollständig vertragslosen Zustands, wie er seit 1898, seit der Erfüllung des kanadischen Be-

gehrens, schon für die handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland besteht.

Die rechtlichen und tatsächlichen Handhaben des Mutterlands die Kolonien handelspolitisch zu verpflichten und in bestimmte zollpolitische Schranken zu weisen: diese unentbehrlichsten Voraussetzungen des *gl.*-Vorschlags sind demnach längst zusammengebrochen, und sie verflüchtigen sich von Jahr zu Jahr weiter. Die Forderung der *gl.*-Korrespondenz von Partei wegen aufzunehmen, sie gar zu einer Vorbedingung eines Flottenabkommens mit England zu machen, hieß demnach allen ernstgemeinten Flottenverhandlungen den massivsten Knüppel zwischen die Beine werfen, den man nur ersinnen könnte.

Und so wird man letzten Endes immerhin froh sein dürfen, daß bei uns, im Gegensatz zu anderen politischen Parteien, zwischen allgemein beifallfindenden Reden und Preßkundgebungen und wirklichen ernsten politischen und parlamentarischen Vorstößen und Anträgen meist noch ein recht weiter Weg ist. Aber je mehr es diesen Abstand zu verkürzen gelingt, desto mehr wird man uns als politische Partei ernstnehmen. Deshalb hätte man schon besser getan diese handelspolitischen Bedingungen gar nicht erst aufzustellen — falls man in der Tat ein Flottenabkommen erstrebt.

XX
LEONIDA BISSOLATI · DIE ITALIENISCHEN
KAMMERWAHLEN 1913



REKANNTLICH ist durch die Wahlreform in Italien die Anzahl der Wähler von 3 auf fast 9 Millionen erhöht worden. Die erste Probe auf diese Reform ergab nun folgendes Resultat: In die Kammer wurden gewählt 310 konstitutionelle Liberale (bisher 372), 78 Sozialisten (bisher 41), 70 Radikale (bisher 51), 33 Katholiken (bisher 21), 17 Republikaner (bisher 23). Die Liberalen haben also 62, die Republikaner 6 Mandate verloren. 12 dieser Mandate eroberten die Katholiken, 19 die Radikalen, 37 die Sozialisten. Zu bemerken ist noch, daß von den konstitutionellen Liberalen die ihnen zugezählten demokratischen Liberalen 7 Sitze gewonnen haben. Die Sozialisten spalten sich in folgende 3 Gruppen: offizielle (nach der neuesten Feststellung 53), reformistische (20) und unabhängige (5).

Das sind die Zahlen. Nun ein kurzer Kommentar. Wir müssen uns zu diesem Zweck die politische Situation vor den Wahlen ins Gedächtnis zurückrufen.

Im Frühjahr 1911 war Giolitti mit einem aus Liberalen und Radikalen zusammengesetzten Ministerium ans Ruder gekommen. Das Programm des Kabinetts war in seinen Hauptpunkten: ein beinahe allgemeines Wahlrecht (das Wahlrecht erhielten mit dem 21. Lebensjahr alle männlichen Italiener, die den obligatorischen Schulunterricht absolviert oder Militärdienst geleistet hatten und vom 30. Lebensjahr unterschiedslos alle anderen, auch die Analphabeten) und staatliches Lebensversicherungsmonopol. Wie bekannt, hatte Giolitti versucht die Sozialisten zum Beitritt ins Kabinett zu bestimmen. Dieser Beitritt kam nicht zustande, aber die Fraktion der Sozialisten, die damals eine einheitliche war,

nahm dadurch offenkundig den Charakter einer Regierungspartei an. Ein ansehnlicher Teil der Liberalen erhob sich gegen das Ministerium und eröffnete sofort einen scharfen Kampf gegen das Versicherungsmonopol. Die Diskussion darüber wurde durch die Sommerferien eben des Jahres 1911 unterbrochen. Während dieser Ferien nun entschied sich die Regierung für die Expedition nach Libyen und fing an sie ins Werk zu setzen. Dadurch wurde die parlamentarische Situation verändert. Die Liberalen und die Konservativen, die bis dahin dem Ministerium feindlich gegenübergestanden hatten, wurden aus Liebe zum Krieg regierungsfremd, hörten deshalb auch auf gegen das Versicherungsmonopol zu opponieren und fügten sich darein die Wahlrechtsreform anzunehmen, wie sie die Regierung vorgeschlagen hatte. Die intransigenten Sozialisten erklärten aber der Regierung Krieg bis aufs Messer und waren entschlossen, wenn es nicht anders sein könnte, auch das allgemeine Wahlrecht und das Staatsmonopol hinzugeben, um die Regierung zu stürzen, die für das Unternehmen in Libyen verantwortlich war. Die reformistischen Sozialisten erklärten sich ebenfalls gegen den Krieg und stimmten wiederholt in diesem Sinn, ließen es sich aber angelegen sein dem Proletariat das allgemeine Wahlrecht zu sichern.¹⁾

Im Sommer 1912 wurde die Wahlrechtsreform angenommen, von den Liberalen und den Konservativen ohne Zögern, von den offiziellen Sozialisten mit sehr wenig Begeisterung. Diese erklärten sogar durch den Mund ihres Führers Filippo Turati, sie könnten kein großes Vertrauen in eine Reform setzen, die, wie sie sich ausdrückten, nicht durch die Macht des Proletariats erobert worden wäre. Ich vermag nicht zu begreifen, wie Turati so etwas sagen konnte. Die Sozialisten waren ja in diesem Fall die Vertreter der proletarischen Massen, und sie konnten so durch kluge Benutzung des parlamentarischen Bodens eine Reform beschleunigen, die den Bedürfnissen und Forderungen dieser Massen selbst entsprach. Sicherlich war diese Reform nicht allein der Macht des Proletariats zu danken; aber es ist auch nicht zu leugnen, daß diese Macht, die zur rechten Zeit ins Feld geführt wurde, außerordentlich viel dazu beitrug sie durchzusetzen. Aber warum, so könnte man fragen, widersetzten sich die Konservativen nicht der Reform? Warum zeigten sie keinerlei ernsthafte Furcht vor dieser? Zunächst ist hier zu bemerken, daß die konservative Partei sich in einem Zustand ausnahmsweise starker Desorganisation befand, als ihr die Frage gegenübertrat. Wenn eine Partei desorganisiert ist, denkt jeder an sich selbst. So dachte jeder der Konservativen, die im Parlament saßen, als Giolitti den Antrag einbrachte: könnte er seiner Person nur die Kandidatur sichern, so würde er auch unter dem allgemeinen Wahlrecht durch die Geschicklichkeit des Ministerpräsidenten bei den Wahlen schon durchkommen. Freilich täuschten sich diese Leute insofern, als sie glaubten, die Masse der neuen Wähler werde den gleichen Einflüssen folgen, die ihnen selbst bis dahin den Besitz ihrer Wahlkreise verschafft hatten. Und endlich kam der Krieg, der es bewirkte, daß die konservativen Parteien sich endgültig für das allgemeine Wahlrecht entschieden. In den ersten Monaten schien der Krieg tatsächlich außerordentlich populär zu sein; das ließ die Konservativen glauben, die Massen würden durch die patriotische Begeisterung jedes Klassengefühl verlieren und die konservativen Parteien nicht mehr bekämpfen.

¹⁾ Siehe meine Artikel *Die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung und Sozialdemokratie und Regierung in Italien in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 545 ff., und 3. Band, pag. 1447 ff.

Dadurch erklärt es sich, daß die Regierung die Wahlen mit der Wahlparole des Krieges einberief. Die intransigenten Sozialisten übernahmen die gleiche Parole in entgegengesetztem Sinn. Auch die reformistischen Sozialisten betonten von neuem ihre Abneigung gegen den Krieg. Aber sie wollten nicht, daß ihr Programm einen rein negativen Charakter trüge. Auch für die Beurteilung des Krieges handelt es sich heute darum zu entscheiden, welches Ziel dem Unternehmen zu stecken ist, welche Gesichtspunkte für die Regelung des Kolonialwesens zu gelten haben, und es handelt sich ferner darum die Schädigungen auszugleichen, die das Wirtschaftsleben und die Finanzen Italiens durch das Unternehmen erlitten. Neben diesen Fragen, die direkt im Zusammenhang mit dem Krieg stehen, gibt es andere, auf die die reformistische Partei in ihrem Programm die Aufmerksamkeit der proletarischen Klassen hinlenken zu müssen glaubte, so besonders Fragen der sozialen Gesetzgebung.²⁾ Es ist klar, daß dieser ganze positive Teil des Programms, mit dem die reformistischen Sozialisten hervortraten, als eine bloße Ergänzung des negativen Programms der intransigenten Sozialisten angesehen werden konnte. Das, was wirklich die beiden Programme unterschied, war die spezifische Auffassung, die aus ihnen sprach: Während die intransigenten Sozialisten angesichts der Tatsache des Krieges die Möglichkeit irgendeines Zusammenwirkens mit einer bürgerlichen, auch einer demokratisch-bürgerlichen Partei negierten, betonten umgekehrt die Reformisten, daß zur Verwirklichung der Reformen es durchaus notwendig sei auch Bündnisse mit demokratischen Parteien abzuschließen.

Bei der Prüfung vor der Wahlurne verdoppelten die offiziellen Sozialisten ungefähr ihre Stimmenzahl, und auch die Reformisten verstärkten sie fast im gleichen Verhältnis. Der Stimmenzuwachs der offiziellen Sozialisten rekrutiert sich besonders aus Oberitalien, der der Reformisten aus Süditalien. Dieser örtliche Unterschied erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß die proletarischen Massen im Süden des Landes, mit ihrem rückständigen sozialen Milieu lebhafter das Bedürfnis einer staatlichen Hilfe empfinden und begreifen, und deshalb ist es für sie von solcher Wichtigkeit, daß im Staat demokratische Strömungen vorherrschen, die im Einklang mit den sozialistischen Tendenzen oder unter deren Einfluß stehen. Sicher ist das charakteristischste Ergebnis der Wahlen im Süden zu suchen, wo die Erweiterung des Wahlrechts eine wahre Revolution bewirkt hat und immer stärker zu bewirken verspricht. Bis jetzt konnte man im Süden weder von Sozialismus noch von Demokratie sprechen: Diese unglücklichen Landstriche lebten unter der Herrschaft halbfeudaler Klassen ein von dem übrigen Italien gesondertes Leben. Das neue Wahlrecht hat das Ende dieser alten Welt des Südens heraufbeschworen und auch in jenen Landesteilen die arbeitenden Klassen auf die politische Bühne gedrängt. Und so bereitet es die große Einheit des proletarischen Italiens vor.

Welchen Einfluß wird die Verstärkung der sozialistischen Kräfte in der neuen Kammer üben? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir die Stellung der anderen Parteien betrachten.

Die große Mehrheit (310 Mandate) besteht aus Liberalen. Man müßte an-

²⁾ Siehe meinen Artikel *Die sozialistisch-reformistische Partei Italiens auf ihrem ersten Parteitag in den Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 141 ff.

PAUL KAMPFFMEYER · MARXISMUS UND MATERIALISMUS · NACHDENKLICHES ZU DEN ANTI-KIRCHLICHEN MASSENVERSAMMLUNGEN



BEUTE, da gewisse radikale Parteikreise den Austritt aus der Landeskirche zu einem Massenstreik gestalten wollen und in diesem Bestreben von zahlreichen materialistisch gerichteten *Freidenkern* unterstützt werden, ist eine gründliche Auseinandersetzung mit dem philosophischen Materialismus in den wissenschaftlichen Zeitschriften und Tageszeitungen der Partei direkt geboten. Es wird ja in dieser Streikbewegung nicht an Agitatoren fehlen, die den Materialismus unkritisch mit dem Marxismus zusammenwerfen und diesen dann gegen die staatlich anerkannten religiösen Konfessionen und deren Kirchen ins Gefecht führen werden. Und sie werden sich nicht allein auf einige antireligiöse und antikirchliche Wendungen berufen, die in den politischen Gelegenheitschriften von Marx und Engels, namentlich in den Aufsätzen und Broschüren der Jugendjahre beider revolutionärer Denker, verstreut sind sondern auf den Marxismus als auf ein geschlossenes Gedankensystem. Daher drängt sich uns jetzt gebieterisch eine Untersuchung über die Fragen auf: Wie weit ist der Marxismus ein Bestandteil der sozialdemokratischen Theorie, und steht er in einer innern notwendigen Lebensgemeinschaft mit dem Materialismus?

Es ist unleugbar, daß mit dem politischen Absterben des Lassalleanismus der Marxismus sieghaft in der Theorie der Sozialdemokratie vorwärts marschierte. Nun ist ja allerdings der Lassalleanismus dem Marxismus in vielen Punkten wesensverwandt, und viele historische Ausführungen des *Arbeiterprogramms* klingen an das *Kommunistische Manifest* an, aber die Marxsche Lehre von der Bedingtheit aller gewordenen und werdenden politischen und sozialen Institutionen durch die ökonomische Entwicklung hebt sich doch nicht als wirkliches Fundament des Lassalleanismus aus den Schriften und Reden des großen Agitators heraus. Heute dagegen hallt die Marxsche Theorie in allen Reden und Schriften der Partei wider, und der Marxismus ist das wesentlichste Stück des Parteiprogramms geworden.

Die Sozialdemokratie fußt theoretisch auf dem Erfurter Programm, und in diesem spiegelt sich klar der Marxismus wider. Der Marxismus im weitern Sinn des Wortes ist eben die Lehre von dem ursächlichen Zusammenhang der sozialen und politischen Zustände von morgen mit den wirtschaftlichen Zuständen von heute, von der streng notwendigen Aufeinanderfolge aller wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen. Der Sozialismus der Zukunft wird in dem Erfurter Programm als ein notwendiges Erzeugnis der kapitalistisch-wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart gekennzeichnet. Im engern Sinn lehrt der Marxismus, daß der Sozialismus aus der innern Gegensätzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, aus dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, aus den sich zuspitzenden Gegensätzen zwischen den Besitzenden und Besitzlosen, aus der Enteignung der selbständigen Produzenten und der Monopolisierung und Zentralisierung der Produktionsmittel usw. hervorgeht. Der Marxismus im engern und weitern Sinn hängt nun durchaus nicht mit einer bestimmten Weltanschauung zusammen. Zu dem Gedanken der streng ur-

sächlichen Verknüpfung der wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen können sich der Gottesgläubige und der Gottesleugner, der Pantheist und der Materialist bekennen. Der Determinismus, die Ansicht von der Bedingtheit der menschlichen Handlungen durch notwendig wirkende Ursachen findet sich in der theologischen Prädestinationslehre, in der Vorherbestimmungslehre des Kirchenvaters Augustin und des Reformators Calvin und in der materialistischen Theorie der Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts. Der Marxismus des Erfurter Programms versucht nicht einmal Fühlung mit einer herrschenden philosophischen Weltanschauung zu gewinnen, er befiehlt keine bestehende Form der Religion und erklärt die Religion zur Privatsache einer jeden sich zur Sozialdemokratie zählenden Person. So die Theorie des Marxismus im Erfurter Programm, der auch im vollen Umfang die marxistische Praxis, die Tagespolitik der Sozialdemokratie, entspricht. Immer und immer wieder hat die deutsche Sozialdemokratie die *freireligiösen* Wortführer von sich abgeschüttelt, die unsere Partei auf eine religions- und kirchenfeindliche Politik festlegen wollten. Im Gegensatz zum revolutionären Anarchismus, der den Satz *Kein Herr, kein Gott* zum Programm erhob und theoretisch meist vollständig mit dem atheistischen Materialismus verwuchs, rückte die Sozialdemokratie vollkommen von der Propaganda einer bestimmten Weltanschauung ab und betätigte sich lediglich als eine wirtschaftlich-politische Partei mit dem großen Ziel der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftsordnung in eine sozialistisch-demokratische Ordnung.

Nun ist es nicht zu leugnen, daß immer wieder bestimmte Theoretiker innerhalb der Partei den Versuch machten den theoretischen Marxismus des sozialdemokratischen Programms und den praktischen Marxismus der sozialdemokratischen Taktik mit der herrschenden materialistischen Weltanschauung eng zu verketten. Das kann ihnen selbstverständlich als Person nicht verwehrt werden, um so weniger, als es ja sicher eine Eigentümlichkeit aller universell denkenden Menschen ist ihre politischen Ansichten auch philosophisch zu begründen, sie als notwendigen Bestandteil ihrer Weltanschauung zu charakterisieren. Nur dürfen sie ihre Weltanschauung nicht zur Weltanschauung einer großen politischen Partei stempeln und die Partei-anhängerschaft auf diese verpflichten. Vorbildlich in dieser strengen Trennung ihrer persönlichen Weltanschauung von den politischen und wirtschaftlichen Parteianschauungen sind Marx und Engels als Theoretiker und Taktiker der internationalen Arbeiterbewegung gewesen. In dieser Hinsicht ist gerade ihr Kampf gegen den grundsätzlichen Atheisten und fanatischen Zerstörer jeder Kirchengemeinschaft, Bakunin, bedeutungsvoll. Und doch konnte und kann man Marx und Engels persönlich als *Materialisten* auffassen, die auch zum Teil ihren Sozialismus auf dieser ihrer *materialistischen* Weltanschauung aufzubauen gesucht haben. Genosse Dr. Max Adler zeigt zwar, daß beide sozialistische Theoretiker nur Positivisten, Realisten gewesen sind. Doch kann man auch einen engen Zusammenhang zwischen ihnen und dem Materialismus entdecken. Und zwar in der Streitschrift Engels' gegen Dühring, die unter der intensiven Mitarbeit Karl Marx' entstand. Ferner in der Schrift über Ludwig Feuerbach und den Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In dieser Arbeit erläutert Engels kurz den materialistischen Grundgedanken, daß die »Materie nicht ein Erzeugnis des Geistes,

sondern der Geist selbst nur das höchste Produkt der Materie« ist, und stellt sich dann selbst die Aufgabe die Wissenschaft von der Gesellschaft »mit der materialistischen Grundlage in Einklang zu bringen und auf ihr zu rekonstruieren«. Aber wie man auch Marx und Engels selber auffassen mag, das eine steht jedenfalls fest: Wer die Geschichte der sozialistischen Theorie in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts gründlich studiert, wird leicht feststellen können, wie zahlreiche theoretische Wortführer der Sozialdemokratie im Bann des philosophischen Materialismus standen. Und an dieser Tatsache rütteln auch nicht deren zeitweilige Ausfälle gegen den *metaphysischen Materialismus* eines Büchner und Vogt. Gewiß, im Unterschied von diesen Naturwissenschaftlern nennen sie sich wohl dialektische Materialisten, aber Materialisten bleiben sie doch, auch wenn sie sich die materielle Welt als sich in Gegensätzen fortentwickelnd denken. Nach Engels ist eben die Dialektik nicht nur eine Methode sich die Dinge als im ewigen Fluß befindlich, in ihrer Bewegung, in ihren wechselnden Beziehungen und Zusammenhängen vorzustellen, nein, die Dialektik ist eine Eigenschaft der Dinge selbst; alle Dinge haben ja nach Engels die Tendenz ihren eigenen Gegensatz zu erzeugen, sich selbst zu verneinen.

Unter den marxistischen Theoretikern, die mit voller Absicht die Gesellschaftswissenschaft auf philosophisch-materialistischer Grundlage aufrichten wollen, hat der Russe Plechanow wegen seiner umfassenden Bildung und seiner philosophischen Schulung eine führende Stellung eingenommen. Und dieser charakterisiert heute noch den Marxismus in seinen *Grundproblemen des Marxismus* als eine materialistische Weltanschauung:

»Es ist, kurz ausgedrückt, der moderne Materialismus, der die zurzeit höchste Entwicklungsstufe der Weltanschauung darstellt, deren Grundlagen schon in Altgriechenland von Demokritos und zum Teil von dessen Vorläufern, den ionischen Denkern, gelegt wurden.«

Plechanow schließt sich nun aufs engste in seinen Grundlegungen des materialistischen Marxismus an Friedrich Engels an, und eine Auseinandersetzung mit ihm läuft eigentlich auf eine Diskussion mit Engels hinaus. Heute tritt nun diesen notwendigen kritischen Waffengang mit Engels-Plechanow nicht irgendein *Revisionist* an, sondern ein begeisterter grundsätzlicher Marxist: der Genosse Dr. Max Adler.¹⁾

Zunächst wirft Max Adler in seiner Polemik gegen Plechanow die Frage auf: Ist der Marxismus eine Weltanschauung? Und er verneint sie und bezeichnet den Marxismus als den »Anfang einer neuen exakten Theorie von der Gesellschaft«, einer Theorie, die sich ebensogut mit einer spiritualistischen wie mit einer materialistischen Weltanschauung verbinden läßt. Und selbst der persönliche und historische Zusammenhang des Marxismus mit dem Materialismus würde nach Adler durchaus noch »keinen sachlichen, logischen und daher notwendigen Zusammenhang« bedeuten. In diesem Sinn führt er nämlich aus:

»Wäre es sogar wirklich historisch richtig, daß Marx und Engels Materialisten gewesen seien (wie Plechanow dies meint, wo ich, wenigstens was Marx betrifft, nur eine Art des naturwissenschaftlichen Positivismus erblicken kann, nach Art etwa des von Ernst Mach vertretenen), so wäre damit immer nur erst dargetan, daß der Materialismus sich mit dem Marxismus verbinden ließ, ja vielleicht sogar für seine Entwicklung besonders förderlich war, keineswegs aber zu seiner Begründung erforderlich ist, falls der Marxismus eben in seinem Wesen doch nur

¹⁾ Siehe Adler *Marxistische Probleme* (Stuttgart 1913). Das Buch ist in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits in der Rundschau *Sozialwissenschaften*, 1913, 2. Band, pag. 876 ff., besprochen worden.

eine Theorie, also eine wissenschaftliche Erkenntnis von bestimmten Teilvorgängen der Welt, aber nicht eine Philosophie, eine Erkenntnis von der gesamten Welt sein will.«

Diese trefflichen, die wissenschaftliche Tragweite der Marx'schen Gesellschaftstheorie fest umgrenzenden Ausführungen eines Marxisten verdienen die größte Verbreitung in einer Zeit, da gewisse radikale Marxisten den dialektischen Materialismus als die Weltanschauung des modernen Proletariats ausschreien und den reformistischen Sozialisten eine bürgerliche, dialektisch-ideologische Auffassung andichten. Der Marxismus würde sich heute selbst zum Tod verurteilen, wenn er sich mit einer absterbenden Weltanschauung wie der materialistischen organisch vereinigen würde. Das würde keine Lebensgemeinschaft mehr sein sondern eine Todsgemeinschaft. Und davon wird sich jeder unvoreingenommene Sozialdemokrat überzeugen, der die tiefgründigen Auseinandersetzungen Dr. Max Adlers mit dem Materialismus verständnisvoll und geistig ringend verfolgt. Da entwickelt uns Adler zunächst klar den Begriff des *Materialismus*:

»Er ist jene Auffassung von dem Wesen der Welt, wonach in der Materie das einzige und alleinige Erklärungsprinzip für alle ihre Erscheinungen, körperliche wie geistige, gefunden wird. Der Stoff, das Raumfüllende ist das an und für sich, auch unabhängig von irgendwelcher geistigen Erfassung Bestehende, das Geistige ist vielmehr erst ein Produkt oder doch eine spät erst auftretende Funktion dieses Materiellen, welche lediglich aus einer Komplikation in der Zusammensetzung der Stoffe und ihrer Kräfte entspringt. Von der einfachen Bewegung elementarer Kräfte bis zu der äußersten Komplexität des organischen und psychischen Lebens einen lückenlosen Mechanismus rein materieller Agenzien herzustellen: das ist das Ziel des Materialismus und macht seinen Charakter als in sich geschlossene, konsequente Weltanschauung aus.«

In dieser präzisen Definition des Materialismus liegt implizite dessen Kritik. Denn dieser so definierte Materialismus enthüllt sich sofort mit allen seinen unphilosophischen Ansprüchen und seinen ideellen Gebrechen. Der Materialismus bescheidet sich nicht mit einer bloßen kausalen Verknüpfung der Erfahrungstatsachen, die durch unser Anschauungs- und Denkvermögen zustande gekommen sind, sondern er erklärt diese Tatsachen für an sich bestehend, dem Wesen der Welt eigentümlich. Mit einem Wort: Er überschreitet die dem Menschen zugängliche Erfahrungswelt, er wird metaphysisch, er will hinter die Dinge kommen und vom Wesen der Dinge, der Welt etwas aussagen. Er erklärt die Materie, die doch erst durch die Tätigkeit unseres eigentümlich organisierten menschlichen Anschauungs- und Denkvermögens zustande kommt, als das wirkliche, auch außerhalb unseres Intellekts bestehende Wesen der Welt, und den die materielle Welt mitschaffenden Geist setzt er zu einem bloßen Produkt der Materie, zu einer Stoffbewegung, zu einer *Eigenschaft* des Stoffes herab. Der Materialismus, der das Seelische, Geistige nicht als einen nur physikalischen und chemischen Prozeß deuten konnte, flüchtete sich nun zu der Vorstellung, daß der Stoff als solcher von vornherein beseelt sei, und damit stellte er von allem Anfang an zwei Prinzipien neben einander: Materie und Seele. Seelisches, Psychisches ist nicht mehr ein greifbares Erzeugnis bestimmter körperlicher Vorgänge, es besteht von vornherein neben dem Physischen. Und auf diesem Standpunkt sind Materialisten wie Ernst Haeckel heute angelangt, der ja die gewöhnlichsten und allgemeinsten Erscheinungen der Chemie ohne die Annahme einer Atomseele für unerklärlich hält. Wie Haeckel einmal schrieb: »Lust und Unlust, Begierde und Abneigung, Anziehung und Abstoßung müssen

allen Massenatomen gemeinsam sein; denn die Bewegungen der Atome, die bei Bildung und Auflösung einer jeden chemischen Verbindung stattfinden müssen, sind nur erklärlich, wenn wir ihnen Empfindung und Willen beilegen, und nur hierauf allein beruht im Grunde die allgemein angenommene chemische Lehre der Wahlverwandtschaft.«

Aus diesem Ausspruch tritt uns eigentlich mit Händen greifbar der Bankrott der mechanisch-materialistischen Weltanschauung entgegen. Zur Erklärung der chemischen Prozesse greift Haeckel in die seelische Welt hinüber, und ihr entnimmt er, da sie bei ihm ja die eigentlichen treibenden Faktoren der Stoffbewegung sind, den »Willen«, die »Empfindung«, also rein seelische Prinzipien. Mit Recht hält Dr. Adler den Materialisten, die den Geist als eine dem Stoff von vornherein anhaftende Eigenschaft der Materie ansprechen und eine allgemeine Beseelung der physischen Natur annehmen, den Satz entgegen, daß die Allbeseelung ein »Verzicht auf den eigentlichen theoretischen Systemwert des Materialismus« ist, »durch den er allein seine Bedeutung als einen Versuch einer einheitlichen, monistischen Weltanschauung bewähren kann«.

Eine Verkettung der Marxschen Theorie der Gesellschaft, des Marxismus, mit dem Materialismus hat man leider dadurch anzustreben gesucht, daß man die Marxsche Deutung der geschichtlichen gesellschaftlichen Vorgänge als *materialistische Geschichtsauffassung* bezeichnete. Was sind nun das aber für eigenartige *materielle* Vorgänge, die Marx als die Ursache tiefgehender sozialer und politischer Ereignisse betrachtet? Bestimmte grundlegende Erscheinungen in der Produktion materieller Güter, große technische Umwälzungen, bestimmte Neuorganisationen der Wirtschaft, Vergesellschaftungen des Arbeitsprozesses usw. Das sind aber alles sehr komplizierte seelisch-geistige und ethische Vorgänge: neue Erfindungen, neue Verteilungen und Zusammenziehungen der Arbeit, neue Schulungen und Disziplinierungen der gemeinsam Arbeitenden. Der Blick der nicht tiefer schürfenden Geister blieb vielleicht an der äußern Gestalt eines neuen Produktionsmittels hängen und drang nicht in die zahlreichen geistigen und seelischen Handlungen ein, die sich in diesem neuen ökonomischen Arbeitsmittel *materialisierten*, verkörperten. Und nun riefen sie, als sie die von dem neuen Werkzeug, der neuen Maschine ausgehenden sozialen Veränderungen verfolgten, sofort: ein materielles, eisernes, hölzernes *Ding* hat wahre Umwälzungen in der Gesellschaft hervorgerufen. Doch trat nur das Gebilde komplizierter geistiger und sittlicher Vorgänge in Verbindung mit bestimmten sozialpsychischen Organisationen einer bestehenden Gesellschaft. Das ist also, bei Licht gesehen, die Umgestaltung der sozialen Welt durch rein *materielle* Vorgänge, durch *materielle* Produktionsmittel. Sozialpsychisches wirkte eben hier immer auf Sozialpsychisches. Wir ersehen vielleicht aus dieser Darstellung der seelisch-gesellschaftlichen, durch sogenannte *materielle*, ökonomische Veränderungen hervorgerufenen Umgestaltungen, wie unzutreffend es ist, wenn wir die geschichtliche Auffassung, die jene ökonomisch-psychischen Prozesse in ihrem Einfluß auf gesellschaftliche Vorgänge treu und exakt werten will, als *materialistische* Geschichtsauffassung bezeichnen. Also, beseitigen wir endlich die Bezeichnung *materialistische Geschichtsauffassung* aus unseren Darlegungen und Diskussionen geschichtlich-gesellschaftlicher Ereignisse, denn sie erweckt immer wieder die irrige Vorstellung von einer organischen Zusammengehörigkeit des Marxismus mit dem Materialismus. Diese Geschichtsauffassung versucht, wie wir gezeigt

haben, den ursächlichen Zusammenhang bestimmter psychisch-wirtschaftlicher Erscheinungen mit bestimmten sozialpsychischen Veränderungen nachzuweisen, und darin allein gipfelt ihre große Bedeutung. Und mit Recht begrenzt Dr. Max Adler die Tragweite der Marxschen ökonomischen Geschichtsauffassung folgendermaßen:

»Die materialistische Geschichtsauffassung ist eine Maxime der Kausalerklärung. Als solche ist sie eine Erkenntnisbeziehung der Wissenschaft und hat ganz und gar nichts gemein mit dem Standpunkt des Materialismus als philosophischer Weltanschauung, wie sehr sie auch hier und dort mit einer solchen in einem persönlichen Zusammenhang stehen mag. Sie ist ein Denkmittel der Wissenschaft, nichts anderes als etwa das Gravitationsprinzip oder das Prinzip der natürlichen Zuchtwahl, die sämtlich so wenig mit dem Materialismus als solchem zu schaffen haben, daß sie sogar schon von fromm-gläubigen Anhängern der kirchlichen Religionen akzeptiert werden, die das Bedürfnis fühlen ihren Glauben der modernen Wissenschaft anzupassen.«

Ein ausführliches Eingehen auf die philosophischen Darlegungen des Marxisten Dr. Adler über Marxismus und Materialismus schien mir direkt notwendig, da der Marxismus bei den geplanten Massenversammlungen zum Austritt aus der Landeskirche leicht mit dem Materialismus vermengt werden kann. Mit der Auffassung, daß die Genossen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, auch äußerlich diesen Bruch durch Ausscheiden aus der Kirche bekunden sollen, werden die Agitatoren des kirchlichen Massenstreiks bald am Rande sein und dann zur Erörterung religiöser und philosophischer Fragen, der großen Weltanschauungsprobleme übergehen. Gerade wer der katholischen Kirche den Massenstreik ansagt, wird schwer einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der christlich-katholischen Weltanschauung aus dem Weg gehen können. Die katholische Kirche ist eben untrennbar mit der katholischen Religion verbunden. Die Kirche ist nach dem katholischen Dogma eine unmittelbare Gründung Jesu Christi, sie ist direkt göttlichen Ursprungs, das Reich Gottes, dessen König Jesus Christus ist. Der Katholizismus steht auch im prinzipiellen Gegensatz zu dem heute herrschenden Staatskirchentum, denn in allen kirchlichen Angelegenheiten ist nach katholischer Lehre die Kirche als göttliche Institution allein souverän. Die Diskussion von Weltanschauungsproblemen ist aber nicht Sache der Partei. Daß die Genossen, als nicht genügend philosophisch geschult, bei deren Erörterung sich arge Blößen geben können, fällt hier weniger ins Gewicht; denn das kann eine Partei, die unter ihren Wortführern zahlreiche philosophisch Gebildete zählt, noch am ehesten verschmerzen. Gefährlicher wäre es für eine ökonomisch-politische Partei, wenn sie durch eine persönliche oder gar noch organisatorische Verbindung mit der landläufigen sogenannten *freireligiösen* Bewegung zu eng verkettet würde. Dadurch kann ihr politisch-ökonomischer Grundcharakter getrübt werden. Denn bei den Massen, die wir ja durch unsere Propaganda erst zu Sozialdemokraten erziehen wollen, entsteht durch derartige antikirchliche Massenversammlungen gar leicht der Gedanke, daß wir als Sozialdemokraten nun ein neues Tätigkeitsfeld beschreiten und den Kampf gegen die Kirche eröffnen wollen.

Daher müssen wir eine feste und hohe Trennungswand zwischen der sozialdemokratischen und der antikirchlichen Bewegung auführen. Die Sozialdemokratie ist eben keine Weltanschauungsrichtung unserer heutigen Zeit, sondern sie ist eine politisch-ökonomische Partei, die dadurch nur an

Durchschlagskraft gewinnen kann, daß sie sich auf die Durchführung ihres eigentlichen Programms: auf die Demokratisierung und Sozialisierung der heutigen Gesellschaft, beschränkt. Und dieses Programm ist, denke ich, wahrlich groß genug. Schon die Massenversammlungen, die unser Programm durch die Propaganda des *Gebärstreiks* bereichern wollten, trugen alles andere als einen grundsätzlichen sozialdemokratischen Charakter an sich. Sie förderten nicht, nein sie verflachten die sozialdemokratische Erziehung der Massen. Und haben wir das nicht möglicherweise von einer antikirchlichen Massenstreikbewegung zu befürchten, in der gar zu leicht von *Freidenkern* die ältesten Dosen, Töpfe und Schachteln der materialistischen Apothekerphilosophen Büchner und Vogt wieder geöffnet werden?

EDMUND FISCHER · CHRISTENTUM UND SOZIALISMUS

IN den *Sozialistischen Monatsheften* ist vor einiger Zeit eine Debatte über das religiöse Problem und seine Bedeutung für den Entwicklungskampf unserer Zeit eröffnet worden.¹⁾ Die Erörterung dieser Frage scheint mir von großer Bedeutung, und es ist wünschenswert, daß sich in unserer Partei möglichst viele daran beteiligen. Selbstverständlich kann hier jeder nur für sich, nur ganz subjektiv sprechen, ohne geistige Mitverantwortung irgendeiner Richtung. Jede Ansicht, gleichviel von welchen Voraussetzungen sie ausgeht, wenn sie nur in sich konsequent entwickelt ist, kann hier zur Klärung und zur Erkenntnis des Werdenden beitragen. In diesem Sinn will auch ich im nachfolgenden das darlegen, was ich dazu zu sagen habe.

Nach dem Entwicklungsgedanken ist nicht nur die ganze natürliche, geschichtliche und materielle, sondern auch die geistige Welt bloß ein Prozeß, das heißt in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung begriffen. Danach kann es in der Welt nichts absolut Neues geben, alles, was entsteht, bildet sich aus bereits Vorhandenem heraus und entwickelt gleichfalls wieder die Keime zu höheren Formen. In Schillers Dichterwort »Und in dem Heute wandelt schon das Morgen« kommt diese dialektische Denkweise klar und kurz zum Ausdruck. Im Neuen lebt aber auch Altes noch lange fort. Jüdische, ägyptische und griechische Philosophie haben sich zur christlichen Religion verschmolzen, die auch römisches und germanisches Geistesleben in sich aufgenommen und Jahrhunderte hindurch lebendig erhalten hat. Die Ausläufer aller dieser alten Geistesströmungen finden sich auch wieder im Sozialismus zusammen. An der Schwelle der sozialistischen Bewegung stehen Thomas More, ein Heiliger der katholischen Kirche, und Thomas Münzer, ein christlicher Reformator. Einen gewissen religiösen Grundton hat die sozialistische Bewegung ja auch heute noch, den *freidenkerischen* Schlagworten zum Trotz.

Die Religion ist nicht einfach eine überlebte Sache der Vergangenheit. Selbst Millionen, die sich von der Kirche innerlich oder zugleich auch äußerlich

¹⁾ Diese Serie der *Sozialistischen Monatshefte* brachte bisher die folgenden Artikel: Müller *Das religiöse Moment in der sozialistischen Bewegung*, 1910, 3. Band, pag. 1665 ff., Maurenbrecher *Das religiöse Element im heutigen Sozialismus*, 1910, 1. Band, pag. 37 ff., Kampffmeyer *Die religiöse Einigung im Sozialismus*, 1911, 1. Band, pag. 240 ff., Staudinger *Sozialismus und Religion*, 1911, 1. Band, pag. 311 ff., Erdmann *Sozialdemokratie und Religion*, 1911, 1. Band, pag. 512 ff., Hildebrand *Sozialismus, sittliches Bewußtsein und Religion*, 1911, 2. Band, pag. 627 ff., Göhre *Die Bedeutung des Falles Jatho*, 1911, 2. Band, pag. 939 ff., Zepler *Entwicklung*, 1912, 1. Band, pag. 218 ff.

losgesagt haben, sind noch religiös. Die Religionsgemeinschaften sind aber auch noch umfangreich und stark. Und ihre Lostrennung vom Staat wird keineswegs ihre Auflösung bedeuten, vielleicht sogar ihre innerliche Erstarbung. Religion darf man zwar nicht mit Kirche verwechseln. Aber ob mit ihr der Glaube an einen persönlichen Gott oder an die Allgöttheit verbunden, ob ihr Gehalt metaphysischer, wissenschaftlicher oder künstlerischer Art ist: in Europa liegt dem Religionsbegriff immer bis zu einem gewissen Grad die mosaisch-christliche Lehre zugrunde, die sich auf Menschenliebe, Nächstenliebe, Solidarität richtet. Unter dem Einfluß dieser religiösen Macht auf das Geistesleben wird auch stets die sozialistische Bewegung stehen, die mehr in sich schließt als nur die sozialdemokratische Partei. Und andererseits wird das Christentum durchsetzt mit sozialistischem Geist.

Als politische Partei hat die christlich-sozialistische Bewegung nirgends eine große Macht erlangen können. Aber in dem Maß, in dem die sozialistische Bewegung die Religion beeinflusst, wandelt sich die christliche Caritas in soziales Empfinden und soziales Verständnis um. Paul Göhre hat in seiner sehr interessanten Geschichte der evangelischsozialen Bewegung in Deutschland, die er schrieb, als er noch mitten drin oder vielmehr mit an der Spitze dieser Bewegung stand und Pfarrer in Frankfurt an der Oder war, den sozialistischen Einfluß anschaulich zum Ausdruck gebracht. Danach wollte die evangelischsoziale Bewegung den sittlichen Gehalt und die religiöse Kraft des Christentums ungeschmälert zur Hilfe für die Massen einsetzen, die nicht sowohl durch eigene sondern vorwiegend durch die Schuld unserer sozialen Verhältnisse eine nur unsichere Existenz, ungesunde Wohnungen, ungenügende Ernährung, zu wenig Arbeit, zu geringen Lohn, zu lange Arbeitszeit, unzureichende Arbeitsstätten haben und dadurch auch an ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung dauernden Schaden leiden. »Sie will diese Hilfe bringen, indem sie die wirtschaftlichen Zustände in allmählichem Fortschritt, aber so schnell als möglich, ebenso gründlich wie besonnen zugunsten aller Notleidenden umgestalten hilft, so daß alle Gruppen unseres Volkes, die wirklich arbeiten, auch vollen Anteil an den Vorteilen unseres wirtschaftlichen Lebens erhalten, jede nach ihrem Beruf und ihrer sozialen Eigenart sowie nach dem jeweiligen Stand der technischen Entwicklung. Es ist ihr Ernst mit der Liebe, die Christus verkündigt hat, und für die er selber starb. Sie will, daß diese Liebe auch für unsere wirtschaftlichen Zustände, die über das Wohl und Wehe von Millionen entscheiden, keine Redensart bleibt sondern zur Tat wird.«²⁾ Das ist eine völlige Verschmelzung christlicher und sozialistischer Ideen. Und man muß es glauben, daß es der evangelischsozialen Bewegung mit dem Sozialismus ernst war. Die evangelischen proletarischen Massen, die der Kirche längst entfremdet sind, hätte sie freilich trotz alledem nicht gewinnen können. Und die konservativen Elemente, mit Stöcker an der Spitze, die kirchlichen und staatlichen Behörden haben diese Bewegung zum Scheitern gebracht. Aber man täusche sich nicht: In den Reihen der evangelischen Geistlichkeit ist das sozialistische Denken weiter verbreitet als es nach außen hin bemerkbar wird. Deutschland ist noch ein politisch rückständiges Land. Mit dem Erstarken der Demokratie wird auch die Geistesfreiheit wachsen und dann auch die christlich-sozialistische Ideenwelt stärker in die Erscheinung treten.

²⁾ Siehe Göhre *Die evangelischsoziale Bewegung in Deutschland* / Leipzig 1896 /, pag. 1.

In den freieren Ländern tritt der sozialistische Gedanke im Christentum offener zutage. Die katholischen Sozialisten Frankreichs, Leute wie die Dominikaner Maunus und Schwalm, die Abbés Garnier, Staudet, Gayraud usw., erstreben eine katholische Renaissance, indem sie die sozialen Lehren des Christentums modernisieren, wie es die radikaleren Elemente der evangelischsozialen Bewegung in Deutschland getan haben. In England haben sich zahlreiche Geistliche und Bischöfe öffentlich für den Sozialismus erklärt. Aus Amerika wird berichtet, daß sich dort der religiöse Sozialismus »wie Steppenbrand« verbreite. Auch in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen sind sozialistische Theologen keine Seltenheit. Und in der Schweiz haben die Kutter und Ragaz unter den christlichen Predigern zahlreiche Gleichgesinnte.

Den Ideengang der christlichen Sozialisten hat kürzlich ein sozialistischer Theologe, Professor J. Matthieu in Zürich, in einem sehr interessanten Buch in umfassender Weise zur Darstellung gebracht. Matthieu ist davon überzeugt, daß das, was zurzeit die wenigen sozialistischen Pfarrer sagen, nur der bescheidene Ausdruck einer ganzen Bewegung sei, die gegenwärtig in der ganzen Welt gäre. Aber es könne auch nicht genug betont werden, daß man sich in den ersten Anfängen einer Entwicklung befinde, die lange dauern und an überraschenden Wendungen reich sein werde. Deshalb könne keine Rede davon sein fertige Programme zu geben. Die eigentümliche Renaissance des Christentums, die sich jetzt vollziehe, verlange, daß die ganze große Kraft des Christentums durch keinerlei rasche Anpassung abgeschwächt werde. Die religiössoziale Richtung anerkenne die eigentümliche Größe der sozialdemokratischen Bewegung und gestehe ihr das Recht zu ihre Eigenart auszuprägen und zu wahren. Sie vertrete aber auch hier mit aller Entschiedenheit den großen Geist des Christentums. Sie stelle sowohl der Arbeiterbewegung wie der kapitalistischen Kultur gegenüber das höchste Ideal, das Ideal der absoluten christlichen Forderung auf. Es könne sich nicht darum handeln der Arbeiterbewegung irgendeine fremde Taktik und Methode aufzuzwängen, die sich nicht aus ihrem Wesen ergebe. Noch weniger könne aber davon die Rede sein das Christentum, um es der sozialistischen Bewegung anzupassen, irgendwie abzuschwächen und zu degradieren.³⁾

Sozialdemokratie und sozialistisches Christentum erscheinen hier als zwei neben einander laufende Bewegungen, die sich nicht gegenseitig ausschließen, von denen aber jede selbständig, unabhängig von der andern ist. Das ist jedoch nur möglich, sofern und soweit die christlich-sozialistische Bewegung lediglich Religion bleiben und nicht politische Partei werden wird. Gegen das Christentum an sich hat die Sozialdemokratie, die die Religion als Privatsache betrachtet, nie gekämpft. Von diesem Standpunkt aus erscheint auch die christliche Renaissance als eine Sache, die lediglich das Christentum selbst angeht. Aber die Sozialdemokratie wird diese religiöse Bewegung nicht unterschätzen dürfen und lernen müssen, daß sich die ganze sozialistische Bewegung nicht in die Schablone einer politischen Partei pressen läßt und die Religion auf unabsehbare Zeit eine Macht darstellt, die nicht ignoriert werden darf. Andererseits haben die Vertreter des sozialistischen Christentums von dem religiösen Bedürfnis der Massen und dem Geist der

³⁾ Siehe Matthieu *Das Christentum und die soziale Krise der Gegenwart* / Basel 1913 /, pag. 162 ff.

Zeit vielleicht eine irrtümliche Vorstellung, die sie zu falschen Schlußfolgerungen führt.

Matthieu ist der Meinung, die Arbeiterbewegung habe den »ganzen vertiefenden und erweiternden Einfluß der Religion nötig«. Es ist ihm, »als empfinde die Arbeiterbewegung eine starke Sehnsucht nach dem Geist, der ihr die höchsten und reinsten Impulse verleihen und sie von allen Schlacken reinigen kann«. Nach sehr verschiedenen Zeichen sei zu schließen, daß sich in der Arbeiterbewegung ein starker Umschwung vorbereite. Der Pfarrer eines großen Industriebezirks habe ihm gesagt, es bereite sich eine große Scheidung vor. Im Hauptsaal des Brüsseler Volkshauses gebe es ein mächtiges Christusbild. Ein Sozialdemokrat habe ihm gesagt: »Warum wir es hier haben? Ganz einfach, weil Jesus zu uns gehört, hier unter die Sozialisten, nicht in die Kirche, und weil wir berufen sind mit seinem Geist die Welt zu erfüllen.« Bei vielen sozialdemokratischen Arbeitern herrsche bereits die tiefe Überzeugung, daß die Neubegründung der Wirtschaftsordnung im Zeichen des Christentums vor sich gehen müsse. Derartige Vorstellungen vom religiösen Geist in der Sozialdemokratie könnten die sozialistischen Vertreter des Christentums zu der Taktik führen die Sozialdemokratie *christianisieren* zu wollen. Das wäre aber ein sehr bedenklicher Versuch. Ewigkeitswert hat die christliche Philosophie nach meinem Dafürhalten nur, soweit sie sich auf das reale Leben auf Erden bezieht, also die christliche Ethik. Diese ist in ihren Grundgedanken auch in die sozialistische Bewegung übergegangen. Die Arbeiter haben den Sozialismus anfänglich auch als eine neue Religion aufgenommen, als eine *Offenbarung*, die ihnen *Erlösung* bringen werde. Es sei hier nur an die religiöse Verehrung Lassalles erinnert, von dem auch der Ausspruch kam: die Arbeiter seien der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werde. In den ersten sozialistischen Versammlungen Süditaliens waren die Wände mit Bildern und Aussprüchen von Christus, Karl Marx, Lassalle usw. geschmückt. Der Geist der Brüderlichkeit, Gleichheit, Liebe, Gerechtigkeit war im wesentlichen auch der sozialistische Geist. Der Sozialismus hatte die Arbeiter von neuem mit einem Ideal erfüllt, für das sie kämpften und lebten, das ihr ganzes Sinnen und Trachten in Anspruch nahm. Dieser Sozialismus war ein Glaube, war eine Religion. In dem Maß wie die Bewegung wuchs und mit wissenschaftlicher Erkenntnis durchtränkt wurde, entwickelte sie sich auch von der Sekte zur politischen Partei, die auf dem realen Boden der nüchternen Wirklichkeit für den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritt kämpft. Tausende von Arbeitern gehen auch jetzt noch als Führer mit ihrem ganzen Denken in diesem Kampf auf, finden also in der politischen, gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Wirksamkeit eine geistige Befriedigung. Die Millionen der Arbeiter aber, deren Teilnahme an der Bewegung nicht über das Wählen, Streiken, Besuchen von Versammlungen usw. hinausgehen kann, finden diese geistige Befriedigung nicht in gleichem Maß. Vaterland, Heimat, Religion, Familie haben sie verloren. Leibliche Genüsse, Zeitunglesen usw. können den zerstörten Lebensrhythmus, das seelische Gleichgewicht nicht herstellen. Sie empfinden eine innere Leere, eine geistige Öde, das Leben erscheint ihnen trostlos, zwecklos. Das ist es, was man das religiöse Bedürfnis der Massen nennt, dem auch die Sozialdemokratie wird Rechnung tragen müssen, wenn sie nicht eines Tages eine große Enttäuschung erleben will. Aber die christliche Kirche wird, glaube ich, diese Aufgabe nicht mehr erfüllen können.

Ein Christentum ohne Gottesglauben ist kein Christentum mehr. Jeder Gottesglaube muß aber nach meiner Ansicht ein Glaube an einen persönlichen Gott sein, andernfalls ist er auch nichts als der Ausdruck für eine verschleierte Gottesleugnung. Der Gottesglaube ist auch sinnlos, wenn damit nicht der Glaube an das Weiterleben nach dem Tod, an ein Jenseits verbunden ist. Die sozialistischen Christen wollen diesen mystischen Glauben auch aufrechterhalten. Nun ist es zwar richtig: auch die moderne Naturwissenschaft kann nicht beweisen, daß es keinen Gott gibt, so wenig wie die Theologie den Beweis des Gegenteils zu erbringen vermag. Der Glaube ist kein Wissen, eben nur ein Glauben. Aber die wissenschaftliche Erkenntnis läßt in unseren Tagen bei den meisten solchen Glauben immer weniger aufkommen. Eine starke religiöse Veranlagung, ein gewisser Hang zum Mystischen, Übersinnlichen wird freilich trotzdem immer eine Anzahl Menschen, und gerade auch gebildete Menschen, zum Gottesglauben führen. Die Zahl dieser Gläubigen wird jedoch, wie ich glaube, beschränkt bleiben. Das Fiasko der trostlosen *Freidenkerbewegung*, die nur einreißen will, ohne aufzubauen, die nur nehmen will, ohne etwas anderes dafür zu bieten, spricht so wenig für eine große Zukunft des Gottesglaubens wie der christliche Sozialismus in Amerika, wo besondere ethnologische und kulturelle Bedingungen zusammenwirkten. Die Arbeiter der europäischen Kulturländer nehmen den Sozialismus, das sozialistische Denken und Wollen, nur als eine Sache des Verstandes in sich auf, und nicht als Gebot eines überweltlichen Gottes. Eine Wiederherstellung des Gottesglaubens durch Aufnahme der sozialistischen Forderungen in das Christentum, eine *Christianisierung* der Sozialdemokratie erscheint mir aussichtslos. Nichtsdestoweniger bleibt das religiöse Bedürfnis bestehen. Aber die sich ausbildende Religion der Zukunft kann nach meiner Überzeugung wohl Elemente des christlichen Glaubens, nicht aber diesen selbst in sich aufnehmen.

XX
FRANZ EISSLER · GEDANKEN ÜBER DEN MONIS-
MUS



TRUNKEN von Nüchternheit nannte Heinrich von Treitschke seine Zeit, und in diesem *trunken* lag etwas von Größe, Begeisterung und Poesie. Aber wir sind nur besoffen von Nüchternheit. Die Farbenpracht des Paradieses mußte verblassen, so wohnlich ist es auf Erden geworden: durch Menschenkraft. Stark und schwach sind die Werte, mit denen wir messen; der Muskelmensch und der seelische Kraftmayer sind heute gleich beliebte Typen. Wirklichkeitssinn ist eine Tugend, die Kunst flüchtet ins Leben, die Romantik und der deutsche Idealismus sind tot, und statt des kategorischen Imperativs haben wir den energetischen, ein philosophisches Pendant zu der berühmten Sparsamkeit der deutschen Hausfrau. Doch nicht die Silhouette einer Kultur soll hier gezeichnet werden, sondern nur ihr Zerrbild im Spiegel ihrer Philosophie.

Wir haben von der materialistischen Geschichtsauffassung gelernt die Ohnmacht des Individuums zu durchschauen. So ist auch die Philosophie des Monismus nicht wie Pallas Athene dem Haupt des Zeus entsprungen und wird sich nicht durch eine billige Individualpsychologie deuten lassen, die darin gipfelt, daß Ostwald jenes Weltbild konstruiert hat, in dessen Rahmen

der Typus des Naturforschers als hehrste Gestalt erscheint. Gedankenkeime wachsen, wie aus fruchtbarem Boden das Getreide in die Ähren schießt, sie werden nicht erfunden, sondern sie finden die Kreatur, die berufen ist sie am vollkommensten auszudenken und auszusprechen.

Aus einer Sehnsucht ist die Philosophie geboren, aus einer Sehnsucht, deren Erfüllung fast an das Kunststück des Herrn von Münchhausen anklingt, der sich an seinem eigenen Zopf aus dem Wasser zieht. Der Mensch will Klarheit über den Menschen, ihm graut vor dem Tod, und er weiß nicht, was dieses Grauen bedeutet, er liebt oder verflucht das Leben und weiß nicht, was dieses Leben bedeutet. Und immer war dieses Fragen und dieses Staunen über das eigene Nichtwissen, und immer gab es Weise, die darauf Antwort wußten und einer künftigen Generation doch nur Narren waren. Und so wird dieses Frage- und Antwortspiel, das mit dem Augenblick anhub, als die Menschen sich von der erbärmlichsten Not befreit hatten, vielleicht doch einen tiefen Geist haben als jener berühmte Physiker meinte, für den die Frage nach dem Sinn des Daseins nur ein über das Ziel Hinausschießen einer Denkgewohnheit war, vielleicht wird es doch etwas mehr sein als eine ins Kosmische gewandte Pedanterie, die noch dort nach Zweck und Sinn fragt, wo die Frage nicht berechtigt ist.

Haben den Materialismus eines Büchner, Moleschott und Vogt die Orgien einer spekulativen Philosophie zum Leben erweckt, die sich vermaß der Natur Gesetze vorzuschreiben, hat so der phantastisch-lebensferne, in unendliche Weiten sich verlierende Blick prosaische Kurzsichtigkeit gezeugt, hat der Haß gegen eine jongleurhafte Dialektik mit ihrem perversen Reiz am Dunkeln eine Reaktion zeitigen müssen, so liegt der Fall des Monismus wesentlich anders.

Die neukantianische Bewegung mag, ähnlich wie der Kathedersozialismus, die Philosophieprofessuren mit Beschlag belegt haben, aber tiefere Wurzel im geistigen Leben hat sie nie geschlagen. Skeptische Gleichgültigkeit, im schärfsten Gegensatz zur Zeit eines Hegel und Schelling, in der jeder Backfisch über Gewandtheit im philosophischen Denken verfügte, gab dem Zeitalter der Naturwissenschaft und Technik die Ruhe zu seiner Aufgabe. Aber die Stunde der Selbstbesinnung mußte kommen, und der menschliche Geist empfänglich werden für Männer, die die Tatsachen nicht nur sammeln sondern sichten, also philosophieren konnten. Fest und aufrecht stehen wir auf der Erde, nicht ohne Stolz: Was konnte also näherliegen, als daß jene einen Resonanzboden fanden, die, scheinbar losgelöst von aller Tradition, das Pathos der Menschenkraft verkünden, und deren Glaube das Wissen wurde? »Probleme werden gelöst oder als nichtig erkannt«, sagt Mach in seiner bescheidenen Arroganz. Was Wunder, daß demütigere Stimmen ungehört blieben, die an Kant anzuknüpfen suchten, der die Grenzen aufzeigte, in die unser Denkvermögen eingemauert? Aber Demut und bescheidene Resignation sind selten geworden, seitdem wir die Natur ihrer Geheimnisse beraubt und sie zu unserer Sklavin gemacht haben.

Der Monismus ist gewissermaßen die Philosophie des Selbstvertrauens, gewissermaßen das Hohngelächter über Götter und metaphysische Nebel, Ausgeburten der Angst. Wenn er einen Zug von Größe hat und nicht die schlechtesten Köpfe zu seinen Mitläufern zählt, so hat er das dem prometheischen Funken zu danken, der im Wissen und im Glauben an dieses Wissen das

Strohfeuer der Begeisterung entfacht hat. Statt der Gottheit und der Ohnmacht der Menschheit ihre Allmacht verkünden: das ist letzten Endes sein kultureller Sinn. Der Glaube an Menschenkraft läßt den Monismus so stark werden im Kampf gegen die Kirche, und jene Siegfriedfreudigkeit im Zerstören läßt ihn Geister anlocken, die tief genug wären seine Dürftigkeit zu durchschauen. Hier soll nicht die Beziehung von Glaube und Dogma erörtert werden. Aber hochstaplerisch ist die Wissenschaft, die mit dem Dogma operiert, und dogmatisch ist der Monismus. Ja, er ist es in einer so primitiven Weise, daß seine Ahnungslosigkeit mehr rührt als reizt. Er weiß alles, er weiß es mit jenem selbstgefälligen Lächeln, über das der Gymnasiast verfügt, den sein Konversationslexikon über die Unmöglichkeit der unbefleckten Empfängnis aufgeklärt hat. Seine ethische Zauberformel *Vergeude keine Energie, sondern verwerte sie!* hat viel Physik und wenig Goethe, steht philosophisch, wie ich im *März* gezeigt habe, auf so rhachitischen Beinen, daß nur das Pathos ihres Namens und der Wille einer schaffensfreudigen Generation sie nicht allsogleich über den Haufen rannte.

In den *Monistischen Sonntagspredigten* schreibt Ostwald: »Und so nimmt die alte neutestamentarische [beiläufig: schon alttestamentarische] Festlegung der ethischen Grundgesetze heute die neue Gestalt des ethischen Ideals an: Liebe deinen Nächsten gemäß seinem sozialen Wert! Liebe dein Volk und die Menschheit mehr als dich selbst!« Es wird Ordnung gemacht in Liebesdingen. Der soziale Wert soll zum Regulativ der Liebe werden, diktiert dort ein Maß, wo nur der Überschwang einen Sinn hat, die Liebe wird endlich ein nüchternes Geschäft zwischen Gesellschaft und Individuum (Liebesäquivalent für eine Leistung), also hätten wir auch ein Analogon zum ersten Hauptsatz der Wärmetheorie in der Ostwaldschen Ethik. Jesus freilich lag solch physikalischer und kaufmännischer Geist fern, er gab denen, die mühselig und beladen waren, ihm war die Leistung nichts, der Wille alles: er war ein schlechter Geschäftsmann. Das ist in ethischer Hinsicht der fundamentale Gegensatz zwischen der Religion und dem Monismus: Dieser wertet die Leistung, jene den Willen, und darin liegt für mich das Charakteristische der monistischen Ethik, daß sie nur dort gibt, wo sie empfängt, ganz abgesehen davon, daß ihre auf deduktivem Weg erschlossenen Gesetze von einer dogmatischen Prämisse ausgehen, deren wissenschaftliche Tünche nur ein Professorenhirn fabrizieren konnte.

Ostwald schreibt auch über den Tod. Nüchtern kommandiert er Abschaffung der Todesangst. Die Menschheit hätte nun nachgerade Zeit genug gehabt sich an den Tod zu gewöhnen, Biologie und Physik sind mit ihm im Interesse der Gattung einverstanden, nur die Gefühle sind nicht fortschrittlich. Aber auch mit der Vernichtung der Gattung weiß sich Ostwald abzufinden; das drohende Ende der Erde mahnt zur Eile, also heißt es keine Zeit verlieren. Die Endlichkeit alles Irdischen wird so zum Argument für die Pflicht der Energieverwertung. Mir will es scheinen, daß es im Angesicht des Todes (und hier stimme ich dem skeptischen Nominalismus eines Fritz Mauthner gänzlich zu) nur eines gibt: zu schweigen, und mit unseren Adjektiven *erhaben* oder *erbärmlich* ruhig zu Hause zu bleiben. Vom Tod reden ist meistens schwätzen, und gegen die Todesangst zu Feld ziehen ein Kampf gegen psychologische Tatsachen, vor denen gerade der Naturforscher um ihrer Tatsächlichkeit willen Ehrfurcht haben sollte. Aus der eigentümlichen

Stellung des Naturforschers zur Tatsachenwelt ergibt sich seine philosophische Unfähigkeit. Die Zersplitterung der Welt in homogene Bausteine als analytisches Prinzip und die Suche nach einem Generalnenner (Hertzsche Mechanik früher, Ostwaldsche Energetik jetzt) als synthetisches sind und bleiben im besten Fall konstruierter begrifflicher Monismus, der seelisch nicht mehr bedeutet als die Mannigfaltigkeit der Dinge und des Lebens in die Vagheit des Begriffs einzufangen.

Noch ein Wort über das Wunder. Die Wissenschaft haßt das Wunder, es auszurotten ist ihre Aufgabe. Für die Wilden, sagen die Gelehrten nicht ohne Stolz, ist die Welt voller Wunder, der Wissende durchschaut sie. Wir sagen aber auch *wunderbar*, wenn unsere Seele in ihren Grundfesten erschüttert wird durch ein Gefühl, nicht ein Gedankending; Kunst und Liebe gebären in reinster Form das Wunder, das wir uns nicht nehmen lassen werden, und dessen jeder in seinen besten Stunden teilhaftig werden sollte. Die Sehnsucht nach dem Wunder ist das Schwungrad der Seele, denn es ist die Sekunde der Erfüllung und der Erlösung, es ist Staunen und doch wieder Klarheit, es ist Weisheit, die nicht Rechnung ist sondern Gefühl, es ist göttliche Weisheit, weil es sich bewußt im Unendlichen verliert, und es wäre Tod, wenn es Dauer hätte. Und darum muß die Liebe dem Tod verknüpft sein, und darum muß den Traum von erfüllter Liebessehnsucht der Traum vom Tod stets begleiten. Die Region der Erfüllung ist nicht die Region des Lebens, denn Leben ist die ewige Wiedergeburt der Sehnsucht; das Wunderbare ist dann der Lichtstrahl des Göttlichen, der auf das Alltägliche fällt und allein ihm Glanz und Weihe verleihen kann.

Ich will nun diesen mystischen Exkurs beenden und nur noch eine nüchterne Tatsache vorbringen. Zwecklose Arbeit ist unerträglich, ohne Zielstrebigkeit führt der Wille zum Irrsinn. Der Glaube an den Sinn des Lebens, der Glaube an die Erfüllung aller Sehnsucht ist Tatsache und Notwendigkeit. Diesem Glauben hat die Religion Gestalt gegeben, naiv und doch pathetisch, die Philosophie kritisch und doch begeistert, der Monismus aber, besoffen von Nüchternheit, rempelt diesen Glauben an, negiert ihn und proklamiert das Wissen. Letzten Endes läuft die Frage nach der Existenzberechtigung des Monismus darauf hinaus, ob seiner Grundlage, der exakten Wissenschaft, Elemente fehlen, die nur Religion und Philosophie zu eigen sind, oder, bildhaft ausgedrückt, ob er Scheuklappen besitzt, die ihm den Blick über die Totalität alles Seienden versperren. Freilich, wenn *a priori* diktiert wird, daß wir uns mit dem zu begnügen haben, was Wissenschaft und Technik zu bieten vermögen, dann ist unsere Frage sinnlos. Aber ein solches *a priori* ist ein Dogma und wird früher oder später doch von der kritischen Lauge zersetzt werden. Also darum nochmals: Ist die wissenschaftliche Betrachtungsweise die Betrachtungsweise an sich, oder nicht, geht von ihr die allein-seligmachende Kraft aus, die ihr der Monist zuschreibt, oder nicht?

Die Unzulänglichkeit der Wissenschaft liegt für mich darin, daß sie dem synthetischen Bedürfnis des Menschen nicht gerecht werden kann. Wohl kennt auch sie einen Akt der Synthese: es ist die mathematische Formel. Aber eine Formel, selbst wenn sie die Gesamtheit des Geschehens umfassen könnte, wäre nicht Form, und der Begriff der Form hat immer im Brennpunkt der Religion und der Philosophie gestanden, die im höchsten Sinn schöpferisch sind, weil sie Gestalt zu geben vermögen. Machs Kampf gegen

den Ichbegriff, sein berühmtes »Das Ich ist unrettbar« ist nur die letzte Konsequenz naturwissenschaftlicher Denkungsart. Aber das, was Kant die synthetische Einheit der Apperzeption genannt hat, womit er eben eine psychologische Tatsache formuliert hat, wird nicht im leisesten dadurch berührt. Der Wille Gestalt zu geben, Leben einzuhauchen, ist eine der psychologischen Wurzeln, aus denen Religion und Philosophie erwachsen. Sie geben Form aller Sehnsucht: Die Religion, mehr bildhaft anschaulich, verkündet ihren Gott, im Ebenbild des Menschen geschaffen; zum Höchsten gesteigerte Menschlichkeit, muß sie vor alle Qualitäten Gottes ein *all* setzen. Die Philosophie verkündet ihr System mehr abstrakt und kritisch, verwebt zu einem Weltbild Wissen und Gefühl. Der konservative Zug, die Zählebigkeit von Religion und Philosophie ist berechtigt und begründet durch das Ewig-Menschliche, durch die Determiniertheit unserer seelischen Vermögen, die Kant zuerst klar gezeichnet hat. Der Monismus pocht auf seine Fortschrittlichkeit und meint sich mit ihr vor den Überrumpelungen der Zukunft zu sichern, ist jederzeit bereit Korrekturen anzubringen, die etwa eine neue Entdeckung erfordert. Funktionale Beziehungen, Energietransformationen feststellen heißt bereit sein seine Formeln jeden Augenblick zu variieren. Ein Weltbild formen aber heißt Materie gestalten, nicht nur nach den Gesetzen des Seins sondern auch nach denen des Sollens und Wollens. Der Monismus ist eindimensionale, die Philosophie alldimensionale Unendlichkeit. Sie muß, wollen wir uns nicht verlieren, die Strahlen des Lebens, die nach allen Seiten ausgehen, zu einem Bild formen. Das vermag der Monist nicht, denn er sieht nur in e i n e Direktion.

Es ist die tiefste Bestätigung unseres Rechts auf Philosophie, daß sie aller Biologie zum Hohn doch entstanden ist. Denn käme es nur auf das Glück und die Erhaltung einer Gattung an, was sollten dann diese ewig zerstörten Weltbilder und das ewige Ringen nach ihnen? Wenn eine Philosophie mit der biologischen Richtung Ernst macht, dann hat sie die Pflicht des Selbstmords, die Pflicht den Kampf gegen das aufreibende Nachdenken über das Leben aufzunehmen. Sie muß die tierische Selbstverständlichkeit des Daseins wiederherstellen, denn nur so werden Wissenschaft und Technik zum einzigen Prinzip der Kultur.

Tatsächlich sind auch für Ostwald Zivilisation und Kultur das selbe, ganz als ob die menschliche Erbärmlichkeit durch Automobil und Luftschiff berührt werden könnte, als ob ein Snob, der auf einem modernen Riesen-dampfer das Meer durchsaust, schon deshalb Kultur besäße. Das dunkle Gefühl innern Reichtums ist eben unendlich mehr als äußere Unzulänglichkeit, der Scherben eines Weltbilds kostbarer als das quallige dehnbare Ding, das der Zeit zu trotzen vermag, weil es leblos ist.

XXX

HILTGART VIELHABER · ÜBER DANTE



ÄHREND gerade feine und tiefgründige Geister oft Jahre hindurch über ihren Zweck, ihre eigentümliche Aufgabe im großen Fluß des Lebens nachgrübeln, wird das Genie vom Schicksal gleichsam überfallen und erbarmungslos zu Ziel und Bedeutung seines Daseins geführt. Unweigerlich muß es in der ihm bestimmten Bahn verbleiben, selbst Gram und Leid ketten es nur fester an

sein Geschick. Denn ein Entrinnen gibt es nicht für die Berufenen. Und es ist kein Zufall, daß der stärkste Schlag oft die Größten trifft. Denn das ist die Art der Größe, daß sie nur Ebenbürtiges sich zueignen kann, ja daß sie manches, was anderen nur mittelmäßig, ja noch erträglich scheint, als niedrig, als unerträglich von sich fortstößt. Oder, daß sie es umwandelt in die ihr adäquaten Proportionen: und dann die Bitternisse, die Süßigkeiten, die ihrem Sein notwendig sind, daraus entnimmt.

Viel tüchtige und ernsthafte Männer hatte der Parteienstreit im Mittelalter aus Florenz verbannt. Dante allein schrieb das göttliche Epos. Und als die Mediceer die Arnostadt bezwangen und sich als Herrscher in die einstmals freie Republik gesetzt, paßten alle sich an und beugten sich; nur Michelangelo drückte den marmornen Gestalten der Medicikapelle die Qual, den Gram der Besiegten auf.

Man hat oft betont, daß Dante den Stoff zur *Göttlichen Komödie* vorgefunden wie Homer einst die Fabel zur *Ilias* und *Odysee*. Auch in der bildenden Kunst, an den Domen zu Chartres, Augsburg und anderen, entdeckt man überall Darstellungen, die dem Epos des großen Florentiners entnommen scheinen, zeitlich aber früher als Dante liegen. Das beweist jedoch nur, daß das Jahrhundert schwanger war mit diesen Vorstellungen, die die Phantasie des Volkes aus seinem Glaubenskreis erschuf. Selbst der Einwand, daß ohne Thomas von Aquino und die Scholastik, die das ganze Wissen jener Zeit in ein System gezwängt, Dante nie den ungeheuren Stoff der *Göttlichen Komödie* bewältigt hätte, nimmt ihm nichts von seiner Bedeutung. Denn freilich unterscheidet dies die *Göttliche Komödie* von fast allen größeren Epen der christlichen Kunst (eine Ausnahme ist wohl Miltons *Paradise Lost*, aber als Kunstwerk eben Dante überhaupt nicht an die Seite zu stellen), daß sie im festen Band wissenschaftlicher Synthese die ganze Handlung vor sich gehen läßt. Ähnliches finden wir vielleicht nur noch in den von Generationen ersonnenen Dichtungen und Legenden orientalischer Völker. Dantes Tat bleibt es jedoch, daß er, ein einzelner, die Summe des Wissens seiner Zeit sich zugeeignet hat und sie zum Auf- und Ausbau seiner Vision verwandte, ohne ihr als Kunstwerk dadurch Einbuße zu tun. Daß diese Gefahr nahelag, geht deutlich aus kleineren Werken seiner Epoche hervor, vor allem aus den *Trionfi* Francesco Petrarcas.

Das erste Dokument, das wir von Dante selbst besitzen, bekennt sofort, wie ein Erlebnis ihn trifft und ihn für seine Bestimmung zeichnet. Was vorher geschehen? »Es ließe sich wenig darüber sagen.« Als 9jähriger sieht er die noch nicht ganz 9jährige Beatrice, und »incipit vita nova«. Sein neues Leben beginnt. Wie der Jünger berufen wird zur Nachfolge des Meisters, so wird der Dichter berufen zum Dienst der Liebe, »des süßen Herrn Amor«, wie Dante ihn nennt. Er kann sich nicht dagegen wehren, er ward erwählt. Und wie der 12jährige Jesus im Tempel spürt hier der 9jährige Knabe zuerst die Quelle, aus der ihm später die Kraft seines Daseins fließen soll. »Ecce Deus fortior me, qui veniens dominabitur mihi.« Ein Stärkerer hat ihn besiegt, und er fühlt sich von nun an schmerzlich gebunden. »Von nun an sage ich, daß die Liebe meine Seele beherrschte.« Sie bildet ihn vom Verehrer der einen geliebten Frau zum verstehenden Freund der Frauen überhaupt. Selbst da, wo er die Frauen durch übergroße oder irreführte Liebe in Sünde verstrickt sieht, sucht er sie durch Mitempfinden, durch Mit-

leiden noch zu trösten, wie in dem 5. Gesang der *Hölle* Francesca da Rimini. So bleibt ihm auch die Liebe aus reiner Fleischeslust Schuld, aber die geringste aller Verfehlungen, die im obersten Kreis des Inferno bestraft wird. Der Marienkult ist noch in Blüte, und noch wirkt der Minnesang im Urteil des Dichters über die Frauen nach.

Der Liebende ist der ewig Bangende. Denn wer ein neues Leben durch die Liebe begann, fürchtet den Verlust des Geliebten wie den Verlust des eigenen Lebens, wie den Tod. So überfallen den Dichter zwischen den unaussprechlichen Wonnen, die ihm der Gruß Beatrices als Zeichen ihrer ihm holden Gesinnung bereitet, die dunklen Ahnungen ihres Todes. Zu groß ist, was er durch diese Liebe gewonnen hat; »einen solchen Besitz müssen die Engel ihm neiden«. So träumt er lange, bevor er sie verliert, schon von ihrem Heimgang. Und ganz aus dem Gedankenkreis der Ritterzeit heraus sieht er sie vorher noch sein Herz verspeisen. Aber wie eine Vorahnung späterer Visionen steigt sie mit diesem Herzen dann zum Himmel auf. Denn alles ist in dieser Zeit symbolisch. Es gibt keinen Zufall. Sogar Jahreszeit und die Stunde des Tages sind von tiefer Bedeutung für das Leben des einzelnen und der Völker. Wieviel mehr die Träume, die Warnungen und Mahnungen des Schicksals vorstellen. Gerhart Hauptmann läßt seinen Michael Kramer beim Tod seines Sohnes sagen: »Wenn erst das Große ins Leben tritt, dann ist alles Kleine wie weggefegt. Das Kleine trennt, das Große, das eint. Das heißt, man muß so geartet sein. Der Tod ist immer das Große, der Tod und die Liebe.« So ist es mit Dante, denn er ist »so geartet«. Ihn hat die Liebe schon getroffen, nun kann ihm als ebenbürtiges Erlebnis nur noch der Tod zustoßen. Und die Vorzeichen haben nicht getrogen. Im Traum sah er, wie die Sonne ihren Schein verlor, wie die Sterne erloschen, und die Vögel, die zum Himmel flogen, tot zur Erde fielen. Jetzt wird es Wahrheit: Beatrice stirbt.

Das ist nun sein Schicksal, daß er nicht, wie weniger Große, sich von der Vergangenheit löst, lösen kann. Denn nur äußerlich wird er von der Geliebten getrennt. Sein Wesen bleibt stetig unter ihrem Einfluß. Und doch ist es anders als wenn sie noch lebte. Ihr Verhältnis zu einander wird nicht mehr durch neue Phasen, neue Eindrücke verschoben. Ihre Liebe ist gleichsam in eine höhere, in eine unantastbare Sphäre gerückt, und fast ist es, als ob nun Liebe und Tod einander bedingten. Aber die Kraft, die zuvor im Erleben der Liebe sich spannte und erstarkte, wird nun frei für anderes. Als ein Bürger von Florenz nimmt Dante die Pflichten gegen die Kommune und für die eigene Familie auf sich. Was er als solch ein Bürger, als einer unter vielen, für seine Vaterstadt geleistet hat, das ist nicht für die Nachwelt aufbewahrt worden. Wohl aber wissen wir heute noch von der politischen Leidenschaft, die ihn erfüllte. Die ursprünglich (er gehörte der *parte bianca* an) ihn für die völlige Freiheit von Florenz, auch von schwarzer, päpstlicher Beeinflussung eintreten ließ, bis er in jahrelanger Verbannung die Notwendigkeit des Zusammenschlusses von ganz Italien unter einem Oberhaupt einsah und dadurch zum Ghibellinen und Verfechter des Kaisergedankens wurde.

Renan sagt einmal, als er von der Bekehrung des Paulus spricht, daß es beinahe gleich sei, woran ein großer Mensch seine Leidenschaft wende; für ihn (weniger für die Mitwelt) handelt es sich nur darum, daß er ein ge-

nügend weites Feld zum Auswirken seiner Kräfte findet. So ist es mit Dante. Die Liebe erfüllt ihn ganz und pflügt sein Wesen durch. Und er lebt in ihr die Fähigkeiten seiner Seele aus. Dann als nach außen hin ein Abschluß eintritt, trägt er die Inbrunst und seine Sehnsucht für ein Ideal zu kämpfen in die Politik. Bis dann auch hier dem von Haus und Herd Vertriebenen die Möglichkeit des Handelns genommen wird, und nun aus Liebe, Tod und Leid, aus der Sehnsucht nach der Gerechtigkeit, die er in dieser Welt umsonst gesucht, die gewaltige Vision seiner Wanderung durch Hölle, Fegefeuer und Paradies geboren wird. Denn er, der mit dem herben Stolz des Republikaners nur nach dem Wohl der Kommune gestrebt, sieht neben sich persönlichen Ehrgeiz, Ruhmsucht und Wankelmüt und, was ihn tiefer als alles empört, die feige Duldsamkeit dem Laster gegenüber gedeihen. Und es treibt ihn von den Großen dieser Welt zu singen, die durch Übermut und Schuld zu Fall gekommen, von den Lauen, die, von Himmel und Hölle verachtet, ihr ehrloses Dasein durch die Ewigkeit ziehen, von den Liebenden, die die Süßigkeit ihres Genießens mit bitteren Qualen der Reue büßen müssen. Er nimmt die Legenden und Überlieferungen, die sich um bekannte Persönlichkeiten gewoben haben, auf. Aber er interpretiert sie anders als der Volksmund es getan. Der Dichter findet überall den einen Punkt, an dem das Schicksal entscheidet, und er ahnt die Kämpfe, die dem Fall der Schuldigen vorangehen.

Daß ihn die Liebe, die das Verhältnis eines Menschen zu jedem andern, ja zur ganzen Welt verwandelt, so früh getroffen hat, das hat das Tiefste, das Innerstmenschliche in ihm entwickelt. Das gibt der *Göttlichen Komödie* bei aller herben Größe jene wundersame Innigkeit, die plötzlich, wo wir es am wenigsten erwarten, uns anspricht wie von Seele zu Seele. Daß Dante nach dem Glück aber hat verzichten müssen, immer wieder verzichten, und daß er stets von neuem von den Dingen fort zur Idee und zur Vision des Ideals getrieben wurde, das hat wohl im tiefsten das große Wunder entstehen lassen, das seinen Namen durch die Jahrhunderte trägt.

XX

RUDOLF WISSELL · JUGENDGERICHTE, JUGENDFÜRSORGE UND GEWERKSCHAFTEN

I

SEIT ungefähr 4 Jahren ist die *Berliner Gewerkschaftskommission* auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätig. Die hier geleistete Arbeit tritt jedoch öffentlich nicht in die Erscheinung, und dies ist wohl zum Teil der Grund, weshalb sie nicht so gewürdigt wird wie sie es verdiente. Mancher wird sich wohl überhaupt keinen rechten Begriff von dem machen können, was unter Jugendfürsorgetätigkeit zu verstehen ist. Sobald aber der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche zum Gesetz erhoben wird, werden die Gewerkschaften auch in anderen Städten vor die Frage gestellt werden, ob sie sich der Fürsorge für die Jugendlichen, die mit dem Strafgesetz in Berührung gekommen sind, widmen sollen. Deshalb erscheint mir eine Erörterung der hiermit zusammenhängenden Fragen geboten.

Die Kriminalität der Jugendlichen, das heißt der Personen, die 12 bis unter

18 Jahre alt waren, als sie gegen das Strafgesetz verstießen, ist in Deutschland verhältnismäßig groß. Es wurden wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 1906 insgesamt 55 277, 1907 54 113, 1908 54 693, 1909 49 697 und 1910 51 329 Jugendliche verurteilt. Es bedarf an dieser Stelle keines eingehenden Beweises dafür, daß es sich hier zumeist um die untersten, materiell ungemein schlecht gestellten Schichten handelt, deren häusliche Verhältnisse oft den primitivsten Ansprüchen nicht genügen, und deren Erziehung infolgedessen vielfach vernachlässigt ist. Bei ihnen ist entweder durch ihre soziale Lage der Anreiz zum Verbrechen größer als ihr Hemmungsvermögen, oder aber es handelt sich um erblich Belastete, denen die ethischen und intellektuellen Fähigkeiten oft schon in der Anlage fehlen, und denen die beste Erziehung nicht die sittliche Kraft geben könnte den Trieben, die zu einer strafbaren Handlung führen, zu widerstehen. Die Statistik gibt uns kein Bild von den häuslichen und sonstigen Verhältnissen der Jugendlichen, die mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sind. Aber im wesentlichen werden sie sich mit denen solcher Jugendlichen decken, die in Preußen der Fürsorgeerziehung verfallen sind. Vielleicht sind sie nicht ganz so ungünstig. Am 31. März 1912 befanden sich 50 587 Jugendliche in Fürsorgeerziehung, 17 111 weibliche und 33 476 männliche. Im Jahr 1911 wurden 9348 der Fürsorge neu unterstellt (gegen 8733 und 8008 in den beiden Vorjahren). Von diesen kamen 3139 (3095 und 2849) aus Familien, in denen der Vater oder die Mutter vorbestraft war, 2174 (2178 und 2009) aus solchen, in denen die Eltern der Trunksucht, Unzucht oder Arbeitsscheu ergeben waren. 1175 (1395 und 1362) gehörten orts- oder landarmen Familien, 4491 (4381 und 3955) Familien mit einem Jahreseinkommen unter 900 Mark, 476 (575 und 521) solchen ohne Einkommen an. 13,8 % (14,7 und 12,6) der Zöglinge waren unehelich geboren.

Bis in die neueste Zeit hinein kannte der Staat auch den jugendlichen Rechtsbrechern gegenüber nur das eine Mittel zur Sicherung der Gesellschaft, das er auch den Erwachsenen gegenüber anwandte: Vergeltung, Strafe. Die Strafandrohung sollte von der strafbaren Handlung abschrecken, der Strafvollzug die begangene Tat vergelten und den Rechtsbrecher bessern, indem dadurch die Willensimpulse gestärkt würden, die dem Anreiz zur Straftat entgegenstehen. Nun hat man sich auch in Regierungskreisen der Erkenntnis nicht verschließen können, daß dieses Ziel nur in den allerseltensten Fällen durch die Strafe erreicht wird, daß diese und ihre Nebenwirkungen vielmehr in recht vielen Fällen gerade bei Jugendlichen das Gegenteil zur Folge hatten. Diese Einsicht hat dann zu Maßnahmen geführt, die als erste Schritt zur Abwendung von dem Vergeltungsgedanken anzusehen sind. Die Anregung hierzu kam aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht Strafe sondern Nachholen der versäumten Erziehung: das wurde dort als Leitmotiv bei der Behandlung jugendlicher Straffälliger aufgestellt. Im Jahr 1899 trat in Chicago der erste Jugendgerichtshof in Wirksamkeit, dem drüben bald weitere folgten. Zur Durchführung der Erziehungsmaßnahmen zogen diese Gerichte soziale und charitative Vereine heran. Die Erfahrungen der Vereinigten Staaten haben in anderen Staaten bald Nachahmung geweckt. England, Norwegen, Belgien, Frankreich und Österreich haben besondere Jugendgerichts- und Fürsorgegesetze erlassen, und auch Deutsch-

land hat sich dieser Bewegung nicht entziehen können. Soweit ich feststellen kann, hat in Deutschland der Amtsgerichtsrat Köhne (Berlin) als erster die Übertragung der amerikanischen Einrichtung auf Deutschland befürwortet. Er war dabei der Meinung, daß ein großer Teil der amerikanischen Ideen sich ohne Gesetzesänderung, lediglich im Verwaltungsweg dadurch verwirklichen lassen würde, daß zwischen Straf- und Vormundschaffsrichter eine Personalunion herbeigeführt werde, und daß man den jugendlichen Angeklagten vor jeder Berührung mit erwachsenen Verbrechern schütze. Durch die *Deutsche Juristenzeitung* und dann auch durch die Tagespresse sind diese Gedanken in weitere Kreise getragen worden, und schließlich hat man in Frankfurt am Main mit der Schaffung eines Jugendgerichts den ersten praktischen Versuch in Deutschland gemacht. Dieser gelang deswegen über alles Erwarten gut, weil man den geeigneten Mann zur Durchführung der neuen Einrichtung fand. Die *Deutsche Juristenzeitung* schrieb im Jahr 1905:

»Von dem Charakter, dem Takt, der Geschicklichkeit und Intelligenz des Richters und seiner Gehilfen, der Fürsorger, hängt der Erfolg des Jugendgerichts ab. Ohne tiefe Empfindung, persönlichen Einfluß, Geduld, Ermutigung und Versuche das Gute im Kind zu stärken, die bösen Triebe zu unterdrücken ist ein voller Erfolg nicht zu erwarten.«

Die Frankfurter Erfolge bewirkten, daß sich auch die Landesjustizverwaltungen mit dem Strafverfahren gegen Jugendliche befaßten. Heute haben sie in Deutschland wohl alle in mehr oder minder eingehender Weise dazu Stellung genommen und schließlich das geschaffen, was man als Jugendgericht bezeichnen kann, nämlich eine Vereinigung des Arbeitsgebiets des Straf- (Schöffens-) und des Vormundschaffsrichters in der Hand einer oder mehrerer Personen, und zwar nicht aus technischen Gründen der Geschäftsverteilung sondern aus sachlicher Rücksicht auf die Jugendlichen selber. Das ist in Preußen durch allgemeine Verfügungen des Justizministers vom 1. Juni 1908 und vom 22. September 1909, in Bayern durch Bekanntmachungen des Justizministeriums vom 8. Juni 1910 und vom 7. April 1911, in Sachsen durch Verordnungen vom 20. Oktober 1908 und vom 11. Februar 1910, in Württemberg durch Verfügung vom 24. Januar 1911 usw. geschehen.

Diese Verordnungen schreiben freilich nicht die obligatorische Einrichtung von Jugendgerichten vor, sie übertragen vielmehr die zu ergreifenden Maßnahmen zumeist den Oberlandesgerichtspräsidenten oder anderen Justizaufsichtsbehörden und stellen nur allgemeine Richtlinien für die Durchführung auf. Diese Richtlinien gehen im wesentlichen auf folgendes hinaus: Im vorbereitenden Verfahren sollen möglichst frühzeitig die Lebensverhältnisse des jugendlichen Beschuldigten und alle sonstigen Umstände erforscht werden, die zur Beurteilung seiner Persönlichkeit, der Straftat und namentlich der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht von Wichtigkeit sein können. Insbesondere sollen die Beamten der Staatsanwaltschaft, sofern die in Betracht kommenden Umstände nicht schon anderweitig klaggestellt sind, auch mit den Eltern, dem Vormund, Pfleger oder Fürsorger, dem Anstaltsvorstand, den Vereinen oder sonstigen Organen der Jugendfürsorge wegen Auskunftserteilung über die jugendlichen Beschuldigten in Verbindung treten. Bei Gerichten, deren Besetzung und Geschäftsverteilung es ermöglichen, sollen die Strafsachen gegen Jugendliche tunlichst einem und dem selben Amtsrichter und einer und der selben Strafkammer übertragen

werden. Bei der Auswahl des Amtsrichters, dem zweckmäßigerweise auch das vorbereitende Verfahren und die Strafvollstreckung gegen Jugendliche zuzuweisen sind, soll besonders zu prüfen sein, ob der Richter diesem Zweig der richterlichen Tätigkeit bei reifer Lebenserfahrung volles Verständnis und Neigung entgegenbringt. Auch soll entweder ein Richter gewählt werden, der schon die Vormundschaftssachen bearbeitet hat und sie auch ferner beibehält, oder es sollen doch dem mit der Bearbeitung der Strafsachen gegen Jugendliche betrauten Richter auch die Verrichtungen des Vormundschaftsrichters bei den jugendlichen Beschuldigten übertragen werden. Weiter soll möglichst darauf hingewirkt werden, daß Jugendliche mit erwachsenen Beschuldigten nicht in Berührung kommen; deshalb soll, wenn Jugendliche neben Erwachsenen als Täter, Teilnehmer usw. auftreten, auf die Abtrennung des Verfahrens gegen die Jugendlichen Bedacht genommen werden. Der Staatsanwalt hat sich bei der Vertretung der Anklage in der Hauptverhandlung stets durch die besondere Rücksicht auf die Jugend des Angeklagten leiten zu lassen. Seiner Verpflichtung auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln und zu betonen soll er noch mehr als sonst eingedenk sein und dem erzieherischen Charakter des Strafverfahrens gegen Jugendliche sorgfältig Rechnung tragen.

Um eine ersprießliche Wirksamkeit der mit der Behandlung straffälliger Jugendlichen betreten Behörden sicherzustellen, sollen diese von den der Jugendfürsorge dienenden Einrichtungen ausgiebigen Gebrauch machen. Sie sollen deshalb mit den zahlreichen Anstalten und Vereinen, die der Jugendfürsorge dienen, eine rege Verbindung unterhalten. Dabei wird besonders hervorgehoben, daß die Mitwirkung von Helfern und Helferinnen, die auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätig sind, schon im Ermittlungsverfahren erwünscht ist. Wenn sie auch nicht zur Ermittlung von Tatsachen heranzuziehen seien, die auf die Feststellung der Schuldfrage hinielen, so würden sie den Behörden doch wertvolle Auskünfte über die Umgebung erteilen können, in der der Jugendliche aufgewachsen ist. Es sollen ihnen daher die erwünschten und zur Erfüllung ihrer Aufgabe dienlichen Aufschlüsse nach Möglichkeit erteilt werden. Auch darauf wird hingewiesen, daß in vielen Fällen Mitglieder von Vereinen, die sich der Jugendfürsorge widmen, darunter auch Frauen, als Verteidiger Gutes wirken können.

Der Strafvollzug hat insofern einen Aufschub erfahren, als fast regelmäßig dem Beschuldigten eine sogenannte *Bewährungsfrist* bewilligt wird. Diese soll erzieherischen Zwecken dienen. Die Furcht vor einer Vollstreckung der Strafe im Fall schlechter Führung soll die Widerstandskraft des Jugendlichen gegen die Neigung zu unerlaubtem Tun stärken, und die Aussicht auf den Straferlaß soll ihm ein Ansporn zu einem einwandfreien Lebenswandel sein. Auch soll die Gewöhnung an einen solchen während der Bewährungsfrist noch nach deren Ablauf seine Wirkung ausüben. Es ist klar, daß die Bewilligung dieser Frist weit wirkungsvoller sein kann als die Vollstreckung der erkannten Freiheitsstrafe. Man will dadurch auch die Verurteilten vor den ungünstigen Einwirkungen Mitgefängerer bewahren und ihnen die Nachteile, die mit der Verbüßung einer Freiheitsstrafe verknüpft zu sein pflegen, ersparen.

In Preußen besteht die Einrichtung, daß allmonatlich dem Justizminister eine Liste überreicht wird, auf der die Amtsgerichte für die einzelnen zu bestrafenden Jugendlichen eine Bewährungsfrist in der für angemessen erachteten Zeit beantragen. Während dieser Frist wird der Jugendliche einer Schutzaufsicht unterstellt, die meist durch die Jugendfürsorgeorganisationen ausgeübt wird. Führt der jugendliche Rechtsbrecher sich während dieser Zeit gut, so wird später beim Minister der völlige Straferlaß beantragt. Nun hat aber diese Schutzaufsicht noch gar keine gesetzliche Grundlage. Würden sich die gesetzlichen Vertreter eines verurteilten Jugendlichen weigern mit dem zu der Schutzaufsicht Beauftragten zusammenzuarbeiten, so würde diese ohne die beabsichtigte Wirkung bleiben. Die Schutzaufsicht soll sich nämlich nicht nur auf die einfache Kontrolle des Jugendlichen erstrecken (diese würde eventuell auch ohne das Einverständnis des gesetzlichen Vertreters möglich sein), der Fürsorger soll auch persönliche Beziehungen zu dem Jugendlichen herzustellen versuchen, soll sich als sein väterlicher Freund fühlen, an allen seinen Nöten Anteil nehmen und für ihn sorgen. Das ist natürlich eine Aufgabe, zu der sich nicht jeder eignet, zu der nicht nur guter Wille, sondern auch Veranlagung, Takt, Geschicklichkeit und psychologisches Verständnis gehören. Ein zur Schutzaufsicht Bestellter hat in der ersten Zeit seines Wirkens immer mit dem Mißtrauen der direkt Beteiligten, des Jugendlichen, seiner Eltern usw., zu rechnen. Dies muß erst überwunden werden, und es wird auch geschehen, wenn der Helfer das Herz auf dem rechten Fleck hat. Aber das genügt noch nicht, wenn er nicht auch noch die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und die Hilfsquellen kennt, die ihm im Einzelfall Aufschluß und Anhalt geben können. So werden an einen Helfer und Fürsorger ganz erhebliche Anforderungen gestellt, die großen Aufwand an Zeit und Kraft erfordern.

Es geht natürlich über die Kraft und auch über die Amtspflichten des einzelnen Jugendrichters, vor allem an einem größern Ort, Organisationen zu schaffen und dauernd zu erhalten, die sich den Aufgaben der Jugendfürsorge widmen. So bedienen sich denn die Amtsgerichte zumeist, an den größeren Orten ausnahmslos, der vorhandenen Jugendfürsorgeorganisationen. In Berlin zum Beispiel hat sich unter der Leitung der *Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge* eine Schar von beinahe 1500 Helfern zusammengefunden, die Mitglieder der verschiedensten, jede sozialpolitische Schattierung, jede konfessionelle und, man kann sagen, auch politische Richtung repräsentierenden Vereine sind. Keine Satzung verbindet sie, nur der gemeinsame Wille zur Arbeit an der Jugend. Dem Gericht gegenüber ist die *Deutsche Zentrale* die verantwortliche Stelle. Sie erhält alle gerichtlichen Ersuchen und Anfragen, und sie verteilt diese und die ihr aufgetragenen Schutzaufsichten an die einzelnen Vereine, die sie wiederum den Helfern aus ihren Reihen überweisen; diese tragen dann der *Zentrale* gegenüber die Verantwortung für die gewissenhafte und pünktliche Erledigung der Angelegenheit. Unter diesen Vereinen gibt es naturgemäß eine ganze Reihe, deren Mitglieder dem Leben der Arbeiterschaft zum Teil recht fremd gegenüberstehen, denen zudem jedes politische Verständnis abgeht. Ist es doch vorgekommen, daß in dem Bericht eines Helfers die Tatsache, daß der Vater eines der Schützlinge einer freien Gewerkschaft angehörte, als ein bedenkliches Moment hingestellt wurde. Wo solche Ansichten herrschen

besteht natürlich die große Gefahr, daß die persönliche Fühlungnahme mit dem Jugendlichen zu Einwirkungen benutzt wird, die ganz außerhalb des Rahmens der Tätigkeit eines Fürsorgers liegen. Auch ist dadurch die Möglichkeit zu Differenzen zwischen dem Fürsorger und den Eltern des Schützlings gegeben, die einen ungünstigen Einfluß auf die vom Fürsorger zu erstattenden Berichte als nicht ganz ausgeschlossen erscheinen lassen.

Soll nun die Arbeiterschaft der Fürsorgetätigkeit kalt und gleichgültig gegenüberstehen? In Berlin hat man die Antwort auf diese Frage bereits gegeben. Als von der *Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge* in Berlin die Aufforderung zur Mitarbeit an die *Berliner Gewerkschaftskommission* erging, hat diese sich gern dazu bereit erklärt und seit nunmehr 4 Jahren fleißig und erfolgreich mitgearbeitet. Sie hat Berlin in 9 Bezirke geteilt, denen je ein Obmann vorsteht. Diesen steht dann wieder eine Anzahl Helfer zur Verfügung, die der *Gewerkschaftskommission* von den Gewerkschaftsleitungen benannt sind, und denen die Vorermittlungen und später die einzelnen Schutzaufsichten von dem betreffenden Obmann übertragen werden. In zwanglosen Zwischenräumen kommen dann die Helfer zusammen, um sich über ihre Erfahrungen auszusprechen. Die Obleute selber halten häufiger Zusammenkünfte ab, um einzelne Fragen zu besprechen und die laufenden Geschäfte zu erledigen. Auch nehmen sie abwechselnd an den wöchentlichen Zusammenkünften der Vertreter der einzelnen bei der Jugendfürsorge mitarbeitenden Vereine teil, in denen die Verteilung der notwendigen Ermittlungen und Schutzaufsichten an die einzelnen Vereine durch die Leitung der *Deutschen Zentrale* geschieht, und wo auch allgemeine Erfahrungen ausgetauscht werden. Hierbei gerade hat sich die Teilnahme der Vertreter der *Gewerkschaftskommission* als recht nutzbringend erwiesen, und schon manches Mißverständnis ist dadurch beseitigt worden. Die katholische Schwester, die hier neben dem sozialdemokratischen Gewerkschafter sitzt, erfährt manches, was ihr sonst stets fremd geblieben wäre, und dieser wiederum erhält einen Einblick in die Anschauungsweise anderer Kreise, die seine Einsicht in die Dinge erweitert. In gleicher Richtung wirken auch die von der *Deutschen Zentrale* veranstalteten Zusammenkünfte, in denen jeweils ein die Frage der Jugendfürsorge betreffendes Referat gehalten wird, dem sich dann eine Diskussion anschließt.

Wie aus alledem zu ersehen ist, nimmt die Tätigkeit in der Jugendfürsorge sehr viel Zeit und Kraft in Anspruch, und es ist deshalb für die *Gewerkschaftskommission* nicht immer leicht die erforderliche Anzahl von Helfern zu beschaffen. Nirgends ist aber, wie Dr. Alice Westerkamp im *Zentralblatt für Vormundchaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung* 1912 ausführt, »die Zahl der zu behandelnden Fälle so groß . . . wie in Berlin; nirgends sind aber auch die sozialen Verhältnisse so trostlos, Not und Elend so unübersehbar, nirgends ist es so schwer für ein einmal mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommenes Kind die Bedingungen zu schaffen, unter denen es nicht von neuem schuldig werden muß.« Indes, mag die Arbeit auch schwer und mühsam sein, es handelt sich um Fleisch von unserm Fleisch, und da muß die Arbeiterschaft sie auf sich nehmen. Und nicht nur die Arbeiterschaft in Berlin. Wird der dem Reichstag vorliegende Entwurf Gesetz, so wird sich auch die Arbeiterschaft anderer Städte mit dieser Frage befassen müssen.

II



ERTRACHTET man die Fortschritte der Jugendgerichtsbe-
 wegung, so muß man sagen, daß sie in der kurzen Zeit ihres Bestehens
 schon ziemlich weit gediehen ist. Ich stelle die Daten zusammen,
 die das erhärten:

A. Nach dem Ergebnis einer Rundfrage der *Deutschen Zentrale für Jugend-
 fürsorge* bestanden im Juli 1912 bei 556 Amtsgerichten Jugendgerichte, an denen
 566 Jugendrichter arbeiteten. Auch bei den Anklagebehörden sind zur Behandlung
 Jugendlicher besondere Beamte (Jugendstaatsanwälte) tätig, und zwar bei 125 (111)
 Gerichten¹⁾ im Vorverfahren, bei 70 (68) Gerichten in der Hauptverhandlung.

B. Im vorbereitenden Verfahren werden die folgenden besonderen Maßnahmen er-
 griffen:

1. Ermittlungen mit Hilfe öffentlicher oder privater Fürsorgeorganisationen werden
 angestellt a) über die Lebensverhältnisse der Jugendlichen und alle Umstände, die
 zur Beurteilung seiner Persönlichkeit, der allgemeinen Ursachen seiner Straftat
 und der Wahrscheinlichkeit künftigen Wohlverhaltens wesentlich sind, bei 176
 (148) Gerichten, b) über Umstände, die für die Frage nach dem Vorhandensein der
 zur Erkenntnis der Strafbarkeit der Handlung erforderlichen Einsicht wesentlich
 sind, bei 174 (144) Gerichten, über a) und b) von 169 (142) Gerichten.

2. Die Anklagebehörde oder der Ermittlungsrichter stellen selbst neben der Fest-
 stellung des juristischen Tatbestands Ermittlungen in den oben erwähnten Rich-
 tungen an bei 863 (451) Gerichten.

3. Regelmäßige Untersuchung des Geisteszustands jugendlicher Beschuldigter findet
 statt bei 10 (10) Gerichten, findet nicht statt bei 1263 (538) Gerichten.

4. Die Untersuchungshaft wird bei Jugendlichen abweichend von der für Erwach-
 sene vollzogen bei 430 (192) Gerichten.

C. In der Hauptverhandlung werden die folgenden besonderen Maßnahmen er-
 griffen:

1. Die Sitzungsliste wird nicht ausgehängt bei 398 (119) Gerichten.

2. Die Vorführung jugendlicher Angeklagter (Untersuchungsgefangene, Fürsorge-
 zöglinge) geschieht nicht durch die Polizei (uniformierte Beamte) bei 440 (213)
 Gerichten.

3. Die Trennung Jugendlicher von Erwachsenen wird durchgeführt bei 880 (398)
 Gerichten, und zwar hinsichtlich der Zeit der Verhandlung bei 620 (113) Gerichten,
 des Orts der Verhandlung bei 140 (98) Gerichten.

4. Die Öffentlichkeit beschränken durch äußere Maßnahmen 142 (89) Gerichte.

5. Verzicht auf gewisse Förmlichkeiten in der Verhandlung (Anklagebank, Amts-
 robe) leisten 486 (288) Gerichte.

6. In der Hauptverhandlung ist eine Jugendfürsorgeorganisation vertreten bei 114
 (101) Gerichten.

7. Die Tätigkeit einer Jugendfürsorgeorganisation in der Hauptversammlung be-
 steht in Zuhören und Berichterstaten an die vertretene Jugendfürsorgeorganisation
 bei 86 (76) Gerichten, in pädagogischem Beirat bei 39 (24) Gerichten, in der Aus-
 übung einer Wahlverteidigung bei 22 (10) Gerichten.

D. Besonderheiten beim Strafvollzug:

1. Die Erteilung des Verweises geschieht in besonderem Termin bei 1250 (538)
 Gerichten.

2. Regelmäßig wird Strafaufschub bei Freiheitsstrafe befürwortet von 1013 (441)
 Gerichten. Erwähnt wird die Tatsache der Befürwortung bei der Urteilsverkün-
 digung von 766 (323) Gerichten.

3. Beaufsichtigung während des Strafaufschubs findet statt bei 501 (272) Gerichten,
 durch amtliche Organe bei 298 (124) Gerichten, durch Jugendfürsorgeorganisationen
 bei 205 (158) Gerichten.

E. Nachbehandlung:

1. Anordnung fürsorglicher Maßnahmen nach der Hauptverhandlung findet statt
 durch 378 (263) Gerichte.

2. Zur Durchführung solcher Maßnahmen verfügen über eine Jugendfürsorgeorgani-
 sation 326 (247) Gerichte.

3. Die Aufgabe der mit der Nachbehandlung Betrauten besteht a) in der Ausfüh-

¹⁾ Die in Klammern gesetzte Zahl bedeutet hier und weiterhin die Anzahl der Jugendgerichte.

zung einzelner Maßnahmen bei 138 (118) Gerichten, b) in der Ausübung dauernder Schutzaufsicht bei 179 (143) Gerichten. Das weitere bleibt der beauftragten Jugendfürsorgeorganisation usw. überlassen bei 20 (9) Gerichten.

4. Der Richter unterhält Fühlung mit der Arbeit der Jugendfürsorgeorganisation usw. durch a) Einfordern regelmäßiger Berichte bei 125 (98) Gerichten, b) Teilnahme an ihren Sitzungen bei 88 (75) Gerichten, c) Rücksprache mit den einzelnen Helfern bei 30 (26) Gerichten.

5. Dem einzelnen Helfer wird Autorität gegenüber dem Jugendlichen und seinen Angehörigen gesichert von 87 (65) Gerichten.

6. Eine Statistik über Erfolge der Schutzaufsicht wird geführt bei 11 (9) Gerichten.

So ist die tatsächliche Entwicklung der rechtlichen Normierung eigentlich schon vorausgeëilt. Es bleibt noch übrig die gesetzlichen Grundlagen nicht nur für das schon tatsächlich Gewordene sondern auch für eine weitere Entwicklung zu schaffen.

III



IN Überblick über die in letzter Zeit in Deutschland unternommenen Versuche die kriminelle Bestrafung der Vergehen Jugendlicher auf andere und die Jugendfürsorge und Jugendgerichte auf sichere gesetzliche Grundlagen zu stellen ergibt folgendes. (Ich übergehe dabei mit Absicht die besonderen Versuche das strafmündige Alter vom vollendeten 12. Lebensjahr auf ein höheres Lebensalter hinaufzurücken.²⁾)

In den im März 1909 dem Reichstag vorgelegten Entwürfen einer Strafprozeßordnung und eines Gerichtsverfassungsgesetzes war die Einführung besonderer Jugendgerichtshöfe für Jugendliche vorgesehen. In der Begründung wird zugestanden, daß die Straftaten Jugendlicher anders beurteilt werden müßten als die Erwachsener. Was sich, wenn von Personen reifern Alters begangen, als schweres Vergehen oder Verbrechen darstelle, könne sich bei unreifen Personen als geringfügige Verfehlung erweisen. Soweit die Straftat eines Jugendlichen auf mangelhafte Erziehung zurückzuführen sei, und der Täter noch im erziehungsfähigen Alter stehe, werde durch staatliche Einwirkung auf die Erziehung den Interessen der Allgemeinheit wie der Jugendlichen selber weit besser gedient als durch Bestrafung. Dementsprechend verfolgten die Entwürfe das Ziel den Jugendlichen möglichst vor den mit einem Strafverfahren verbundenen Schäden zu bewahren. Eine Bestrafung sollte ganz unterbleiben, wenn nach Lage der Dinge Erziehungsmaßregeln vorzuziehen seien.

So in der amtlichen Begründung vom März 1909. Im November des selben Jahres wurde dann der Vorentwurf zu einem neuen deutschen Strafgesetzbuch der Öffentlichkeit übergeben. Wenn er auch nicht als direkte Regierungsvorlage anzusehen ist, so hat ihn doch eine von der Regierung berufene Kommission verfaßt. Dieser schreibt nun vor: Strafe als die Regel, Erziehung daneben oder in leichteren Fällen an Stelle der Strafe. Wie sich dieser Entwurf die strafrechtliche Behandlung Jugendlicher denkt, mag aus einigen Zitaten ersichtlich werden. Die Grenze der absoluten Strafmündigkeit soll auf das vollendete 14. Lebensjahr hinaufgerückt werden; »denn Kinder im

²⁾Die Strafmündigkeit beginnt in Deutschland mit dem vollendeten 12. Lebensjahr; doch können Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr nur bestraft werden, wenn sie die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besitzen. Bei mangelnder Einsicht ist auf Freisprechung zu erkennen und im Urteil zu bestimmen, ob der Angeeschuldigte seiner Familie überwiesen oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden soll.

Alter von 12 bis 14 Jahren sind fast durchweg sittlich und geistig noch dergestalt in der Entwicklung begriffen, daß sie strafrechtlich am besten nicht verantwortlich gemacht werden«. Der Entwurf mußte auch »dem jetzt die Allgemeinheit mit Recht bewegenden Gedanken, daß jugendliche Personen, solange sie noch erzogen und gebessert werden können, möglichst vor krimineller Strafe zu bewahren sind, in weit größerem Umfang Rechnung tragen als das bisherige Gesetz« (Seite 258). Aber (und nun kommt ein ganz erstaunlicher logischer Salto mortale) der Entwurf mußte »sich vor radikalen Schritten hüten«:

»Bestrafung nur dann eintreten zu lassen, wenn nach der Art der Tat, dem Charakter und der bisherigen Führung des Angeklagten anzunehmen ist, daß durch Erziehungsmaßregeln die Besserung nicht mehr erreicht werden kann, würde ein Fehler sein. Abgesehen davon, daß es für den Richter schwer, ja in den meisten Fällen fast unmöglich sein würde diese negative Feststellung zu treffen, da wirklich durch Erziehung unverbesserliche Jugendliche selten vorkommen dürften, würde dadurch jedenfalls die Erziehung zur Regel, die Strafe zur Ausnahme werden. Dies aber wäre im Interesse der Gesellschaft und im Interesse der Jugendlichen selbst nicht am Platz.«

Man glaubt es fast nicht, daß solche Sätze in einer offiziellen Regierungsschrift niedergeschrieben sein können. Also: Der Verfasser zweifelt nicht, daß die meisten jugendlichen Rechtsbrecher durch Erziehung gebessert werden könnten. Aber nicht diese Besserung ist ihm die Hauptsache; er will »im Interesse der Gesellschaft und im Interesse der Jugendlichen« die Strafe. Und warum?

»Der im praktischen Leben Stehende wird sich darüber nicht täuschen können, daß gerade unter den Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren sich viele solche Elemente befinden, die wegen ihrer frühen Verdorbenheit, ihrer Verrohung, ihrer Neigung zu Gewalttaten und zum Verbrechen überhaupt die ganze Strenge des Gesetzes herausfordern. . . Eine gesetzliche Ordnung, welche es auch nur theoretisch gestattete selbst solchen Elementen gegenüber von Bestrafung abzusehen und nur den Weg der Erziehung, die nicht einmal notwendig und dauernd Anstaltserziehung zu sein braucht, zu beschreiben, würde die Rücksicht auf den Schutz der Gesellschaft nicht genügend wahren.«

Die Strafe wird aber auch der abschreckenden Wirkung wegen verlangt; heißt es doch weiter in der Begründung:

»Dahin [nämlich zum ungenügenden Schutz der Gesellschaft] müßte es aber mit Notwendigkeit kommen, wenn die Erziehung zur Regel, die Strafe die Ausnahme und die Anwendung der Strafe von der Feststellung der Unverbesserlichkeit durch Erziehung abhängig gemacht würde. Denn der erstere Umstand würde das Bewußtsein von der Verantwortlichkeit der Jugendlichen in der Bevölkerung und in ihnen selbst in hohem Maß abschwächen, der letztere es dem gewissenhaften Richter fast unmöglich machen überhaupt noch auf Strafe zu erkennen.«

Der Vorentwurf eines neuen Strafgesetzbuchs wird noch immer in der von der Regierung dazu berufenen Kommission beraten. Die beiden anderen Entwürfe sind im Reichstag nicht zur Erledigung gekommen.

Im Herbst 1912 ist dann dem Reichstag der Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche zugegangen. Sein Inhalt deckt sich zum Teil mit den Beschlüssen der Kommission des Reichstags, die die beiden oben erwähnten Entwürfe zu beraten hatte. Seine Begründung wiederum, und zwar fast wörtlich, mit der der beiden dem Reichstag im März 1909 vorgelegten Entwürfe. Bisher sei, wie wiederum anerkannt wird, dem Umstand nicht ausreichend Rechnung getragen worden, daß Straftaten Jugendlicher, auch bei vom Gesetz vorausgesetzter Einsicht, anders beurteilt werden müssen als die Erwachsener; daß Verbrechen oder Vergehen, die bei diesen

nur durch Strafe zu sühnen sind, bei Personen unreifen Alters eine strafrechtliche Verfolgung als nicht geboten erscheinen lassen. Soweit die Straftat eines Jugendlichen auf mangelhafte Erziehung zurückzuführen sei, und der Täter noch in erziehungsfähigem Alter stehe, werde den Interessen der Allgemeinheit wie auch denen der Jugendlichen selbst durch staatliche Einwirkung auf die Erziehung besser gedient als durch Bestrafung. Man sieht hieraus, daß auch die Regierung inzwischen hinzugelernt hat und den noch in der Begründung zu jenem Vorentwurf vertretenen Standpunkt nicht mehr aufrechtzuerhalten vermag. Sie erkennt jetzt an, daß durch die Vollziehung der Strafe ein günstiger Einfluß auf das Gemüt Jugendlicher in vielen Fällen nicht erzielt wurde, daß lange und mit Strenge vollstreckte Freiheitsstrafen unter Umständen dazu führen den Jugendlichen zu verhärten und ihn für sein späteres Leben mit Feindseligkeit gegen die Rechtsordnung zu erfüllen. Aus dieser Erkenntnis heraus will man nun die Jugendlichen möglichst vor den mit einem Strafverfahren verbundenen Schäden bewahren. Die Jugendgerichte sollen eine gesetzliche Grundlage erhalten, einer Verbindung der Fürsorgevereine mit den Organen der Rechtspflege soll der Weg geöffnet werden. Wie sich im einzelnen der Regierungsentwurf die Regelung dachte, kann hier übergangen werden; denn nunmehr liegt der Kommissionsbericht vor, und daher brauchen wir uns nur noch mit der Kommissionsfassung zu beschäftigen.

Die Kommission hat das Alter der Strafmündigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr hinaufgesetzt. Den Beschluß auf Einführung der bedingten Verurteilung und der Rehabilitation, der Streichung früherer Bestrafungen im Strafregister, hat sie aber gegenüber dem *Unannehmbar* des Staatssekretärs wieder aufgehoben; ebenso hat sie in der Frage der obligatorischen Errichtung von Jugendgerichten nachgegeben. Auch hat sie sich nicht dazu verstehen können die Frauen als Beisitzer für das Jugendgericht zuzulassen. Im einzelnen ist der Entwurf wie folgt gestaltet worden:

Bei den Amtsgerichten sollen Strafsachen und Vormundschaftssachen, die den selben Jugendlichen betreffen, tunlichst von dem selben Richter bearbeitet werden. Bei den Landgerichten sollen die Strafsachen gegen Jugendliche bei einer Strafkammer vereinigt werden. Für die Bearbeitung der Strafsachen gegen Jugendliche sollen Richter ausgewählt werden, die in Vormundschaftssachen besonders erfahren sind. Soweit ein Bedürfnis hierfür besteht, sollen bei den Amtsgerichten für Strafsachen gegen Jugendliche von der Landesjustizverwaltung besondere Abteilungen (Jugendgerichte) gebildet werden. Zu Schöffen bei diesen Jugendgerichten sind Personen zu berufen, die in der Jugenderziehung besonders erfahren sind. Auch Volksschullehrer dürfen zu Jugendschöffen berufen werden.

Von der Erhebung einer öffentlichen Anklage gegen Jugendliche kann abgesehen werden, wenn die Verschuldung und die Folgen der Tat geringfügig sind. Öffentliche Anklage darf gegen Jugendliche nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Wenn sich diese Tatsachen erst nach Erhebung der Anklage ergeben, kann das Gericht das Verfahren gegen den Jugendlichen einstellen. Wenn keine Anklage erhoben ist oder das Verfahren eingestellt wird, ist die Sache an die Vormundschaftsbehörde³⁾ abzugeben. Diese hat die erforderlichen Erziehungs- und Besserungsmaßregeln anzuordnen. Sie kann den Jugendlichen vermahnend oder ihn der Zucht des gesetzlichen Vertreters oder der Schulbehörde überweisen oder auf Grund der reichsgesetzlichen oder landesgesetzlichen Vorschriften die Fürsorgeerziehung (Zwangserziehung) anordnen oder, wenn der Jugendliche schon unter Fürsorgeerziehung steht, ihn der Zucht der Erziehungsbehörde übergeben.

³⁾ Der Ausdruck *Vormundschaftsbehörde* wird in der Regierungsvorlage und im Kommissionsbericht gebraucht abweichend vom Bürgerlichen Gesetzbuch, das <richtig> vom *Vormundschaftsgericht* spricht.

Die Vormundschaftsbehörde kann den Jugendlichen auch auf eine bestimmte Zeitdauer unter Schutzaufsicht stellen und sich die Entscheidung darüber, ob eine weitere Erziehungs- oder Besserungsmaßregel angezeigt ist, vorbehalten. Als Fürsorger sind Personen zu wählen, die in der Jugenderziehung besonders erfahren sind; auch Frauen können gewählt werden. Bei der Auswahl des Fürsorgers soll auf das religiöse Bekenntnis des Jugendlichen Rücksicht genommen werden. Der Fürsorger hat innerhalb seines Wirkungskreises die Eltern oder den gesetzlichen Vertreter in der Sorge für die Person des Jugendlichen zu unterstützen und zu überwachen; er hat der Vormundschaftsbehörde jeden Fall, in dem sie zum Einschreiten berufen ist, unverzüglich anzuzeigen. Nach Ablauf der Frist für die Schutzaufsicht hat die Vormundschaftsbehörde die Entscheidung darüber zu treffen, ob Erziehungs- und Besserungsmaßregeln noch erforderlich sind, oder ob der Jugendliche entlassen werden soll.

Vor ihren Entschlüssen haben die Staatsanwaltschaft, das Gericht und die Vormundschaftsbehörde über die körperliche und geistige Eigenart des Jugendlichen, über seine bisherige Führung und über seine Lebensverhältnisse Ermittlungen anzustellen. Hierbei sowie bei der Auswahl des Fürsorgers und des Beistands sollen sie sich der Mitwirkung von Behörden und Vereinen bedienen, die der Jugendhilfe oder Jugendfürsorge gewidmet sind. Soweit es erforderlich erscheint, sind über den Geisteszustand der Jugendlichen Ärzte als Sachverständige zu vernehmen. Für den Jugendlichen, der keinen Verteidiger hat, ist ein Beistand zu bestellen, sobald die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt ist. Auch Frauen können als Beistand gewählt werden.

Die Untersuchungshaft soll über Jugendliche nur verhängt werden, wenn sie durch andere Maßregeln nicht ersetzt werden kann. Muß ein Jugendlicher in der Untersuchungshaft mit anderen Gefangenen in einem Raum untergebracht werden, so ist Vorsorge zu treffen, daß er nicht dadurch sittlich gefährdet wird. Mit erwachsenen Gefangenen darf ein Jugendlicher nur ausnahmsweise zusammen eingesperrt werden, wenn eben sein körperlicher oder geistiger Zustand dies gestattet.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist. Daß er noch wesentlich geändert werden wird, ist kaum anzunehmen. Er bringt auch in der Kommissionsfassung nicht alles, was erwartet werden konnte.⁴⁾ Immerhin bietet er doch manches, was als Fortschritt zu betrachten ist. Das Wichtigste bleibt die Durchbrechung des Legalitätsprinzips. Es wird nun im wesentlichen auf die Anwendung ankommen. Daß dabei auch von den Gewerkschaften Aufgaben zu erfüllen sind, meine ich dargetan zu haben. Mögen sie sie erfüllen!

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Johannes Heiden

Arbeitsrecht Das Arbeitsrecht ist von der deutschen Gesetzgebung sehr stiefmütterlich behan-

delt. Einer umfassenden gesetzlichen Regelung des Arbeitsvertrags, des wichtigsten Vertrags, ist die Gesetzgebung bisher ausgewichen. Ohne innern Trieb hat der Gesetzgeber bei den verschiedensten Gelegenheiten zuweilen allgemeine Regeln für das Arbeitsverhältnis, zuweilen solche für bestimmte Berufsgruppen aufgestellt. Dadurch ist eine

Reihe von Spezialvorschriften entstanden, die, da sie in den verschiedensten Gesetzen zerstreut sind, die Übersichtlichkeit erschweren, und die auch, da der Kreis der von ihnen betroffenen Personen durchaus nicht zweifelsfrei feststeht, eine große Unsicherheit in ihrer Anwendung zeigen. Die Aufnahme von Vorschriften des Arbeitsrechts in die verschiedensten Spezialgesetze und in das Bürgerliche Gesetzbuch führt natürlich zu Wiederholungen gesetzlicher Bestimmungen, und dies trägt gewiß nicht zur Klarheit und Übersichtlichkeit bei.

Den Grundstock des Arbeitsrechts bildet

⁴⁾ Siehe meine Ausführungen zu dem Gesetzentwurf über das Strafverfahren gegen Jugendliche in der *Arbeiterrechtsbeilage des Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* vom 9. November und 7. Dezember 1912.

noch immer der Titel VII der Gewerbeordnung. So leicht begreiflich auch ist, daß 1869, in der Jugendzeit des deutschen Parlaments, das Arbeitsrecht seinen Platz in der Gewerbeordnung gefunden hat, so kann doch heute kein Streit mehr darüber sein, daß diese Verbindung des Arbeitsrechts mit der Gewerbeordnung gar nicht glücklich ist. Sie wird gelöst werden müssen, wie auch die Trennung arbeitsrechtlicher Vorschriften von anderen Gesetzen erwünscht ist. Die Einfügung des Arbeitsrechts in die Gewerbeordnung hat zur Folge, daß seine Bestimmungen nur für gewerbliche Betriebe gelten, nicht aber für solche, die der Gewerbeordnung nicht unterstehen. Die unterschiedliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, je nachdem es sich um einen Betrieb handelt, der der Gewerbeordnung untersteht oder nicht, ist sachlich durch nichts begründet. In der Arbeiterversicherung ist durch die Reichsversicherungsordnung auch für den letzten Zweig, die Krankenversicherung, die Gleichstellung der Arbeiter, die nicht in gewerblichen Betrieben beschäftigt sind, mit den gewerblichen Arbeitern angebahnt worden. Was hier möglich und notwendig war, ist auch im Arbeitsrecht möglich und notwendig.

Dem Verlangen nach Vereinheitlichung des Arbeitsrechts ist heftige Gegnerschaft erwachsen, die sich um so stärker bemerkbar macht, je mehr der Gedanke des einheitlichen Arbeitsrechts an Boden gewinnt. Nach der Reichstag im Jahr 1896 bei Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch eine Resolution an, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, »daß die Verträge, durch welche sich jemand verpflichtet einen Teil seiner körperlichen oder geistigen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder gewerbliches Unternehmen eines andern gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden, für das Deutsche Reich tunlichst einheitlich geregelt werden«, so wurde im Jahr 1913 eine von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Resolution des gleichen Inhalts, ergänzt durch zwei Bestimmungen über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, abgelehnt.

Inzwischen war allerdings die Propaganda für ein einheitliches Arbeitsrecht stärker geworden; die freien und die christlichen Gewerkschaften hatten sich hierfür ausgesprochen, und auch die deutschen Gewerksvereine hatten durch Annahme der von Flesch aufgestellten Forderung der Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in

ein reines Rechtsverhältnis die Unzulänglichkeit des jetzigen Zustands betont. Wie die Arbeitergewerkschaften für das einheitliche Arbeitsrecht eintraten, erhoben einzelne Verbände der Angestellten die Forderung nach einer Vereinheitlichung des Angestelltenrechts, die auch von den politischen Parteien durch Einbringung von Resolutionen im Reichstag unterstützt wurde. Diesem Bestreben stand der Reichstag freundlicher gegenüber als dem nach einem einheitlichen Arbeitsrecht. Er hat im Januar 1913 einige dieser Resolutionen angenommen, so unter anderen eine der Sozialdemokraten, die für technische Angestellte und Bureauangestellte aller Art eine gleiche Regelung verlangt wie sie für die Handlungsgehilfen besteht.

In den Reihen der Angestellten herrscht keine Übereinstimmung in der Frage des einheitlichen Arbeitsrechts. Einige Verbände von Handlungsgehilfen, so der *Deutschnationale Handlungsgehilfenverband* lehnen sogar das einheitliche Recht für die Angestellten ab. Sie fürchten ihre Sonderrechte einzubüßen und weitere Sonderrechte nicht zu erringen. Für sich allein hoffen sie, daß der Wert ihrer Stimmen als Wähler Regierung und Parteien ihren Wünschen geneigt machen wird.

Außer den Interessenten und dem Parlament haben auch die *Gesellschaft für soziale Reform* und der deutsche Juristentag zur Frage des einheitlichen Angestelltenrechts Stellung genommen. Die *Gesellschaft für soziale Reform* hat die einheitlichere Gestaltung und Verbesserung des deutschen Privatbeamtenrechts als die brennendste Frage bezeichnet, und der Juristentag hat sich für ein Gesetz ausgesprochen, das sich nicht auf einzelne Klassen von Angestellten beschränken soll, und hat verschiedene Punkte bezeichnet, die durch das Gesetz einheitlich geregelt werden sollen.

Neben einigen Verbänden der Handlungsgehilfen sind es die Unternehmer, die sich der Forderung des einheitlichen Arbeitsrechts entgegenstellen. Der Widerstand entspringt in der Hauptsache politischen Erwägungen und ist ein Ausdruck allgemeiner Abneigung gegen sozialpolitische Bestrebungen zur Hebung der Stellung der Arbeiter und Angestellten im Arbeitsverhältnis. Und eine einheitliche Regelung des Arbeitsrechts muß natürlich das Ziel haben die Lage der Arbeiter und Angestellten, besonders der Schichten, deren Arbeitsverhältnis heute noch mangelhafter als das anderer geregelt ist, zu verbessern. Diesem Ziel

gilt der Widerstand. Die zu seiner Begründung angeführte Verschiedenheit in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Arbeiter- und Angestellten-schichten ist kein ernstliches Hindernis. Keiner der Befürworter des einheitlichen Arbeitsrechts denkt an eine Gleichmacherei in dem Sinn, daß für den Angestellten, der Leiter eines großen Betriebs ist, die gleichen gesetzlichen Vorschriften gelten sollen wie für den Arbeiter, der oft den Arbeitsplatz wechselt. Es sei hier nur an das von Potthoff aufgestellte Programm für die Gestaltung des einheitlichen Arbeitsrechts in seinem Buch *Probleme des Arbeitsrechts* / Jena, Diederichs/ erinnert, über das hier in der Rubrik *Rechtswissenschaft* (1913, 1. Band, pag. 188) bereits referiert worden ist.

Mit feinen Worten ist auch Lotmar im *Gewerbe- und Kaufmannsgericht* vom 1. August 1913 für die Schaffung eines allgemeinen Teils des Arbeitsrechts eingetreten, der jeden denkbaren Dienstvertrag umschließen, für alle das Fundament liefern und sich zu den Spezialgesetzen, die auch er für unentbehrlich hält, so verhalten soll wie im Staatsrecht die Verfassungsurkunde zu den anderen Gesetzen. Bei der Schaffung eines solchen Gesetzes muß nach Lotmar dessen Schöpfer von der Würde seiner Aufgabe durchdrungen, sich also dessen bewußt sein, daß er einem Vertrag die rechtliche Gestalt zu verleihen hat, durch den ein Mensch nicht dieses oder jenes seiner Güter sondern zeitweilig sich selber hingibt. »Mögen daher die Dienste leicht oder schwer, hoch oder nieder sein, immer stehen sie als Ausdruck menschlicher Persönlichkeit auf der ethischen Stufenleiter höher als die Vermögensleistung, die im Dienstvertrag als Entgelt dafür zugesagt wird. Schon hierin liegt ein Grund vorzüglich der Partei des Arbeitnehmers die gesetzgeberische Aufmerksamkeit zuzuwenden. Einen zweiten bildet die Erfahrung, daß zahllose Personen dieser Parteilage nicht die Macht besitzen ihren Arbeitsverhältnis exponierten Interessen den nötigen Schutz auszubedingen.« Einen tüchtigen Anstoß haben die Bestrebungen auf Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts durch die Verhandlungen auf dem Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte über *Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts in Deutschland* erhalten, der vom 18. bis zum 20. September in Leipzig stattfand. Der Referent Dr. Sinzheimer (Frankfurt am Main)

lehnte selbstverständlich ein *Gesetzbuch der Arbeit*, das alle Arbeitsverhältnisse in jeder Beziehung einheitlich regelt, auch ab. Der soziale Schutzgedanke darf durch das einheitliche Arbeitsrecht nicht abgeschwächt und die Spezialgesetzgebung, soweit sie sachlich begründet ist, nicht aufgehoben oder behindert werden. Der Gedanke des einheitlichen Arbeitsrechts kann sich nur in einer Vereinfachung des Rechts durch Zentralisation des Rechtsstoffs und durch Dezentralisation der Rechtsbildung und Rechtsfindung äußern.

Für die Zentralisation des Rechtsstoffs schlägt Sinzheimer die reichsrechtliche Regelung der heute noch von der Landesgesetzgebung beherrschten Gebiete, wie Gesinde- und Landarbeiterrecht und Bergarbeiterrecht, und die Schaffung eines allgemeinen Teils des Arbeitsrechts vor, der die Schutzvorschriften für Gesundheit, Sittlichkeit und Leben, über Lohnsicherung, wichtige Gründe zur fristlosen Kündigung, Konkurrenzklausele und Buße, Arbeiterausschüsse und Koalitionsrecht und alle anderen Angelegenheiten, die gleiche Regelung für alle Arbeiter und Angestellten nicht nur vertragen sondern erheischen, enthalten soll. Die Dezentralisation der Rechtsbildung und Rechtsfindung soll die Gesetzgebung entlasten. Zu diesem Zweck sollen die unmittelbar Beteiligten zur Rechtsfindung und Rechtsbildung herangezogen werden. Das kann durch Tarifverträge, paritätische Rechtsverwaltung und Erweiterung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu allgemeinen Arbeitsgerichten geschehen. Das Gesetz kann auf Kasuistik verzichten und sich auf den Ausspruch allgemeiner Grundsätze und Grenzen beschränken, wenn paritätisch verwaltete Stellen zum Erlaß der Ausführungsvorschriften und der Gesetzesergänzung vorhanden sind.

Die Vorschläge Sinzheimers zeugen von einer Durcharbeitung und Beherrschung des gesamten Rechtsstoffs und einer umfassenden Kenntnis der wirklichen Zustände der Arbeitsverhältnisse, wie sie selten sind. Für die weiteren Erörterungen über das Problem des einheitlichen Arbeitsrechts, die für die Gewerkschaften von großer Bedeutung sind, und an denen diese sich beteiligen müssen, werden sie eine geeignete Grundlage bilden.

× ×
 KurzeChronik Auf der 23. Generalversammlung des *Volksvereins für das katholische Deutschland* nahm der Direktor des Vereins, Dr.

Brauns, Stellung gegen die Schwarzeher in der Sozialpolitik. Der fortwährende Wandel der Lebensbedingungen gebäre fortwährend neue soziale Fragen. X Der Ruf nach Schutz der Arbeitswilligen wird trotz der Absagen, die der Reichstag dem Verlangen nach Beschränkung des Koalitionsrechts erteilt hat, immer häufiger erhoben. Der Handwerks- und Gewerbe-kammertag, der am 12. und 13. August in Halle stattfand, verlangte das Verbot des Streikpostenstehens und Haftpflicht der Berufsvereine für ungerechtfertigte wirtschaftliche Schädigungen und Verbot von Maßnahmen, die das Ansehen oder wirtschaftliche Fortkommen von Arbeitgebern und Arbeitern willkürlich beeinträchtigen. Auch auf der Tagung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbands am 23. August in Leipzig wurde größerer Schutz der Arbeitswilligen verlangt. X Die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen tagten am 10. und 11. Oktober in Nürnberg. Von den Verhandlungen verdienen die über Bekämpfung der Schwindelfirmen hervorgehoben zu werden. X Der sozialdemokratische Parteitag in Jena nahm nach einem Referat des Genossen Timm (München) eine Resolution an, in der unter anderem Schaffung einer öffentlichrechtlichen Arbeitslosenversicherung durch das Reich und vorläufige Zahlung von Zuschüssen aus Gemeindemitteln zu den Unterstützungen der Gewerkschaften für Arbeitslose gefordert werden. X Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hielt am 29. und 30. September in Darmstadt eine Tagung ab. Erörtert wurden: Schutz der Familie gegen den trunksüchtigen Familienvater, Kinder als Erwerbsmittel und die sozialhygienischen Aufgaben der Ärzte im Zusammenhang mit der gesamten Jugendfürsorge. X Die Zeitschrift *Der Arbeitsmarkt*, die von Professor Dr. Jastrow in Berlin herausgegeben wurde, hat mit Ende September ihr Erscheinen eingestellt. Der Grund ist die Herausgabe einer eigenen Monatsschrift durch den *Verband deutscher Arbeitsnachweise*, die seit dem 15. Oktober in Carl Heymanns Verlag in Berlin mit dem Titel *Der Arbeitsnachweis in Deutschland* erscheint. X Durch das Oberversicherungsamt Berlin wird seit dem 1. Oktober ein *Stellenanzeiger für die Arbeiterversicherung* herausgegeben. Die Schaffung dieses Anzeigers ist ein Beweis für die große Bedeutung, die die Einrichtungen der Arbeiterversicherung als Arbeitgeber haben. X

Literatur Den Wunsch nach Schaffung einer einwandfreien Lohnstatistik bringt Dr. Lorenz Zach in einem kleinen Heftchen *Die Lohnstatistik* in der Sammlung *Kultur- und Fortschritt* /Leipzig, Felix Dietrich/ zum Ausdruck. Die amtliche Tätigkeit hat hier so gut wie ganz versagt. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben viele Lohnstatistiken aufgenommen; in die Öffentlichkeit gedrungen sind nur die der Gewerkschaften. Einzelne Verbände der Arbeiter haben nach Zach geradezu Vorzügliches in der Aufnahme von Lohnstatistiken geliefert. Allen von privaten Seiten vorgenommenen Erhebungen fehlt aber die »Seele der Statistik«, das Vertrauen. Der Verfasser hofft, daß die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Ermittlung der Löhne für die Zwecke der Unfallversicherung dazu beitragen werden einwandfreie Grundlagen für eine Lohnstatistik zu bekommen.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Monopole In einem interessanten Buch *Das Land der Monopole: Deutschland oder Amerika?* /Berlin, Siemenroth/, das sich die Untersuchung der monopolistischen Tendenzen und ihrer Bedeutung innerhalb des Wirtschaftslebens in Deutschland und Amerika zur Aufgabe gemacht hat, sucht J. Singer den Nachweis zu führen, daß Deutschland immer mehr auf dem Weg sei das Land der kapitalistischen Monopole zu werden. Mehr als die Hälfte der gesamten Steinkohlenproduktion in Deutschland, 86,9 Millionen Tonnen von insgesamt 160,7 Millionen Tonnen im Jahr 1911, entfällt auf das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Der Stahlwerksverband produzierte im letzten Jahr an Halbzug 60,31 % des Inlandabsatzes und 39,69 % des Exports; an Eisenbahnmateriale 62,81 % des Inlandabsatzes und 37,19 % des Exports; an Formeisen 74,39 % des Inlandabsatzes und 25,61 % des Exports. Eine Monopolherrschaft haben in Deutschland zweifellos die elektrotechnischen Trusts. Wird doch heute die gesamte Elektrizitätsindustrie Deutschlands von 2 großen Trusts, der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* und dem Siemens-Schuckert-Konzern beherrscht. Im Geschäftsbericht der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* für 1911-1912 wurde die Zahl der Angestellten mit 70 162 angegeben; davon entfallen 6551 auf die Betriebe in Wien, Riga und Mailand. Nach dem Geschäftsbericht

von Siemens & Halske für 1911-1912 betrug die Anzahl der Angestellten über 77 000. In der Generalversammlung vom 3. Dezember 1912 der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* wurde der Auftragsbestand per 31. Oktober inklusive der im neuen Geschäftsjahr bis dahin ausgeführten Aufträge auf 457 Millionen Mark angegeben. Im Geschäftsjahr 1911-1912 betrug der Kupferbedarf der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* 31 326 Tonnen, mehr als ein Achtel des gesamten Kupferkonsums Deutschlands. Ein vollkommenes Monopol besitzt in Deutschland der Spiritusring, der heute lückenlos geschlossen dasteht. Vertrustet ist die Farbenindustrie. Die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt in Frankfurt am Main verfügt über den Markt, wie die Kontinental Kautschuk- und Guttaperchakompanie. Das Kalimonopol ist durch das Reichsgesetz vom Mai 1910 geregelt. Es bestehen ferner in Deutschland ein Sodatruster, ein Glühkörpertruster. Monopolmacht besitzen: der Akkumulatorenruster, das Aluminiumsyndikat, das Zinksyndikat, der Leimtruster, das Jutesyndikat, das Linoleumsyndikat, das Druckpapiersyndikat, der Flaschentruster, das Spiegelglassyndikat, das Syndikat der Steingutfabriken. Die Seidenkartelle, der Reistruster, der Pulvertruster und eine Reihe anderer Verbände beherrschen ebenfalls den ganzen Markt. Eine Regelung der Produktion bahnt sich zweifellos in diesem Zusammenschluß an. Singer weist recht zutreffend nach, daß es sich nicht darum handeln könne die Monopole zu verhindern, was ganz aussichtslos ist. Die kurzen Bemerkungen, die er über die Verstaatlichung der vertrusteten Betriebe macht, lassen nicht den Schluß zu, daß er das Endresultat dieser Entwicklung nicht im Sozialismus sieht. Er hält nur in diesem Stadium der Entwicklung die Verstaatlichung nicht für angebracht. Aber es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß das Staatsmonopol dem Privatmonopol vorzuziehen ist. Und da auch beim Privatmonopol der persönlichen Initiative die größten Schranken gezogen sind, so gibt es gegen die Verstaatlichung der monopolisierten Produktion keinen stichhaltigen Einwand. Die Vergesellschaftung der Produktion vollzieht sich zum größten Teil auf diesem Weg.

× **Panamakanal** Der Panamakanal ist jetzt vollendet. Wo kapitalistisches Unternehmen elend gescheitert ist, hat die staatliche Pro-

duktion glänzend gesiegt. Die Herstellung dieses großen Werkes war in dem unbewohnten Gebiet nur durch Einrichtungen sozialistischer Art möglich. Um die 40 000 Arbeiter, Techniker und Beamten, darunter 30 000 Schwarze, zu verpflegen und gesund erhalten zu können, mußte der Staat Wohnungen und Speisehäuser errichten, für Ärzte und Sanatorien sorgen, ein ganzes sozialistisches Gemeinwesen schaffen, von dem vor 3 Jahren in einer Konferenz an der Universität Harvard Farnhem Bishop eine interessante Schilderung gab. Jede Familie lebte in einem Haus, das vom Staat gebaut und möbliert worden war. Die Wohnungen waren mit Telephonanschluß versehen. Die Verkaufsläden und Warenhäuser waren staatlich, wie die Droschken und die Eisenbahnen, die Cafés und die Hotels, die Sanatorien und die Speisehäuser. Bezahlt aber wurde nirgends mit Geld sondern mit den Kupons, die der Staat den Angestellten für ihre Arbeit gab. In 15 großen Speisehäusern erhielten die Direktoren und die oberen Beamten eine vorzügliche Mahlzeit für etwa 80 Pfennig. Die europäischen Arbeiter, meist Italiener, wurden in 18 Häusern verpflegt, wo sie für 1,70 Mark pro Tag eine volle Pension erhielten. Für die 30 000 schwarzen Arbeiter waren 33 Küchen eingerichtet. Die gute Verpflegung kostete hier pro Tag 1,20 Mark. Ein amerikanischer Schriftsteller hat ausgerechnet, daß die staatlichen Küchen jährlich 12 Millionen Mahlzeiten hergestellt haben.

× **Australien** Unter dem Titel *Der soziale Erdteil, Studienfahrt eines Nationalökonomen durch Australien* hat Alfred Manes nun die 4., veränderte Auflage des prächtigen Werkes *Ins Land der sozialen Wunder* erscheinen lassen (Berlin, Mittler/). Manes gibt darin auch einen Überblick über die staatlichen Unternehmungen. Diese verdienen deshalb ein ganz besonderes Interesse, weil sie nicht die Folgen, sondern zum Teil die Ursachen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes waren. Denn es war ja der Staat, der die ganze Kultivierung, die ganze Erschließung des Landes vornahm. Der Staat baute die Wege, der Staat hatte ein Interesse an der Einrichtung von Telegraphen und Telephon wie am Bau von Eisenbahnen. Und selbst wenn der Staat Agrarbanken einrichtete und in den verschiedensten an-

deren Formen die Ansiedler materiell unterstützte, so waren doch alle diese Maßnahmen auch von den Interessen diktiert Kronland zu verkaufen. Schon in den ersten Zeiten der Kolonisation mußte der Staat für Docks und Werften sorgen, weil er ohne diese Transporte nicht ausführen konnte.

Das ist alles richtig. Aber einen Sieg des sozialistischen Gedankens bedeuten die australischen Staatsbetriebe dadurch erst recht. Und es ist nicht ganz zutreffend ausgedrückt, daß Manes sagt, wenn die australischen Staaten in zahlreichen Beziehungen eigene Unternehmungen ins Leben gerufen haben, so hänge diese Erscheinung nur in ganz beschränktem Umfang mit der politischen Arbeiterbewegung zusammen. Kapitalistische Gesellschaften würden sich schon zur Errichtung von Eisenbahnen in Australien gefunden haben. Wenn die australischen Staaten aber trotzdem von Anfang an die Sache selbst in die Hand genommen haben, so ist dies dem Einfluß der nichtkapitalistischen Bevölkerung zu danken, die von Anbeginn der Besiedelung die Macht in Händen hatte. Wenn zum Beispiel die staatliche Lebensversicherung die Aufgabe haben soll die Prämienausgaben im Land zu halten, anstatt sie ausländischen Gesellschaften zukommen zu lassen, so zeigt die Tatsache doch jedenfalls die antikapitalistische Tendenz der Einrichtung. Auch gibt Manes zu, daß manche Unternehmungen öffentlicher Art den Zweck haben private Monopole zu brechen. Die neueren Verstaatlichungen tragen aber ganz besonders den Stempel sozialistischer Politik. In Neusüdwales werden im Staatsbetrieb bereits Ziegel und Sandmauersteine hergestellt. Auch ein staatliches Kohlenbergwerk hat man hier nach neuseeländischem Vorbild eingerichtet. Und nun schiebt man sich an die Eisenindustrie zu verstaatlichen. Man will den gesamten riesigen Eisenbedarf aller australischen Staaten im Land selbst herstellen. Australien hat 1912 auch eine Bundesstaatsbank erhalten, und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, sagt Manes, bis wann auch eine Reihe von Versicherungszweigen in Staatsbetrieb übernommen wird. Es ist auch eine Verkennung der Aufgaben staatlicher Betriebe, wenn Manes davon spricht, daß die öffentlichen Unternehmungen Australiens »fast sämtlich unrentabel« seien. Rentabel ist nach kapitalistischer Auffassung ein Unternehmen nur, wenn es Überschüsse

abwirft. Aber das ist doch nicht das Ziel der Produktion, ist nicht die Aufgabe der Verkehrseinrichtungen. Wenn der australische Staat die Eisenbahnangestellten hoch entlohnt und seinen Bürgern ein billiges und gutes Reisen ermöglicht, dann erfüllen seine Eisenbahnen ihren Zweck, dann sind diese rentabel, auch ohne Reingewinn, zumal wenn der Staat nicht auf die Überschüsse aus seinen Unternehmungen angewiesen ist. Es ist stets verkehrt den Wert des Staatssozialismus nach kapitalistischen Grundsätzen zu messen. Das lesenswerte Buch von Manes ist ja auch ein sprechender Beweis dafür, daß das »Land der sozialen Wunder« mit seinen staatssozialistischen Einrichtungen auf dem richtigen Weg ist und dabei auf das beste gedeiht.

× Kurze Chronik Eine staatliche Steinbruchindustrie ist in Sachsen im Entstehen begriffen. Die sächsische Regierung läßt seit einiger Zeit überall im Land Steinbrüche aufkaufen, die sich zur Gewinnung von Pflastersteinen eignen. Der sächsische Staat hat für das sogenannte *Kleinpflaster* einen sehr großen Bedarf, da im Interesse der bessern Erhaltung der fiskalischen Landstraßen und mit Rücksicht auf den wachsenden Automobilverkehr überall Pflasterungen vorgenommen werden. Der Staat hat die Absicht zu den bisher erworbenen noch mehr Steinbrüche hinzuzukaufen, um so im Lauf der Zeit von der Privatindustrie völlig unabhängig zu werden. × Zur Verstaatlichung der englischen Eisenbahnen ist am 23. Oktober der erste Schritt durch die Ernennung der königlichen Kommission getan worden, die über den Betrieb der Eisenbahngesellschaften Erhebungen anzustellen und zu berichten hat, was für Veränderungen in das bestehende Verhältnis zwischen Eisenbahnen und Staat gebracht werden sollen. Die Kommission, zu deren Vorsitzenden der ehemalige Lordkanzler Lord of Loreburn ernannt worden ist, wird in nächster Zeit zusammentreten, um die vorbereitenden Arbeiten zu erledigen. Nach den neuesten Feststellungen ist das englische Eisenbahnnetz 37 500 Kilometer lang und repräsentiert ein Kapital von 1 334 963 518 Pfund Sterling. Im Jahr 1912 wurden 1 294 337 046 Passagiere befördert. × Die ständige Kommission des Verwaltungsrats der schweizerischen Bundesbahnen hat beschlossen

große staatliche Wasserkraftwerke zu errichten, die die elektrische Energie für die Bahnstrecke Erstfeld-Bellinzona liefern sollen. Die Elektrifizierung dieser Bahn wird in der nächsten Zeit vorsichgehen. Das Privatkapital soll unter keinen Umständen beim Bezug von Energie zugelassen werden. Die Bundesbahnen sollen von vornherein davor geschützt werden, daß ihnen die Bedingungen für die Abgabe elektrischer Kraft diktiert würden. × Die schweizerische Regierung bereitet ferner die staatliche Monopolisierung des Versicherungswesens vor. Vom Jahr 1916 an soll das ganze Versicherungswesen der Schweiz in Händen der staatlichen Verwaltung sein. Schon jetzt sind in einzelnen Kantonen für die Feuerversicherung Monopole geschaffen; doch sollen diese durch ein einheitliches staatliches Monopol abgelöst werden, und zwar soll Anfang 1916 für jede einzelne Versicherungsbranche eine staatliche Monopolanstalt errichtet werden.

× **Literatur** Die Entwicklung zum Sozialismus deutet Professor Dr. Edward Rosenthal in einer Rede an, die er zur Feier der akademischen Preisverteilung am 21. Juni dieses Jahres hielt, und die nun unter dem Titel *Der Wandel der Staatsaufgaben in der letzten Geschichtsperiode* bei G. Fischer in Jena erschienen ist. Die feststimmungsvolle und byzantinische Ausschmückung der Rede vermag ihren sozialistischen Kern nicht ganz zu verdecken. Werdender Sozialismus ist die Zunahme der Staatsaufgaben, die Rosenthal konstatiert. × *Die volkswirtschaftliche Bedeutung eines deutschen Reichspetroleummonopols* bringt Dr. Willy Korthaus in einer 112 Seiten starken Schrift /Karlsruhe, Braum/ in beachtenswerter Weise zur Darstellung. Er kommt zu dem Resultat, daß unter den herrschenden Umständen nur die reine Staatshilfe übrigbleibe. Das werde auch der ausgesprochene Gegner aller Staatsmonopole zugeben müssen; denn im vorliegenden Fall handle es sich nicht um die Monopolisierung eines freien Handelszweigs sondern um die Umwandlung eines bereits bestehenden Privatmonopols in ein Staatsmonopol. So wie die Kommission den Gesetzentwurf gestaltet habe, dürfe dieser aber nicht bleiben. Über die Gestaltung der Preise müsse der Reichstag von Jahr zu Jahr entscheiden. Als Anhang ist dem Buch,

das alles Wissenswerte über die Frage eines Petroleummonopols enthält, die Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl mit den Beschlüssen der Reichstagskommission beigegeben. × Zur Frage des Petroleummonopols nimmt auch H. Späth in einer Abhandlung das Wort, die im Verlag für *Fachliteratur* in Wien, Berlin und London erschienen ist und verschiedene Anregungen zu einer andern Gestaltung der staatlichen Regelung des Petroleumvertriebs gibt.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften/Bruno Borchardt

Gravitationsproblem Auf der diesjährigen Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte, die vom 21. bis zum 28. September in Wien stattfand, bildete, wenigstens für die Physiker, Mathematiker und Astronomen, den Mittelpunkt des Interesses unstreitig der Vortrag, den Professor Einstein (Zürich) auf Aufforderung der *Deutschen physikalischen Gesellschaft* vor den 3 vereinigten Abteilungen für Physik, Mathematik und Astronomie über den gegenwärtigen Stand des Gravitationsproblems hielt. Schon äußerlich trat dies durch die große Zahl der Zuhörer (etwa 4- bis 500) sowie durch die sich anschließende lebhafteste, fast 3 volle Stunden währende Diskussion hervor.

Als Postulate, die an eine mit der Relativitätstheorie verträgliche Gravitationstheorie gestellt werden können, wenn auch nicht gestellt werden müssen, bezeichnet Einstein die Erfüllung der Erhaltungsgesetze und die Gleichheit der trägen und der schweren Masse, die durch die schönen Experimentaluntersuchungen von Eötvös an der Drehwaage aus dem Jahr 1890 wohl als sichergestellt gelten kann, und schließlich die Unabhängigkeit der beobachtbaren Naturgesetze von dem Absolutwert des Gravitationspotentials. Einstein betont, daß diese Forderung durch die Erfahrung nicht wohl begründet werden kann; sie rechtfertigt sich nur durch das Vertrauen in die Einfachheit der Naturgesetze, sie ist im Verein mit der übrigen und der des Festhaltens am Relativitätsprinzip »mehr einem wissenschaftlichen Glaubensbekenntnis ähnlich als einem gesicherten Fundament«. Einstein besprach dann eine von Nordström aufgestellte Gravitationstheorie. Sie ist verhältnismäßig einfach und genügt den hauptsächlichsten an eine Gra-

itationstheorie zu stellenden Forderungen; unbefriedigend bleibt lediglich der Umstand, daß nach dieser Theorie die Trägheit der Körper zwar durch die übrigen Körper beeinflusst, aber doch nicht verursacht erscheint, denn es ist nach dieser Theorie die Trägheit eines Körpers desto größer, je weiter wir die übrigen Körper von ihm entfernen. Einstein selbst hat im Verein mit Großmann eine wesentlich andere Erweiterung der Newtonschen Gravitationstheorie aufzustellen versucht, indem er das Relativitätsprinzip selbst erweitert und seine Gültigkeit auch für ungleichförmige Bewegungen in Anspruch nimmt.

Aus der auf dieser Grundlage entwickelten Theorie ergibt sich als eine Folgerung, daß eine Anhäufung von Massen in der Umgebung eines ruhenden Massenpunkts eine Erhöhung seiner Trägheit bewirkt. Die Trägheit eines Massenpunkts muß also als durch die Existenz der übrigen Massen bedingt angesehen werden; sie erscheint bedingt durch eine Art Wechselwirkung des zu beschleunigenden Massenpunkts mit allen übrigen Massenpunkten. Bedenkt man, daß von Beschleunigung eines Körpers an sich zu reden ebensowenig Sinn hat wie von Bewegung eines Körpers an sich, daß man vielmehr von Bewegung respektive Beschleunigung eines Körpers nur relativ zu anderen sprechen kann, so wäre eigentlich *a priori* zu erwarten, daß das selbe auch vom Trägheitswiderstand gelten dürfte, den die Körper einer Beschleunigung entgegensetzen, daß dieser nichts anderes sei als ein Widerstand gegen relative Beschleunigung des betrachteten Körpers gegenüber der Gesamtheit aller übrigen, ein Standpunkt, den zuerst Ernst Mach mit aller Schärfe und Klarheit vertreten hat.

Die Gleichungen, zu denen Einstein gelangt, sind zwar erheblich komplizierter als die Gleichungen der Nordströmschen, bei dem gewöhnlichen Relativitätsprinzip verbleibenden Gravitationstheorie. Aber sie folgen aus den Grundlagen unter Verwendung von erstaunlich wenig Hypothesen und genügen der Auffassung von der Relativität der Trägheit.

Sehr angenehm wäre es, wenn die verschiedenen Theorien zu Konsequenzen führten, die der experimentellen Prüfung zugänglich sind. Das ist tatsächlich der Fall, die Lichtstrahlen müssen nach den aus der Einsteinschen Theorie sich ergebenden Konsequenzen durch ein Gravitationsfeld vom geraden Weg abgelenkt, gekrümmt werden. Ob das

der Fall ist, kann bei Gelegenheit einer Sonnenfinsternis entschieden werden, und so erhofft Einstein, daß schon die Sonnenfinsternis des Jahres 1914 eine Entscheidung herbeiführen wird.

In der Diskussion machte Mie (Greifswald), der ebenfalls eine Gravitationstheorie, und zwar eine der Nordströmschen ähnliche aufgestellt hat, wobei er allerdings die Forderung der Gleichheit der trägen und der schweren Masse nicht erhebt, auf noch eine dem Experiment wohl zugängliche Folgerung der verschiedenen Gravitationstheorien aufmerksam. In einem starken Schwerfeld muß nach Einsteins Theorie die Schwingungsdauer der Atome sich ändern; es müßten also bei einem großen Fixstern sämtliche Spektrallinien sich verschieben, was nach den Theorien von Nordström und Mie nicht der Fall ist.

× Gerbstoffe ×
 Einem ähnlichen Interesse wie der Einsteinsche Vortrag bei den Physikern be-
 gegnete der Vortrag Emil Fischers (Berlin) über Synthese von Depsiden, Flechtenstoffen und Gerbstoffen in der Abteilung für Chemie. Fischer, der bereits 3 große Gebiete der organischen Chemie der Welt erschlossen hat, die Chemie der Zucker, die Chemie der Purinstoffe, zu denen Körper wie das Tein und Koffein gehören, und die Chemie der Eiweißkörper, machte in diesem Vortrag der wissenschaftlichen Welt die Tatsache bekannt, daß es ihm jetzt gelungen ist ein 4. großes Gebiet in gleicher Weise der wissenschaftlichen Erkenntnis zu erschließen, nämlich das große Gebiet der Körperklasse, die seit Tausenden von Jahren zum Gerben der tierischen Haut benutzt und unter dem Namen Gerbstoffe zusammengefaßt wird. Ihr innerer Aufbau war bisher sehr umstritten. Mit Hilfe neuer eigener Methoden hat Fischer, da die Analyse (Abbau, Zerlegung) versagte, den Weg der Synthese (künstlicher Aufbau) beschritten und hat so über die Verkettung der ziemlich komplizierten Moleküle dieser bedeutungsvollen Gruppe von Stoffen Aufklärung geschaffen. Man weiß jetzt, daß das Tannin, der Hauptkörper dieser Gruppe, eine Verbindung der Glykose (Traubenzucker) mit Gallussäure ist. Bei der Untersuchung der Molekulargewichte der hergestellten Stoffe fand Fischer bei einem der Körper aus der Tanningruppe mit voller Zuverlässigkeit das Molekulargewicht 4000. Um diese Zahl herum werden sich nach seiner Meinung auch die Molekulargewichte

sämtlicher Eiweißkörper bewegen. Diese Seite der Untersuchungen bedeutet vielleicht ein Gegengewicht gegenüber den Forschungen der physikalischen Chemiker, die bestrebt sind das Atom in immer kleinere Teile zu zerlegen, die von ihm zum Ion und dann zum Elektron gekommen sind. Hier wird umgekehrt gezeigt, wie weit man in der Kompression der Materie gehen kann.

Bei wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Chemie ist man wegen ihrer vielfachen Beziehungen zur Technik mehr geneigt als bei anderen wissenschaftlichen Leistungen den praktischen Nutzen ins Auge zu fassen. Deswegen sei bemerkt, daß eine technische Darstellung des synthetischen Tannins und die Verwendung der künstlichen Gerbstoffe überhaupt, etwa zur Herstellung von Leder, kaum ökonomisch sein würde und jedenfalls nicht in Aussicht steht; höchstens könnte die Technik der Herstellung von Geschmacksstoffen von den neuesten Arbeiten Fischers Nutzen haben, denn in den verschiedensten Genußmitteln, Wein, Tee, Kaffee, Kakao usw., spielen gerade die Gerbstoffe eine ganz besondere, den Geschmack beeinflussende Rolle. Auf diese Seite der Frage wies auch Geheimrat Duisberg, der Vorsitzende der chemischen Abteilung, in seinen Dankesworten an Fischer hin. Das künstliche Koffein, das zu den Purinstoffen gehört, hat Fischer schon früher herzustellen gelehrt, jetzt ist er mit der Darstellung der Gerbstoffe gefolgt, nun fehlt nur noch das Brenzöl, und der künstliche Kaffee ist fertig. Diese ganze Fragestellung ist aber, wenn auch nicht völlig unberechtigt, so doch ohne jeden Belang für die Schätzung einer wissenschaftlichen Leistung.

× **Niedergang der Chemie in Deutschland?** ×
zeichnen geradezu wiederum um einen Höhepunkt, den die wissenschaftliche Chemie erreicht hat, und bilden eine glänzende Widerlegung der Behauptung, die kürzlich Dr. Hans von Liebig in Gießen aufgestellt hat, daß nämlich in Deutschland die Chemie im Niedergang begriffen sei. Liebig meint, daß zuweilen in den Wissenschaften eine Zeit des schöpferischen Geistes abwechselt mit einer Zeit bloßer experimenteller Ausarbeitung der von der schöpferischen Zeit gegebenen Fragestellungen. »Erringen die Experimentatoren irgendwo die Alleinherrschaft, so dringen in diesem Zweig die schöpferisch Begabten nicht mehr durch, sie erscheinen den Technikern als Phantasten, die man

besser der Wissenschaft fernhält. Allmählich werden die aus der schöpferischen Zeit übernommenen Anregungen aufgebraucht, die Forschung gerät dann immer mehr in die Breite statt in die Tiefe, und die folgerecht durchgeführte Auslese des fleißigen Schülers und Handwerkers auf Kosten der selbständig Denkenden und Erdenkenden führt schließlich auch zum Sinken der für eine gute Technik nötigen Geistesstufe, zur Verflachung.« In einer solchen Verflachung glaubt Liebig die Chemie in Deutschland bereits erblicken zu müssen. »Auch die methodischen Fortschritte werden jetzt bereits der deutschen Chemie vom Ausland geliefert«, ruft er aus. Der Abschluß der schöpferischen Periode der deutschen Chemie fällt nach ihm zeitlich etwa mit dem Tod Justus von Liebig zusammen /1870/.

Um diese Auffassung als vollkommen falsch zu erkennen, braucht man gar nicht einmal auf die glanzvollen Leistungen August Wilhelm Hofmanns, Adolf von Baeyers, Emil Fischers hinzuweisen, bei der Gruppe der Alcaloidforschungen lassen sich Hunderte von Namen nennen, die das Urteil Liebigs Lügen strafen, angefangen von Knorr, der das Antipyrin synthetisch herstellte, bis herunter zu den jüngsten Arbeiten von Gaddamer und Berberin, so daß gerade der gegenwärtige Moment wohl der allerungeeignetste ist, um zu sagen, die Chemie in Deutschland befinde sich in Dekadenz.

× **Elemente** ×
Noch eins soll nicht unerwähnt bleiben. Hans von Liebig stellt seine Behauptung auf bei Gelegenheit einer Berichterstattung über neue Forschungen des Engländers Thomson, der bei der Analyse der Kanalstrahlen 2 neue merkwürdige Elemente entdeckt zu haben scheint. In den Kanalstrahlen handelt es sich nicht um Elektronen sondern um Massenteilchen von der Größenordnung der Atome und Moleküle. Ihren Namen haben sie davon erhalten, daß die Kathode, auf die sie treffen, mit einem oder mehreren sehr feinen Löchern durchbohrt ist, durch die sie wie durch Kanäle dringen und auf einer dahinter befindlichen photographischen Platte Wirkungen ausüben. Durch magnetische und elektrische Kräfte sind sie vom geraden Weg ablenkbar, und durch die Größe der Ablenkung im Verhältnis zur ablenkenden Kraft können Schlüsse auf die Masse der abgelenkten Teilchen gezogen werden. Auf dieser Grundlage hat Thomson

eine vollständige Methode der Analyse ausgearbeitet, die noch empfindlicher sein soll als selbst die Spektralanalyse, durch die bereits $\frac{1}{3000000}$ eines Milligramms eines Stoffes durch seine Linien im Spektrum nachgewiesen wird. In der Bestimmung des Atom- und Molekulargewichts ist die neue Methode den früheren ebenfalls überlegen, da Verunreinigungen hier nicht stören und schon $\frac{1}{100}$ Milligramm des Stoffes genügt, um die Bestimmung mit einer Genauigkeit von 1% durchzuführen.

Bei seinen Untersuchungen fand nun Thomson schon vor 5 Jahren einen Stoff vom Molekulargewicht 3, den er für eine besondere Modifikation des Wasserstoffs hielt und als H_2 bezeichnete. Er läßt diese Ansicht jetzt jedoch fallen, denn das Gas entwickelt sich bei Erhitzen und unter dem Einfluß von Kathodenstrahlen aus den verschiedensten Metallen, aber aus solchen mit Wasserstoff getränkten keineswegs reichlicher; ebensowenig ist es gelungen es auf irgendeinem chemischen Weg mit Sauerstoff zur Reaktion zu bringen. Thomson neigt daher der Annahme zu, daß es sich hier um ein neues Element handele. Doch will er noch die Ergebnisse weiterer Versuche abwarten. Das selbe gilt von einem zweiten Stoff mit dem Molekulargewicht 22, der unter den zuletzt verdampften Teilen flüssiger Luft aufgefunden wurde und stets mit Neon zusammen auftritt. Thomson hält es daher nicht für unmöglich, daß hier eine Wasserstoffverbindung des Neons vorliegt ($NeH_2 = 22$), obwohl Verbindungen der Edelgase mit Wasserstoff bis jetzt nicht bekannt sind.

Die Bedeutung der Thomsonschen Untersuchungen und Entdeckungen soll gewiß nicht unterschätzt werden. Aber gegenüber der Behauptung, »auch die methodischen Fortschritte werden jetzt bereits der deutschen Chemie vom Ausland geliefert«, gerade bei Gelegenheit der Berichterstattung über diese Versuche, muß doch hervorgehoben werden, daß die Entdeckung der Kanalstrahlen und die Ausarbeitung der Methoden ihrer Analyse im wesentlichen von deutschen Forschern herrühren. Entdeckt sind die Kanalstrahlen von Goldstein im Jahr 1886; ihre Ablenkbarkeit durch magnetische und elektrische Kräfte wurde 1898 von W. Wien nachgewiesen, der dadurch die Grundlage zur Kanalstrahlanalyse geschaffen hat. 1905 folgte die Entdeckung des Dopplereffekts an Kanalstrahlen durch J. Stark. Thomson begann seine Forschungen im Jahr 1907

und kam zunächst zu Resultaten, die mit den Ergebnissen Wiens in Widerspruch standen. Eine Reihe anderer Forscher bestätigte Wiens Resultate, die auch von Wien selbst mit gleichem Erfolg nachgeprüft wurden. Erst nach Erscheinen der letzten Untersuchungen von Wien im Jahr 1910 kam Thomson zur gleichen Auffassung über die Natur der Kanalstrahlen und bediente sich der sich daraus ergebenden Methoden, die also keineswegs als englische bezeichnet werden können. Erst auf Grund der von ausschließlich deutschen Forschern ausgearbeiteten Methoden ist Thomson zu seinen interessanten Entdeckungen gelangt.

× Kurze Chronik Vom 31. Juli bis zum 5. August tagte die internationale Solarunion in Bonn. Diese Vereinigung ist von dem amerikanischen Astronomen G. E. Hale ins Leben gerufen, um alle notwendigen Verabredungen zu gemeinsamer Arbeit speziell für die Probleme der Sonnenphysik zu treffen. Die vorige Tagung fand vor 3 Jahren in Kalifornien statt; die diesjährige Tagung war von 40 Deutschen und 60 Ausländern besucht. Die Verhandlungen der Union bestehen nicht in Vorträgen sondern in den Berichten der verschiedenen von der Union eingesetzten Kommissionen, an die sich gelegentlich Mitteilungen einzelner Forscher anschließen. × In den ersten Tagen des September wurde auf der nordamerikanischen Sternwarte Winchester von dem Astronomen Metcalf ein neuer Komet entdeckt, der 2. dieses Jahres. Seine Helligkeit war von der 10. Größe, so daß er auch in mittleren Fernrohren sichtbar ist. Wenige Tage später entdeckte der Astronom Neujmin auf der Simeis Sternwarte den 3. Kometen dieses Jahres, ebenfalls von der 10. Größe; seine Helligkeit nimmt jedoch rasch ab, da er bereits Ende Juli in seiner Sonnennähe war. × Am 19. Juli 1912 fand bei Holbrook im nordamerikanischen Staat Arizona ein großer Meteorsteinfall statt. Über ihn wurde jetzt eingehend in der Monatsschrift *Himmel und Erde* berichtet. Er dauerte etwa eine Minute, wobei 14000 Meteorsteine im Gesamtgewicht von 122 Kilo niederfielen. Die größten Steine wogen nur 6 Kilo, weitaus die meisten erreichten noch nicht Erbsengröße, sehr viele waren fast Meteorstaub. × Die Berliner Sternwarte, die von Berl'n nach Neubabelsberg verlegt worden ist, ist dort am 1. Juli in Funktion getreten.

× Am 3. August ist im chemischen Institut der Universität Breslau eine von der *Chemischen Gesellschaft* gestiftete Büste des bekannten Breslauer Chemikers Albert Ladenburg enthüllt worden. Ladenburg ist besonders durch seine Abhandlungen zur Geschichte der Chemie bekannt geworden.

× **Literatur** Der Vortrag Felix Auerbachs *Die Weltherrin und ihr Schatten* /Jena, G.

Fischer/ ist in 2. Auflage erschienen. Die Bedeutung des Energie- und des Entropiesatzes ist sehr anschaulich dargestellt; sehr interessant und anregend sind besonders die Abschnitte über die Grenzen, bis zu denen diese Fundamentalsätze der Physik Gültigkeit beanspruchen können. Leider findet sich in dem Buch eine Reihe sinnentstellender Druckfehler. × In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ist ein Büchlein von Dr. M. Centnerszwer erschienen, betitelt *Das Radium und die Radioaktivität*. In übersichtlicher und leichtverständlicher Weise wird dort unser Wissen vom Radium dargestellt, wobei auch die Umwandlungen gestreift werden, die dadurch in unseren naturwissenschaftlichen Anschauungen hervorgerufen worden sind. × *Chemische und Physikalische Plaudereien* für 10- bis 14jährige Schüler hat L. Wunder in *Dr. Bastian Schmidts Naturwissenschaftlicher Schülerbibliothek* /Leipzig, Teubner/ herausgegeben. Eine Reihe der einfachsten chemischen und physikalischen Begriffe und Vorgänge wird an der Hand leichter Versuche, zu deren Anstellung die Leser angeregt werden, anschaulich zu machen versucht, zum größten Teil in glücklicher, dem Verständnis der Leser angepaßter Weise. × In der *Bewegungslehre* von Volkman /Berlin, Huth/ ist irgendetwas exakt Wissenschaftliches nicht zu finden; das Büchlein enthält nur allgemeine Redensarten über alles Mögliche. × Die beiden kleinen Anzeigen der populären Bändchen von Marcuse und Erber, die das vorige Mal in diese Rundschau (in diesem Band, pag. 1213) hineingenommen wurden, stammen noch von der frühern Bearbeiterin dieser Rubrik, Dr. Frida Ichak, was auf ihren Wunsch hier gern mitgeteilt sei.

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Liebes- und Eheformen Der Sozialforscher Dr. F. Müller-Lyer hat soeben den 5. Band seiner Soziologie, der den Titel *Phasen der Liebe* führt,

herausgebracht /München, Langen/. Auch dieser Band zeugt wieder von dem feinen geschichtlichen Sinn und der gewandten volkstümlichen Darstellungsgabe des Autors. In der Entwicklungsgeschichte der Liebe unterscheidet Müller-Lyer 3 Epochen: die Epoche der primitiven Liebe, in der sich das Herdentier Mensch sexuell noch rein animalisch betätigt, die Epoche der »familialen Liebe«, in der der Familienbegriff und die Herrschaft des Mannes die Entfaltung der individuellen Liebe noch in engen Grenzen halten, und die Epoche der »personalen Liebe« mit dem individualisierten Mann und der differenzierten, sich zur Persönlichkeit entfaltenden Frau. Im engsten Zusammenhang mit den Phasen der Liebe betrachtet Müller-Lyer die historischen Eheformen. Aus der geschichtlichen Folge der Liebes- und Ehephasen erschließt sich unserm Forscher die Richtungslinie für die Gestaltung der Liebe und Ehe der Zukunft: Der gesetzlichen Zwangsehe folgt die freie Ehe. Eingehend erörtert er die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für den Bestand und die Festigung dieser Eheform. Hier springt natürlich in erster Linie die wirtschaftliche Verselbständigung der Frau ins Auge. Schon heute ist die Ausgestaltung der Familienhaushaltung aufs engste mit der Beschäftigung der Frau verknüpft. Müller-Lyer führt gegen eine verbreitete sozial rückständige Auffassung über die Stellung der Frau in der Gesellschaft den treffenden Anspruch Professor Hanns Dorns ins Gefecht: »Wer den Lebenskreis der Frau auf Kirche, Küche und Kinder einengen will, der beschränkt ihren Speisezettel auf Kartoffel, Knödel und Kaffee.« Die Liebes- und Ehefrage der Zukunft gewinnt bei Müller-Lyer dadurch eine entscheidende universelle Bedeutung, daß er sie unter dem Gesichtspunkt betrachtet: was leistet sie im Hinblick auf die Rassenverbesserung, auf die Erzeugung einer physisch und seelisch emporstrebenden Nachkommenschaft? Dieser Frage wird Müller-Lyer noch ein besonderes Werk in seiner Soziologie widmen. In einem sehr anregenden Kapitel der *Phasen der Liebe* untersucht Müller-Lyer die »Labilität der geschlechtlichen Sitten«. Er weist auf die Tatsache hin, daß bei nahe verwandten Völkern, die unter genau den selben Bedingungen leben, doch sehr verschiedene geschlechtliche Sitten herrschen, und er betont, daß diese Sitten mitunter einer »gewissen Labilität« unterworfen sind.

Sehr durchgreifende Wandlungen in der sexuellen Sittlichkeit vollzogen sich in Italien im 16. und in Frankreich im 18. Jahrhundert. Diese Wandlungen sucht Müller-Lyer aus der »Labilität der sekundären sexuellen Gefühle« zu erklären. Die primären animalischen Gefühle wurzeln nach seiner Ansicht in der »Tiefe des Biologischen«, sie sind in der »angeborenen Hirnstruktur« begründet. Die sekundären Triebe sind nicht angeboren »sondern angelernt. Und gerade so wie sie angelernt sind, so können sie auch unter Umständen abgelegt oder verändert werden«. Dieser Erklärungsversuch Dr. Müller-Lyers ist wissenschaftlich sehr beachtenswert. Ob er tatsächlich zutrifft, ergibt selbstverständlich erst die umständliche Erörterung eines konkreten plötzlichen sexuellen Sittenwandels mit allen den hierfür in Rechnung gezogenen wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Es ist ein Vorzug der Müller-Lyerschen Arbeiten, daß sie unsere Aufmerksamkeit auf viele soziologische Probleme richten und zu deren Lösung geistvoll anregen.

× Bakunin ×
 Ein dichter Kranz von Legenden hat sich um das Leben Bakunins gelegt, und erst der unendlich mühevollen Lebensarbeit eines Forschers wie Max Nettlau gelang die Beseitigung dieser schier maßlos wuchernden Histörchen und Fabeln über den großen russischen Revolutionär. Das umfangreiche Werk Nettlaus über Bakunin ist leider nur wenigen Historikern und Politikern zugänglich, und seine kleine instruktive Broschüre über diesen Tatmenschen hat nur geringe Verbreitung gefunden. Deshalb dürfen wir uns freuen, daß fast gleichzeitig aus der Feder zweier Sozialisten gründliche Arbeiten über diesen großen Zerstörer hervorgingen. Fritz Brupbacher liefert uns in seinem Werk *Marx und Bakunin* (München, Birk) einen interessanten Beitrag zur Geschichte der *Internationalen Arbeiterassoziation*. Der Uhrmacher des schweizerischen Jura, der Bakunins Ideen nicht nur durchdachte sondern mit seinem Herzen erlebte, ist bisher noch nie so anschaulich, mit solcher warmen Liebe und solchem großen Verständnis wie von Brupbacher geschildert worden. Aus der selbständigen wirtschaftlichen Situation des hausindustriellen Uhrmachers wird uns dessen stark ausgeprägter Individualismus und Föderalismus zum größten Teil klar. Wir verstehen gleichsam die Bodenständigkeit der anarchistischen

Idee in diesem Teil der Schweiz. Die revolutionäre Persönlichkeit Bakunins bringt uns Brupbacher in ihrer ganzen Elementarkraft zum Bewußtsein. Für das konzentrierte Wollen, für die zerstörende und schaffende Lust dieses Heros, den leider eine gewisse marxistische Legende in einen Herostratos wandelte, hat Brupbacher volles Verständnis. Weniger tief als Bakunin hat Brupbacher Karl Marx erfaßt. In dessen geistiger und moralischer Persönlichkeit unterstreicht er zu stark den Autoritär, von dem allerdings unser großer Theoretiker und Taktiker ein vollgerütteltes Maß in sich hatte. Für den kritischen Geist in Marx, der ja von sich selbst gesagt haben soll, daß er kein Marxist sei, hat Brupbacher kein Auge. Sicher tut dieser dem starken Selbstkritiker Marx unrecht, wenn er über ihn sagt: Jedermann, der an seinen ihm absolut gewordenen Wahrheiten zweifelt, ist ein Dummkopf, beschränkt, ungebildet oder noch am ehesten ein ganz durchtrieben schlechter Kerl, der diese Wahrheit nicht einsehen will, weil er irgendein abscheuliches Motiv hat.« Es ist gut, daß einmal auch das Allzumenschliche in der Person Karl Marx' enthüllt wird; denn nun begreifen wir manches in der Geschichte der Arbeiterbewegung, das uns vorher rätselhaft war. Aber mit dieser Enthüllung wird nicht das großzügige geistige Wesen Marx' zerstört. Im allerpersönlichsten Kleinkrieg, in der größten Misere arbeitet sein gigantischer Geist an der wissenschaftlichen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassen. Und da vollbringt er das Werk, das den revolutionären Bakunismus überwinden sollte, da verschafft er uns den tiefen Einblick in den Zusammenhang der ökonomisch-sozialen Welt von heute und der von morgen, da würdigt er real Dinge und Menschen, die Bakunin nur phantastisch verzerrt sehen konnte. Das Sprunghafte, Gewaltsame in seiner Natur übertrug eben der Russe sofort in die Menschen und Verhältnisse seiner Zeit. Der Mensch und der Revolutionär fielen in den Augen Bakunins zusammen, und umsturzgeladen, katastrophenschwanger war nach dem revolutionären Russen das ganze gesellschaftliche Milieu. Der revolutionäre Funke eines kleinen Putsches konnte schon die erschütterndsten sozialen Schlagwetter zur Entladung bringen. Das war ein Grundgedanke der Bakuninschen Welt- und Lebensanschauung, und man versteht daher, daß ihn eine energielähmende Schwermut befällt, als er bei

dem Scheitern des Lyoner Aufstands im September 1870 den wirklichen Menschen entdeckt: den von kleinbürgerlichen Ideen und Gefühlen beherrschten Franzosen. »Er [Bakunin] hatte erwartet«, so schreibt Brupbacher, »das Volk werde aufstehen und sich gegen die neue Regierung nicht minder wehren als gegen die preußischen Regierungssoldaten. Als dies nicht geschehen, sagte er dem Gedanken an eine nahe Revolution Lebewohl und sah vor sich, vor Europa eine Zeit schwerster militärischer und bürokratischer Reaktion, die vielleicht Jahrzehnte dauern würde. Mit seinem Glauben schwand auch das Gefühl der Sicherheit und Kraft.« Zwischen den unglücklichen Menschen der Gegenwart und seine glückselige Zukunft schiebt sich nach Bakunin die Unfreiheit, die ökonomische und seelische. Sprengt sie der Mensch gewaltsam hinweg, dann kann er sofort in freien, zwanglosen Gruppen und Assoziationen sein Leben harmonisch, glückselig gestalten. Das Freiheitsmoment wertet Bakunin für die kollektivistische Organisation der Gesellschaft ganz anders als Marx. Marx macht diese Organisation direkt von einem gewissen Reifegrad der wirtschaftlichen Arbeit abhängig, und es verliert sich sein Blick nicht in das Unbestimmte, Nebelhafte eines allgemeinen Freiheitsbegriffs, sondern er wendet sich der historisch begrenzten, der schon in der Gegenwart werdenden Freiheit zu. Gegen das allgemeine, verschwommene, anarchistische Freiheitsprogramm Bakunins muß sich mit Elementarkraft die Marxsche historische Auffassung aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen auflehnen. Handelt es sich doch nach Marx in der Menschheitsgeschichte stets nur um die Verwirklichung einer bestimmten Form der Gesellschaft, um das Werden eines bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Freiheitsbegriffs. Der Sozialismus ist ihm keine absolute Form der Gesellschaft, nein, er unterscheidet besondere historische Gestaltungen des Sozialismus. Die sofort gegebene, absolute Form einer zwanglosen, herrschaftslosen, anarchistischen Gesellschaft ist ihm eine Utopie. Brupbacher trifft den historisch-ökonomischen Grundgedanken der politischen Taktik des Karl Marx ganz zutreffend, wenn er ausführt, daß Marx an die allgemeinsten Forderungen der Arbeiterschaft und weitester Schichten der Arbeiterschaft anknüpfte. Das Programm der Bakuninschen anarchistischen Allianz sei nach Marx nur imstande »eine kleine Gruppe,

eine Sekte von Menschen um sich zu gruppieren. Marx wollte in erster Linie mit der gegebenen Psyche der Arbeiterschaft das bestehende ökonomische System bekämpfen; Bakunin schien sie nach dem Programm der Allianz der sozialen Demokratie unverhüllt und geradeaus zur absoluten Freiheit, zur Vermittlung aller Widerstände und zur Bildung einer neuen Gesellschaft führen zu wollen.« Brupbacher vermittelt uns in seiner Geschichte der *Internationalen Arbeiterassoziation* die Bekanntschaft der selbstlosen, vornehm gerichteten Persönlichkeit Guillaumes, der zu dem Schlag der Edelmenschen Reclus, Krapotkin gehört. Tief im Wesen dieser Charaktere liegt die anarchistische Weltanschauung eingebettet. Jeder, der den Anarchismus, die ökonomischen und seelischen Grundlagen dieses sozialen Systems (wenn man von einem solchen reden kann) gründlich studieren will, darf an Brupbachers Werk *Marx und Bakunin* nicht vorübergehen.

Ein Lebensbild Michael Bakunins will Georg Steklow in seinem *Michael Bakunin* /Stuttgart, Dietz/ entwerfen, und das ist ihm wohl gelungen. Die Brupbachersche Darstellung der Persönlichkeit Bakunins ergänzt Steklow noch durch manchen individuellen, charakteristischen Zug. Das Bezwingende, Erobernde, was aus dem Wesen Bakunins bei seinen Gesprächen, bei seinen Handlungen hervorbricht, spricht sich in zahlreichen Aufzeichnungen und Briefen seiner Freunde und Anhänger aus. So begegnet Bakunin in Florenz dem Professor des Sanskrits Gubernatis, der sich anfänglich mit ganzer Energie gegen die anarchistischen Ideen und Pläne dieses großen Menschenfischers aufzulehnen sucht. Bakunin zwingt ihn in den Bann seiner Gedanken, und Gubernatis verläßt sofort den Staatsdienst. Gubernatis schreibt: »Die neuen Gedanken hatten mein Gehirn so aufgeregt, daß ich nicht liegen konnte. Ich verließ das Bett, ging in schrecklicher Aufregung in meinen Zimmern auf und ab, die mir infolge der neuen Begeisterung, die sich meiner bemächtigt hatte, zu eng wurden; ich verdammte die Abscheulichkeit und Nutzlosigkeit meines frühern Lebens und sagte laut zu mir selbst, daß es noch abscheulicher wäre, wollte ich mit meinen republikanischen, ja revolutionären Gefühlen noch eine Stunde länger in meinem öffentlichen Amt verbleiben.« Der große Kritiker Bjelinakij schreibt, von der überwältigenden Persönlichkeit

des 24- bis 25jährigen Bakunin völlig ergriffen, an diesen: »In meinen Augen bist Du jetzt nichts anderes als ein Ausdruck chaotischen Gärens der Elemente. Dein Ich strebt sich herauszuarbeiten, und zwar in riesenhaften Formen. Dieser seelische Vorgang ist für Dich schmerzhaft: in ihm vollzieht sich die Zerstörung zum Schaffen, die Fäulnis zu neuer Fruchtbarkeit.« Die Größen der russischen Literatur, Turgenjew und Herzen, wurden von dem Revolutionär, dem die »Lust der Zerstörung« zugleich »schaffende Lust« war, oft in Bahnen gedrängt, in die sie ihrer ganzen innern Veranlagung nach nicht hineingehörten. Die Geschichte Bakunins als des großen Organisators der acht- und neunundvierziger Volksaufstände ist bekannt genug, als daß sie hier nochmals erzählt zu werden braucht. Die entsetzlichen Leiden des 3mal zum Tod verurteilten Bakunins in den Gefängnissen dämpften dessen Feuerseele nicht. Schon auf seiner abenteuerlichen Flucht nach London konspirierte er wieder gegen die Machthaber, denen er erst soeben entronnen war. Er blickte, wie Herzen einmal treffend sagte, »nur auf das entfernte Ziel und nahm den 2. Monat der Schwangerschaft für den 9.« Obwohl Bakunin nur der Revolution lebte, entging er nicht der Verleumdung ein bezahltes Werkzeug des reaktionären Rußlands zu sein. Es ist erfreulich, daß Steklow die Verleumder Bakunins brandmarkt. Den großen Ringkampf zwischen Marx und Bakunin lehrt uns Steklow aus den Weltanschauungsgegensätzen beider revolutionären Theoretiker und Taktiker verstehen. Im 8. Kapitel zergliedert er scharf die sozialen und antistaatlichen Ideen Bakunins, und aus dieser Analyse erkennen wir deutlich, daß ein Abgrund zwischen den theoretischen und taktischen Gedanken Marx' und Bakunins klappte. Der umfassende Geist Karl Marx' hat vor der Geschichte recht behalten, er hat der Arbeiterklasse in Wahrheit den Weg gewiesen. Aber auch der subjektive Glaube Bakunins verdient ihren Dank, den sie um so bereitwilliger abstaten kann als die Zeit der erbitterten Gegensätze, in der man Stellung für den einen und gegen den andern nehmen mußte, lange vorbei ist. Mit Recht schließt Steklow seine interessante Skizze über Bakunin mit den Worten: »Das Proletariat errichtet keine Altäre, aber ein dankbares Andenken im Herzen der Arbeiterklasse hat Bakunin zweifellos verdient.«

X

Proletarische Kulturarbeit In den letzten Dezennien ist die deutsche Literatur in dankenswerter Weise durch Dokumente des Seelenlebens deutscher Proletarier bereichert worden. Durchweg bewiesen uns die Bekenntnisbücher dieser Proletarier, daß das Allgemeinmenschliche dem proletarischen Klassenmenschen tief im Blut und in der Seele sitzt. Verhältnismäßig spät ging ihnen das Verständnis für die Besonderheit ihrer Klassenforderungen auf. Jüngst hat nun Nikolaus Welter unter dem Titel *Franz Bergg, ein Proletarierleben* /Frankfurt, *Neuer Frankfurter Verlag*/ die Erinnerungen eines Proletariers, eines innerlich reichen Menschen herausgegeben, der mit dem kämpfenden Großstadtproletariat schon in seiner frühen Jugend verknüpft ist. In Hamburg wird der junge Bergg als Zigarrenmacher früh in der Ideen- und Gedankenwelt des Hamburger Proletariats heimisch. Der 18jährige Zigarrenmacher, im Bildungsverein, in der Werkstatt, in der Versammlung zum Sozialdemokraten erzogen, nimmt bereits an der sozialdemokratischen Werbearbeit bei der Reichstagswahl 1884 lebhaften Anteil. Aber Hand in Hand mit der sozialdemokratischen Schulung läuft bei diesem Proletarier das intensivste Studium der deutschen klassischen Literatur, der alten und neuen Geschichte. An dem geistigen Werden Franz Berggs tritt uns einmal wieder die ganze Größe der Kulturarbeit ins Bewußtsein, die jahraus jahrein die deutsche Partei an einer aufstrebenden Gesellschaftsklasse vollbringt. Und diese menschen-erziehende Sozialdemokratie ist in den Studienjahren unseres jungen Zigarrenmachers noch eine brutal gehetzte, mit den Skorpionen eines Ausnahmegesetzes gezüchtigte Partei. Das wird die künftige Geschichtsschreibung als eine kulturhistorische Großtat der Sozialdemokratie werten müssen. Die Partei stattete den jungen Bergg mit so viel innerer und äußerer Bildung aus, daß er geistig über seine soziale Klasse hinauswächst. Als ein vollwertiger Kulturmensch erlebt dieser Mann Paris, und als er nach einer leidensreichen Geschichte der Irrungen und Wirrungen sein Vaterland wieder betritt, da kann er sich als gewandter Literat, als wirklicher Erzieher der Massen betätigen. Die Aufzeichnungen Berggs haben literarischen Stil. Es sind nicht mehr die unmittelbaren Niederschläge starker Empfindungen und Gedanken eines primitiven proletarischen Menschen. Natürlich hat das seine Vor-

X

teile und Nachteile. Etwas künstlich zu rechtgemacht präsentieren sich zum Beispiel viele *Erinnerungen* dieses literarischen Proletariats, so seine Erzählungen über seine jugendlichen Liebesabenteuer und über seine militärische Dienstzeit. In seinen temperamentvollen Kundgebungen kommt dann und wann noch der urwüchsige Proletarier zum Ausdruck, aber im allgemeinen sind diese schon durch seine literarische Erziehung wesentlich gedämpft. Es ist bezeichnend, daß elementar durchbrechende revolutionäre Gefühle auch in diesem Zigarrenarbeiter nicht eingewurzelt sind. Der Typus des Revolutionärs scheint überhaupt (das spricht sich deutlich in den bisher veröffentlichten Arbeiten aus) nur sehr sporadisch in der proletarischen Klasse Deutschlands vertreten zu sein. Vielleicht stirbt aber dieser Typus mit den bürgerlichen Umwälzungen überhaupt ab? In der Pariser Kommune wirkt sich zum Teil noch der revolutionäre Kleinbürger und Intellektuelle aus. Seit der Kommune erleben wir in allen Kulturländern wohl ein grandioses Wachstum des Proletariats, einen bewundernswerten kulturellen Aufstieg dieser Klasse, aber nirgends große proletarische Massenaufstände. Das kulturlose Rußland zeugt nicht etwa gegen sondern für diese Ansicht. Und selbst die französische Kommunebewegung, die Geschichte des Lyoner Aufstands entmutigte den wirklichen Revolutionär Bakunin schon in geradezu erschütternder Weise. Sollte nicht vielleicht ein fester Kern Wahrheit in der Beobachtung Bakunins stecken, daß gewaltsame Revolutionen für einen geraumen Zeitabschnitt nicht mehr in Frage kämen? Neue Kampfmethoden scheinen sich im Kulturleben der Menschheit durchzusetzen. Die proletarische Massenbewegung, die proletarische Organisation, die proletarische Presse, die friedliche Eroberung politischer Machtpositionen: alle diese Momente haben frühere Kampfmethoden und Menschentypen vielleicht völlig geändert.

× ×
Kurze Chronik Am 17. Oktober wurde der 100jährige Geburtstag des genialen Georg Büchner in zahlreichen deutschen Städten festlich begangen. In der Geschichte des Sozialismus nimmt die packende Flugschrift Büchners *Der hessische Landbote* eine hervorragende Stellung ein. Eine eigenartige realistisch-historische Auffassung der großen französischen Re-

volution offenbart sein gewaltiges Drama *Dantons Tod*. × Die lebendig geschriebene Geschichte Leo Blochs *Soziale Kämpfe im alten Rom*, auf die in dieser Rundschau (1909, 1. Band, pag. 197) schon einmal hingewiesen wurde, ist jetzt in 3. Auflage in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* erschienen. × In der gleichen Sammlung gab Professor Otto Richter eine instructive Führung durch Rom unter dem Titel *Das alte Rom* heraus, die es dem Romreisenden ermöglichen soll sich ohne topographische Fachstudien durch Rom hindurchzufinden. Die kurze Entwicklungs- und Zerstörungsgeschichte Roms, die Professor Richter gibt, dürfte allgemein und nicht nur die Romsucher interessieren. Auf 16 Tafeln ist ein treffliches Bildermaterial über Rom zusammengestellt. Einen willkommenen Anhang der Richterschen Arbeit bilden die Pläne Roms.

× **Literatur** Von der 2. Auflage ×
 der Helmoltschen Weltgeschichte ist jetzt der 1. Band erschienen /Leipzig, *Bibliographisches Institut*/. Der Herausgeber, der Dresdener Landtagsbibliothekar Dr. Armin Tille, hat im allgemeinen das Programm Helmolts übernommen und nach ethnographischen Gesichtspunkten die Weltgeschichte gruppiert. Allerdings setzt seine Weltgeschichte im Anschluß an die übliche Auffassung mit der Geschichte Ostasiens ein. Die Einleitung des 10 Bände umspannenden Geschichtswerks bildet ein kurzer Überblick über die Geschichte der Weltgeschichtsschreibung von Dr. Armin Tille. Der Verfasser skizziert mit einigen festen Strichen die Geschichtsauffassung des Mittelalters, die allgemeine Geschichte unter dem Einfluß des Humanismus, die philosophische Weltgeschichtsschreibung, die Weltgeschichte auf geographischer Grundlage (K. Ritter, Fr. Ratzel, Helmolts), die Universalgeschichte (K. Lamprecht). Es ist bedauerlich, daß Dr. Armin Tille an dem großzügigen Versuch Friedrich Engels' die Weltgeschichte auf einer ökonomischen Grundlage aufzubauen vorübergegangen ist. In der Engelsschen Schrift *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* rollt sich auf nicht einmal 200 Seiten die gewaltige Entwicklungsgeschichte der Menschheit ab. In dem 1. Band der Helmoltschen Geschichte behandelt Professor Dr. Joh. Ranke die Vorgeschichte der Menschheit, der wirkliche Geheimrat von Brandt die Ge-

schichte Chinas, Japans und Koreas, Dr. Heinrich Schurtz die Geschichte Hochasiens und Sibiriens, Professor E. Schmidt die Geschichte Indiens und Indonesiens (neu bearbeitet von Professor Richard Schmidt und Dr. Victor Hantzsch). Der 1. Band schließt mit einer kurzen instruktiven Abhandlung Dr. Karl Weules über die geschichtliche Bedeutung des Indischen Ozeans (bearbeitet von dem Oberlehrer Karl Wegerdt). × Eine *Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen* hat der Geheime Regierungsrat Gustav Lambeck (Berlin) in Verbindung mit Professor F. Kurze (Berlin) und Dr. P. Rühlmann, Oberlehrer in Leipzig, herausgegeben /Leipzig, Teubner/. Durch die Quellenbenutzung im Geschichtsunterricht wollen die Herausgeber die »lebendige Mitarbeit der Schüler« ermöglichen und zum historischen Denken, zum historischen Urteil und damit zum politischen Denken und zum politischen Urteil erziehen. Bei der Auswahl der historischen Quellen für die griechische Geschichte (mit Einschluß des Hellenismus) haben die Herausgeber im allgemeinen eine geschickte Hand bewiesen; dagegen griffen sie bei der Auswahl der Geschichtsdokumente der neuen und neuesten Zeit vielfach daneben. Das Material, das zum Beispiel der Geheimrat Gustav Lambeck zur Charakteristik der Demagogenverfolgungen anführt, ist äußerst dürftig und absolut nicht charakteristisch für die teuflische Bosheit der Demagogenverfolger, die sie selbst Patrioten wie Arndt, Jahn, vom Stein, Schleiermacher gegenüber bewiesen. Über die achtundvierziger Märzrevolution wird als *Quelle* nur der Aufruf Friedrich Wilhelms IV. *An meine lieben Berliner* wiedergegeben. Über die preußische Konterrevolution, die Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts finden wir keine Zeile. In dem Heftchen Lambecks über die Stein-Hardenbergschen Reformen vermissen wir wichtige Dokumente über die preußischen Agrarzustände vor dieser Reform. Diese waren doch leicht dem klassischen, auf Archivstudien basierenden Werk Professor Knapps *Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter* zu entnehmen. Warum zog Geheimrat Lambeck nicht die anschauliche Schilderung des Patrioten Ernst Moritz Arndt über die bäuerlichen Zustände in Vorpommern und Rügen heran (*Erinnerungen aus dem äußern Leben*)? Die wichtigste Urkunde zur Kennzeichnung der preußischen Agrargesetzgebung, die Deklaration vom 29. Mai 1816, die den

Bauernschutz beseitigte und zur massenhaften Vernichtung von Kleinbauern führte, ist von ihm mit keinem Wort erwähnt. Durch eine einseitige Auswahl von geschichtlichen Dokumenten (das müssen sich die Herausgeber dieser Geschichtsquellen doch sagen) erziehen sie nicht, sondern verziehen sie historisch und politisch die Schüler.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Lyrik Die jungen Lyriker rebellieren noch heftiger als einmal Arno Holz. Aber es ist nicht mehr der Vers allein, dessen Eintönigkeit sie betrübt. Es ist keineswegs mehr der matte, nur aus der Not, nicht aus der Eingebung kommende Reim, den sie abscheulich finden. Sie streiten es überhaupt ab, daß unsere lyrischen Dichter bisher zu den Dingen der Natur und der Menschheit das richtige, das tiefe, das bewältigende Temperament getragen haben. Nach der gewöhnlichen Meinung ist das Werk des Lyrikers etwa so zu formulieren: Er mißt sich selber, seine Gedanken, vor allem sein Gefühl an aller geschaffenen Kreatur. Daher das sehr Persönliche, das Gefährliche der Lyrik, daher auch der Zwang des Lyrikers wie ein Komödiant durch schönen Klang des Wortes die fremde Seele anzulocken. Aber die Menschen ähneln sich doch so sehr. Es ähneln sich eben auch die Lyriker darum. Sie borgen sich ihre Visionen, ihre Gleichklänge. Was der Reichtum eines starken Originals war, wird zu leicht, zu bald die Äfferei von hundert Schwachen. Wenn deshalb gegen den Reim und gegen den überlieferten Rhythmus gekämpft wird, so ist das nur ein halber Kampf, das meinen die Jüngsten. Die Sorgen der Lyriker dürfen nicht Sorgen um das Wort, um die Form, um das Metrum sein. Wort, Form, Metrum sind doch nur Eigenschaften, die aus lebendigen Schöpfungen, etwa aus dem Menschen, aus dem Vieh des Feldes, aus dem Sonnenaufgang, aus dem Lärmen der Fabrik, aus dem Rauchen der Schornsteine, abzulesen sind. Leset also die Welt mit weniger Gewöhnlichkeit, mit größerer Genauigkeit, mit schwererer Inbrunst. Dann wird alle diese Welt euch Formen und Wortmaße schenken, die ganz anders sind als das bisher Gefundene. Die Revolution ist heftig. Verlangt sie doch eine schärfere Aufrichtigkeit des

lyrischen Dichters, eine Läuterung, besser noch eine gewaltsame Erlösung aus dem bisher schon an lyrischer Poesie Gedruckten. Es wird gefordert, daß der Lyriker sich hinopfert, daß er nicht mit Voreingenommenheit, mit Ironie oder Weisheit in die Welt eintritt. Nein, kindisch, ungelehrt, nur neugierig, nur fleißig im unverbildeten Nachfühlen soll der Lyriker unserer Gegenwart sein. Ein Kind soll er sein; in Wirklichkeit heißt das: er soll der reinsten Künstler sein, die Tafel, fähig die zartesten Eindrücke zu empfangen. Sechs der Jungen schlossen einen Bund zu einem Buch, und als Namen für den Lyrikband schrieben sie *Fanale* /Heidelberg, Saturnverlag/. Angriff und Versprechen, Hochmut auch nur und bloßes Prahlen. R. M. Cahén vernachlässigt nicht allein die Logik. Was würde das schaden, wenn er jenseits des Logischen die mächtige Vision entdeckt hätte? Ein Feind des abgenutzten Reims ist er, und er ist doch oft ein Sklave des gleichen Reims. Trotzdem birgt sich in seinem Talent das Versprechen zum Besserwerden, ein Zeichen, daß er an die Erfüllung seines Wunsches wohl gelangen könnte. Wenn er dichtet, daß ein Gefängnis am Weg kauert wie aufgerissenes Fleisch, so ist das ein mit neuen Augen ersehene Bild, nur ist der Künstler noch zu ungeduldig, um es nachzumalen. Er ist gleich einem zeichnenden Hottentotten, der sich einen Baum denkt, aber nur einen gebogenen Zweig hinkritzelt. Wohl kann das Gefängnis den Eindruck des kauernenden Wesens bringen, wohl können die roten Ziegel wie wundes, geschundenes Fleisch erscheinen. Aber die leichte Sprache ist ein schwieriges Kunstmaterial, dessen Cahén eben noch nicht Herr werden durfte. Bescheiden wir uns. Das Ungeschickte, aus einem ursprünglichen Gemüt Herastammende ist doch wertvoller als die gerundete Arbeit des Flachkopfs. Nun ist noch auffällig, daß die Sechs, die diese Fanale anzündeten, sich geradezu ins Grausige, ins Düstere, ins Bittere verbeißen, so als wenn auf der Erde niemals die Sonne und das Glück zu finden seien. Hier sind die jungen Brüder beinahe von einer Zwangsvorstellung festgehalten. Sie reden sich ein, daß sie ihrer Lehre genau folgen und ohne Vorurteil sehen, daß sie nicht ihren pessimistischen Eigenwillen an der Erde messen. Doch der Hang zum Trüben ist vielleicht erträglicher als die

ewige Hüpferei in unbedachter Heiterkeit. Ein tragischer Ton fällt in die Lyrik der Fanale. Cahén schickt sich an einen ganzen Zyklus von Irrenhauseren zu dichten.

»Da sind die wehen Irren vom Entbehren
Des Mannes und sind die Tollen vom Zuvielgewähren
Der Wollust, die ihr Hirn und Sein hat ausgeleckt
Wie Wasser Stein. Da sind die Mütter, die ein Tier
hat jäh geschreckt
Vor der Geburt, die heulen nachts, wie jenes Tier,
das sie versehren
Wollte.«

Lyrik des milden Mannes ist das nicht, eher Vagabundenstimmung. Und doch wird man angezogen. Man vermutet, man erhofft Gesundung der noch sehr ungeläuterten Herzen. Paul Meyer sagt, daß er in den Schamteil der Seele kriechen, daß er rüchelnde Reime aneinanderreihen wolle. Da spricht so viel Verstiegenheit, daß dem Zuhörer bang wird. Und trotzdem kann er feststellen, daß auch Paul Zech aus dieser Jungengruppe hervorging. Zech möge die anderen erziehen, und solches Beispiel muß Gutes wirken. Denn dieser Poet ist nahe zu dem gelangt, was er, nach dem Umsturz des Abgebrauchten, neu erdichten wollte. Nicht immer, doch schon in mancher sorgfältig geschriebenen Strophe hat er die Sprache vollkommen erobert. Was er mit sehr feinen Nerven begriff, sagt er dann sehr deutlich aus. Und die Schlichtheit der Satzfügung und des Reims wird ganz natürlich. Das *Gardineweberdorf* beginnt zum Beispiel so:

»Menschen, die in diesem langgestreckten Tale
Ganz von Bergen eingeschachtelt und vom Wald,
Friedsam wohnen, lächeln selten und sind kalt
In Gesprächen und sind stumm beim Abendmahle.«

Einer von den braven Poeten ist Will Vesper. Er taufte seinen Gedichtband *Die Liebesmesse* /München, Beck/. Doch versteckt sich nichts Arges hinter dem Namen. Es ist wohlgeremte Moral und eine gewisse Leichtigkeit im Vermeiden des allzu Banalen. Die Leichtigkeit, die gute Laune, der unverwüstliche Optimismus Vespers, das sind sehr lebenswürdige Tugenden. Der fröhliche Dichter denkt sich das Poetisieren so, daß ihm ein singender Vogel förmlich die Reime in die Feder zwitschert. Seine Lyrik ist nicht die Arbeit eines Dilettanten sondern eines sehr gebildeten Nachahmers flüssiger Stile. Warum nennt sich der Verfasser des philosophisch-lyrischen Buches *De profundis* /München, Piper/ nicht? Er ist voller Gedanken, und es

muß ihm zugestanden werden, daß er zu einer moralischen und metaphysischen Höhe hinaufklettert. Aber der Weg von der Abstraktion des Gedankens bis zur Symbolik der poetischen Metapher ist weit und hart.

Sinnlicher, der Askese fern und aufrichtig zum Beichten bemüht, dichtet Emil Lucka das *Buch der Liebe* /Wien, *Deutsch-Österreichischer Verlag*/. Ihm ist die Frühlingsnacht blau, der Morgen blütenweiß, er singt ein Lied »süß und traumvergessen«, eine Melodie »silberleise«. Er sieht das Glück golden und die Blumen schimmernd. Obwohl er also mit den Augen von tausend Lyrikern guckt, lebt in ihm ein achtungswürdiges Troubadourtum. Es gelingt ihm auch in einem seltenen Moment all die dichtenden Vorfahren zu vergessen, und dann sagt er, daß der Sturm die Bäume würgt. Um dieses Bildes willen sei ihm manche Platitude verziehen.

Zahlreiche solcher segenbringenden Augenblicke wurden Bruno Frank gewährt. *Die Schatten der Dinge* heißt sein Lyrikbuch /München, Langen/. Er dichtet *Freie Bahn*:

»Nun liegt es schweigend, das uns trennt, das Land,
Am Tage ballt sich Lärm und Leid und Lüge
Trüb zwischen uns wie eine Wolkenwand —
Nun aber, da ich lang genug gewacht,
Hör ich zum Lohne deine Atemzüge
Geliebte durch die menschenleere Nacht.

Innigkeit, kein Gefühl, das erzwingen wird, und vielleicht darum eigene Worte und Wendungen. Er nimmt das Zusammenschmiegen der Ahornblätter wahr und verwundert sich hierbei, wie die Seelen der Menschen immer von einander streben. Sein bestes Bild ist jedoch das Symbol vom Unglück. Als einen Kriegsknecht stellt er es dar. Der Unhold schlägt die Türen ein mit Säbelknauf und Reiterstiefeln.

Leidenschaftlicher fühlt Alfons Petzold; er ist verbitterter, er hat sich schärfer und kritischer ins Menschenelend vertieft. Er begibt sich darum auch der nur persönlichen Bekenntnislyrik und will eher erziehen als rühren. *Heimat Welt* ist sein Ruf /Wien, Brand/. Fabeln von der Not und der Barmherzigkeit erzählt er in lyrischem Pathos. Wird er fröhlicher, dann wird er einer von den vielen Schülern Geibels. »Jungblanke, blumenfrische Kellnerinnen« besingt er dann. Er ist aber ein Österreicher, und so hat sich in seinen Ton auch die Elegieannote der Jungwiener eingeschlichen.

Da bei Frauendichtungen häufig gewaltsame Unzweideutigkeit Kunstmittel sein soll, ermuntert das nach Abklärung trachtende Temperament Melanie Ebhardts zum Aufhorchen (*Gedichte* /Berlin, Fleischel/). Aber viel Philologisches wirkt in dieser Frau nach. Ihre Wendungen zeigen deutlich auf mittelalterliche Modelle. In dem Dichten der genialen Droste-Hülshoff ist das Nachmalen der Natur, das Suchen der kleinen Anmut oder Hoheit im Gras, Gestein und Wasser die unbewußte dichterische Regung. Melanie Ebhardt erinnert sich der Freude, die so der westfälischen Meisterin zufließt, und sie ahmt auch diesen kostbaren Stil nach. Das ist freilich nur ein literarischer Versuch, noch kein frei entfaltetes poetisches Spiel.

Viel Talent und Innigkeit verrät Salomon D. Steinbergs Gedichtband *Die blaue Stunde* /Berlin, Juncker/. Auf diesen sehr begabten Dichter wird man acht geben müssen. Der Erstlingsband ist ein großes Versprechen.

Kälter, doch sehr geschult zur Sorgfalt der Form, ist Peter Asam. Er bringt, auch bei Juncker in Berlin, sein *Füllhorn sommerlicher Nächte*.

×

Romane

Der Plan der Dichterin Henriette Riemann umfaßte ein die Neugier anstachelndes Symbol. Der Name des Menschen ist gewiß ein Zufall. Die Eltern taufen nach Eitelkeit, nach Gefühlsinnigkeit, oft auch dem Spiel der Trunkenheit folgend, ihr Kind. Aber es geschieht nicht selten, daß die Träger des Namens ganz merkwürdig dem ursprünglichen Helden des gleichen Namens ähnlich werden, daß sie mit Gewalt sich dem Helden ähnlich machen. Der Seelenarzt kennt diese Erscheinung schon sehr lange, er weiß, daß sie sich bis zur Tollheit steigern kann. Die Tollheit führt den Menschen zur Größe oder auch ins Narrenhaus. Wer Cäsar getauft wurde, verfiel selten der gewöhnlichen Alltäglichkeit. Er wurde ein ganzer Kerl oder ein Schuft. Und nun gar ein Menschenkind, das von seinem Vater Pierrot geheißen ward, weil es wirklich zur Zeit des verpuderten Gesichts und der Schellenkappe und der Pluderhosen, zur Zeit des Karnevals auf die Welt kam? Solch Kind Pierrot beschreibt Henriette Riemann. Pierrot, der einen Pfarrer zum Vater hat, soll ein Bauer werden. Denn sein Vater hat auch den langen Priesterrock einmal ausgezogen, um in den

kurzen Bauernkittel zu schlüpfen. Pierrot macht sich nun auch eine Spannlang um die Kühe und die Gäule und das kleine Vieh und die Dorfmadchen verdient. Doch in ihm liegt der Name, über ihm wirkt und regiert der Name. Es ist ihm ins Blut gesenkt, es ist ihm vom Schicksal eingetränkt, daß er weit Feineres erreichen muß. Er ist zwar der beste Schütze, aber der Meisterschuß ist nicht sein Glück. Sein Glück findet er, geführt durch die Phantasie, verleitet durch die weitschweifende Begehrlichkeit des allerliebsten Hanswurstes, in den reifen Feldern. Und die Gräfin, die er dorten erwirbt, das sehr junge und adlige, wunderschöne Geschöpf, mit dem er es den Eheleuten nachtut, aber unter freiem Sommerhimmel, verflüchtigt sich. Sie hatte wohl dort unter den Halmen sehr festhaltende Gliedmaßen. Doch ist sie bald nur ein Traum, eine Sehnsucht geworden, ein Stern, so möchten frömmere und mehr abergläubische Menschen behaupten. Wie Pierrot bald darauf den Pflug wegstellt und die Follanten ergreift und nicht mehr in die Furchen des Ackers träumt sondern in den Falten des Menschenleibs als ein gelehrter Arzt studiert, wandeln ernste und eindrucksvolle Dinge das Karnevalskind. Er gerät in sonst verschlossene Kreise, zu verborgenen Menschen, die sich in wundervollen Geheimhäusern ihr Leben aufbauen. Durchsichtiges Porzellan auf den Tischen und sehr gebrechliche Herzen von halben Diplomaten und halben Künstlern, die Dekadenz der Dilettanten, Schuffe und unglaublich sinnliche Frauen, das sieht er alles, das erprobt er, berührt er alles. Wäre er nicht Pierrot, ließe sich nicht aus seinem Namen ein schriller Warnungsklang formen: Pierrot! Pierrot! Das heißt, keine Welt, kein Aufenthalt, nicht die Nistung in der reingeistigen Freude, nicht der verlotternde Schmelz der körperlichen Üppigkeit dürfen ewig dein Teil an der Lebensmannigfaltigkeit sein. Ewig Wandelbarer, zur Maskentändelei Verurteilter, Pierrot, Pierrot. Und nach so viel Veränderungen bleibt immer noch der Stern, die adlige Geliebte, die seine erste war, sein festes Schicksal unter all den gleitenden. Er sucht den Stern, da er ihn plötzlich wittert, weithin ihn locken sieht, da er flüchten will aus der Schlinge der Narrenkleider, die ihn schnüren und das Wesen seines Gemüts schmälern. Und hierbei, als er sucht, als er fahndet, er, der zu vielen Truggestalten Berufene, verirrt er sich, wird

er gebannt, wird er an einen Untergang verkettet, an einen Tod, wird er von der Macht des Winters begraben und dem sicher und still erstickenden Schnee, der aus den Himmelswolken flackerte. Ja, so endet Pierrot. Eigentlich müßte er, dürfte er gar nicht enden, wenn die Symbolik seines Namens durch Wirklichkeit zu beweisen stände. Aber die Verfasserin dämmt ihre Phantasie, sie wirft den Wall auf, der ihr einen Schluß gestattet. Sie taufte den großen Rätselvollen ihres Buches den *Pierrot im Schnee* /Berlin, Reiß/. Täuschen wir uns nicht: das ist eine Nottaufe. Henriette Riemann hat sich selbst davor entsetzt, daß sie so weitschweifende Schicksale träumte. Sie bereut, sie schränkt ein. Sie hätte aber schon früher mit mehr Fleiß auf eine Regelung dieses Romanarrenlebens denken müssen.

Schnell werden die Talente heute gebraucht. Auch Otto Rung, der mit sehr zarten Mitteln seine Kunst betrieb, verfiel. *Die lange Nacht* /Frankfurt, Rütten & Loening/, diese Blindheit der irdischen Augen, diese Düsterteit um das Gemüt, die er jetzt beschreibt, sind nicht mehr Erfindungen eines reinen Dichters. Der Roman ist nur noch das sorgsam ausgedachte, nicht immer sehr geschickt geschriebene Buch eines unterhaltenden Mannes. Zu sehr unwahrscheinlichen und trotzdem vielfach geschilderten Modellen ähnelt der Mann, der gewissenlos die nächsten Freunde betrügt, um sich allein im Reichtum zu erhalten, dieses Börsengenie und dieser Halbverbrecher Holman. Viel Routine und Geschmack, das sind die Eigenschaften des Romans. Er enthält ein Kapitel, das viel mehr ist: Der blinde Holman hat zahlreiche Gäste geladen. Üppig ist gedeckt worden. Doch keiner kommt. Nun sitzt er allein, nur mit einer bezahlten Gesellschaftsdame, nur mit einem verzagten Sekretär am riesigen Tisch. Und er will die schreckliche Leere im Speisesaal nicht empfinden. Er läßt auftragen. Und die Lakaien werden von Grauen gepackt. Erst fürchten sie sich, dann rebellieren sie wie freigelassene Bestien und plündern und schmausen alle Leckereien selbst. Und sie höhnen mit einem furchtbaren Chor am Ende den Blinden aus. Das ist eine Szene mit Gewalt und Poesie.

Von Auguste Hauschner, der Frau, die sich an alle modernen Gedanken schmiegt, der es beliebt die feine Kultur der modernen Sinne für sich zu erwerben, wurde ein Roman *Die große*

Pantomime geschrieben /Berlin, Fleischel/. Wenn sie sich auf der Höhe der ersten Buchkapitel gehalten hätte, würde sie ein zur Charakteristik moderner Gesellschaft sehr wichtiges Buch geschrieben haben. Denn sie berührt ernste Fragen, sie hat die Fragen sorgsam geprüft. In dem Roman hält ein moderner Ästhetiker, der sich ums Theater vor allem bekümmert, Vorträge, und seine Theorie wird durch eine Tänzerin in Wirklichkeit umgesetzt. Es ist keine Tänzerin von akademischer Schulung sondern ein Naturgenie, das gegen bürgerliche Schranken anläuft. Sie gelangt durch Instinkt zu ihrer Kunst. Die große Pantomime, das wird ihr Meisterstück. Aber sie muß auch erst einige Liebesabenteuer erleben, ehe sie ihr Genie frei zeigen darf. Frau Hauschner erzählt das recht unterhaltend. Sie klärt die Psychologie der Frau manchmal auf, und sie weiß von den Zusammenhängen zwischen Toilettetisch und Seelenstimmung Lehrreiches zu sagen. Dann ermüdet sie leider im Werk, verfällt der Routine, verachtet nicht mehr die Tradition des Bohème- und Theaterromans. Die Tänzerin hat schließlich in Amerika ihren Weltruhm begründet. Sie ist imstande das Theater toll zu machen, sie ist aber auch von einer gewissen Trübseligkeit demoliert. Als sie im europäischen Theater auftreten soll, fällt eben die Verstimmung über sie. Und es scheint, daß sie bald ein erloschenes Genie sein wird. Da macht sie die Probe, indem sie selber zu den Menschen redet, indem sie allsogleich die größere Beredtsamkeit ihrer Beine beweist. So siegt sie mit ihrer Pantomime noch einmal. Wir sollen erraten, daß sie vielleicht noch fünfzigmal siegen wird. Aber ein Wurm frißt trotzdem an ihrem Gemüt, und so mag ihr Glück nicht sehr beständig sein. Der Skandinave Per Hallström ist gutmütig, als Erzähler etwas weit-schweifig, schnurrig, ohne daß sein Witz Welten einreißt. Er nennt seine Geschichte ausdrücklich einen *Schelmanroman* /Leipzig, Inselverlag/ und verlangt also das Lachen. Es ist auch kein übler Gedanke dem halb genialen, halb schwachsinnigen Projektenschmied einmal ins Herz zu leuchten. Dieser Mann trägt den Kopf voll von Erfindungen, von Methoden ein Millionär zu werden. Und es ist seine Tragikomik, daß er ein Schlucker bleiben, daß er sogar ein Schwindler werden muß. Und

hat er einmal den Beutel voll von Dukaten, dann stiehlt ihm das Unglück den Reichtum weg.

×

Neuausgaben Jetzt ist endlich die Zeit gekommen, daß man auch Christian Dietrich Grabbe wieder zu erkennen beginnt. Zwar so verschollen war dieser Dichter nie, daß man es nötig hätte ihn jetzt *auszugraben*. Aber er war dieser Generation doch schon recht fremd geworden. Und er war doch in Wahrheit eine genialische Natur, wenn sie auch nie zur Entfaltung kommen konnte, da schwere Krankheit den Geist fesselte. An seinem *Napoléon*, an *Scherz*, *Satire*, *Ironie*, auch an *Don Juan* und *Faust* kann man nur ahnen, was in Grabbe war, ohne ganz ans Licht zu können. In den *Sozialistischen Monatsheften* (1912, 3. Band, pag. 1200 ff.) hat Moritz Heimann unlängst versucht ein Bild seiner Tragik zu geben. «Hat der sterbende Dichter gefühlt, daß er es mit seiner ganzen Laufbahn nur bis zum Anfang gebracht hat?» fragt er. «Aber das wäre weit genug.» Es liegt ein Geheimnis um den Grabbeschen Charakter, und die Gelehrten haben jetzt angefangen sich mit ihm zu beschäftigen. Da jetzt die von den Psychiatern mit neuen Augen versehenen Kunstrichter Neues, bisher nicht Erkanntes in diesem Charakter fanden, so sind vor allem die ganz persönlichen Bekenntnisse des Dichters von Wert. Sie waren bisher schwer zugänglich. Sie fehlten in der Reclamschen Grabbeausgabe, die der nüchterne Rudolf von Gottschall noch besorgt hat. Sie fehlten auch in der Meyerschen Ausgabe. Alle diese Editionen werden jetzt überholt durch die Arbeit des Prager Germanisten Spiridion Wukadinovic. In 6 Teilen reiht er die Grabbeschen Werke der *Goldenen Klassikerbibliothek* des Bong-schen Hauses an, die hier schon vielfach gerühmt werden konnte, und die sich mit jedem Jahr neue Verdienste erwirbt. Daß er die Briefe so reichlich berücksichtigte, ist besonders zu loben. Er kann sogar auf bisher Unveröffentlichtes hinweisen. Mit solchem Material hätte er allerdings die einleitende Biographie noch tiefer anlegen sollen. Das hätte der Popularität der Ausgabe durchaus nicht geschadet, die wohl die beste der vorhandenen Grabbeausgaben genannt werden kann.

Die *Goldene Klassikerbibliothek* schreitet rüstig vorwärts. Die bedeutendsten Dichter der Weltliteratur hat sie schon

umspannt. Nach den Genies kommen nun die Talente. Monty Jacobs gab dort eine Auswahl von Achim von Arnims Werken heraus: 4 Teile, in 2 Bänden gebunden. Sie enthalten alles Wesentliche und noch einiges darüber, alles, was von Arnim auch noch nach 100 Jahren wirklich gelesen werden kann. Eine vollständige Neuauflage hat keinen Lebenswert mehr, dient nur dem Snob zur Freude, dem Literaturfreund zur Last. In dieser weisen Beschränkung bewährt sich der Takt der Leitung dieses Unternehmens.

Auch eine treffliche Auswahl der Erzählungen Heinrich Zschokkes befindet sich jetzt in dieser Bibliothek; Hans Bodmer hat sie in 12 Teilen besorgt. Zschokke gehört sicherlich nicht zur großen Literatur, und das meiste ist mit seiner Zeit verklungen. Aber gerade seine Erzählungen sind im guten Sinn volkstümlich und auch noch von erstaunlicher Frische. Sein Humor ist zwar bürgerlich, aber sympathisch. Und neben der Enge der heutigen schweizerischen Erzähler wirkt der alte Zschokke (der allerdings kein geborener Schweizer war) als der bei weitem weniger philiströse. Man kann daher auch diese Neuauflage nur billigen.

Ein besonders guter Gedanke des Verlags dieser Bibliothek aber war es die *Sturm und Drang*-Dichter zu bringen. Allerdings nicht einzeln. Alle zusammen sind sie jetzt in 2 Bänden vereinigt: Gerstenberg, Leisewitz, Lenz, Wagner, Klinger und Maler Müller. Von jedem nahm der Herausgeber, Dr. Paul Freye, das für ihn Wichtigste und somit auch für jene merkwürdige Epoche, die uns wieder so nahegerückt war.

Dieser Sammlung ist in mancherlei Beziehung die Einzelausgabe der *Ritter vom Geiste* zur Seite zu stellen, die Reinhold Gensel in 3 Teilen hier herausbrachte. Dieser Roman Karl Gutzkows gehört nicht nur in die Literatur, sondern namentlich in die Zeitgeschichte. Und gerade wegen der Zeit, deren Dokument er ist, und mit der wir doch mehr verknüpft sind als reines Ästhetentum heute begreifen und zugestehen möchte, wird man dieses Werk, dessen Umfang für einen Roman unserer Tage unmöglich wäre, heute lesen können, ohne die Geduld zu verlieren.

Das Aussehen der *Goldenen Klassikerbibliothek* ist hier schon oft anerkannt worden. Ihr sauberer und komfortabler Druck hebt sie über die meisten populä-

ren Klassikersammlungen. Von ihren Einbänden ist der moderne Kaliko-, namentlich aber der moderne Halbfranzband sehr zu loben; dieser glatte schöne Lederrücken erquickt das Auge durch den Mangel an irgendwelcher Verschnörkelung. Nur eins sei noch bemerkt: Wenn jemand alle seine Klassiker sich in der Ausgabe dieser Bibliothek anschafft (und ihre Reichhaltigkeit kann ihn dazu veranlassen), so wird er es doch übel empfinden, daß nun alle Bände das gleiche Aussehen haben, was nicht nur auf dem Bücherregal ermüdend wirkt, sondern auch die rasche Unterscheidung der einzelnen Werke unmöglich macht. Wäre es nicht zweckmäßig, daß der Verlag die Bibliothek nur in 1 oder 2 Einbänden herstellt, dafür aber jedem Dichter eine besondere Farbe für den Einband gibt? Mir scheint, daß eine solche Verschiedenfarbigkeit den Wert der Bibliothek als Ganzes erhöhen und die Lust sie anzuschaffen noch vergrößern würde.

× **Kurze Chronik Islands größter Dichter,** Steingrímur Thorsteinsson, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. × Die schweizerischen Schriftsteller haben das Beispiel der deutschen nachgeahmt und einen Schutzverband gegründet. × *Schwarz-Weiß-Hellgrün* ist ein frisch geschriebener Roman von Carl Bulcke /Leipzig, Elischer/. Tüchtigkeit und Konnexionen schaffen das Glück, die Ministerstelle und die Ehe eines braven Couleurbruders. Und dabei eine merkwürdige Psychologie in dem Verhältnis des ewig geschobenen Helden zu den (vielen) Frauen. Man liest das Buch mit Staunen, und man denkt dann nach. × Mit Grogstimmung und oft sehr ergötzlichem Seemannshumor erzählt Ewald Gerhard Seeliger, der famose Verfasser des *Schreckens der Völker*, der Darsteller seltsam spannenden Lebens in südlichen Breiten, exotische Humoresken (*Buntes Blut* /München, Georg Müller/). × Etwas breit, etwas banal, nur Ein- und Abfälle bei größerer Arbeit sind Wilhelm Hegelers Novellen, die unter dem Titel *Eros* durchaus artige, mit leichter Überlegenheit erörterte Probleme erklären /Berlin, Fleischel/. × Heinrich Siemers Buch *Meine 5 Klosterjahre* /Hamburg, Janßen/ will nicht rein belletristisch wirken sondern eher aufklärend. Und es entwirft sehr belehrende Bilder aus

dem Klosterleben, Bilder, die mit Ruhe und zum Glück ohne billige Polemik gemalt sind. × Heinrich Ernst Kromers Roman *Arnold Lohrs Zigeunerfahrt* /Frankfurt, Rütten & Loening/ schildert die Not des zigeunernden Künstlers mit Kunsthändlern, Mäzenen und allerhand Anhängseln. Auch hier ist der dokumentarische Wert des Erzählten größer als der poetische. × Jürgen Jürgensen, der beste Kolonialschriftsteller, der aus eigener Anschauung Afrika kennt, hat zahlreiche poetische Talente. An spannenden Szenen, an sehr interessanter Psychologie der Weißen und Schwarzen ist auch sein neuer Kongoroman *Die große Expedition* sehr reich /Frankfurt, Rütten & Loening/. × Jung lyrisch gestimmt ist Otto Zoff, der denn auch in seinem Roman *Das Haus am Wege* die Liebesirrungen eines Studentleins sehr subjektiv, mit nichtepischen Elementen überfrachtet, erzählt /Frankfurt, Rütten & Loening/.

× Literatur

Leo Tolstoj und seine Frau, Tolstoj und seine Tanten, das ist ein so verworrenes Kapitel in dem Leben dieses großen Mannes. Im Blut seiner Familie lag viel geistiges Talent, doch nicht minder adlige Verkommenheit, Vorurteil und Hochmut, die zum Himmel schreien. Die Geheimakten zur Tolstoj'schen Psychologie werden jetzt nach seinem Tod aufgedeckt. Des Dichters Base, die Gräfin Alexandrine Tolstoj, ist eine von den lieben Verwandten, die sich störend in die Ruhe des Mannes eingedrängt haben. Er hat diese Beunruhigung gewollt, aber er liebte ja mancherlei Qual. Er füllte ein gut Teil seiner Tage aus, indem er die Zufriedenheit verjagte und die Schönheit von sich schied, die ihn hätte erfreuen können. Diese Gräfin Alexandrine hat ungewöhnlich lange Briefe mit ihrem Vetter gewechselt. Das ist alles natürlich sorgfältig aufbewahrt, und es ist in die Verwaltung der russischen Akademie gekommen. Diesen Briefwechsel L. N. Tolstoj's mit der Gräfin A. A. Tolstoj, der von 1857 bis 1903 geht, gibt jetzt Ludwig Berndt deutsch heraus /München, Georg Müller/. Alexandrine hat sich nie verheiratet. Sie hat nur russische Prinzessinnen erzogen und in ihren Ferien eine Rettungsanstalt für Prostituierte eingerichtet. Auf dem Bild erscheint sie als alte Jungfer mit etwas harten Zügen. Aber es redet doch aus den Linien ihres Ge-

sichts eine Neigung zu geistiger Arbeit. Da wird anfänglich, im Jahr 1859, ein bisher kaum bekannter Tolstoj ange-redet: ein lyrischer, sehr artiger, sehr geselliger junger Mann, der bei offenem Fenster mitten im Riesengarten seines Guts sitzt und auf dem Klavier den Nachtigallen ihre Triller nachzuspielen versucht. Und das Rätsel ist zu lösen, wie dieser Aristokrat, der viel im Süden rings um Italien gereist ist, der an Freundesgelagen teilgenommen, der gar keine Ungeschicklichkeit im Vergnügen mit anständigen und anderen Frauen gezeigt hat, plötzlich den Bart wachsen ließ, um ein Urmensch zu sein. Alexandrine, die etwas philisterhaft denkt, meint einfach: Laune. Das ist eine Ausflucht, keine Erklärung. Tolstoj erklärt sich ein wenig selber. Er erzählt von seinem cholertischen Temperament, von seiner Bereitschaft zu Wutanfällen, von seinem Blutandrang nach dem Kopf. Endlich erzählt er von den winzigen Unbequemlichkeiten, mit denen die russische Autokratie ihn zuerst gereizt hat. Alle diese Stimmungen erscheinen als Rückschlag, als Erschlaffung nach den Zeiten geistiger Überanstrengung. Der Dichter will sich in der Moral und im religiösen Fühlen erheben. Alexandrine aber legt das nach ihrer Borniertheit aus. Sie fragt in ihren Lebenserinnerungen: Warum hat Leo seinen Kindern die Lebensfreude verboten? War er doch selber lebensfreudig einmal. Er hat das alles vergessen, er ist ein kurioser Heiliger geworden. Alexandrine ist höchst verwundert darüber. Sie würde es nicht sein, hätte sie zum Beispiel im Leben Buddhas, des Herrn der Weisheit, nachgelesen. Der hat auch so üppig gelebt, mit Tänzerinnen vor den Augen, mit Brathühnern auf dem Teller, wie der junge Tolstoj. Trotzdem hat ihn plötzlich die Sehnsucht nach der Kasteiung, nach der allein nährenden Gottesbe-trachtung überwunden. Verzichten, einschrumpfen im Diesseits, um empor nach dem Jenseits zu blühen: das träumte, das lehrte Buddha, das lehrten auch die prophetischen Geister unserer Bibel, und das lehrte Lew Nikolajewitsch Tolstoj in unserer Zeit.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Panamakanal In der letzten Zeit wurde mehrfach über die Erd-rutsche am Panamakanal berichtet. Wenn auch hierdurch die

Vollendung des gewaltigen Bauwerks nicht in Frage gestellt wurde, namentlich da der amerikanischen Regierung im Gegensatz zu einer Privatgesellschaft nahezu unbeschränkte Geldmittel zur Verfügung stehen, so wird doch die Aufnahme des Betriebs auf dem neuen Schifffahrtsweg, die man vor etwa einem halben Jahr bereits für die allernächste Zeit in Aussicht stellte, immerhin verzögert werden. Auch die Gesamtkosten, die ursprünglich auf etwa 900 Millionen Mark angenommen waren, werden jetzt bereits auf 1700 Millionen geschätzt. Der Seespiegelkanal würde rund 2500 Millionen gekostet haben.

Die sich ständig wiederholenden Erdbeben zeigen, wie richtig es war, daß man statt des ursprünglich vorgeschlagenen Niveaukanals einen Schlukenkanal gewählt hat, da sonst bei dem leicht zu Rutschungen neigenden Boden die Schwierigkeiten und damit die Baukosten infolge der viel tieferen Ausschachtungen noch ganz erheblich größer und nahezu unabsehbar geworden wären. Durch die Schluken ist auf der Kanalstrecke eine Vertiefung von etwa 26 Meter erspart worden. Im Culebraeinschnitt sind trotz der jetzt erforderlichen geringen Ausschachtungen dennoch Seitenwände von 45 bis 80 Meter Höhe auf rund 5 Kilometer Länge stehen geblieben, die ursprünglich mit einer Neigung von 5 zu 1 abgeflacht wurden. Das Kanalbett ist im Culebraeinschnitt an der Sohle 91, am Wasserspiegel 122 Meter breit. Die Erdbeben waren namentlich im Jahr 1912 sehr bedeutend und betrug rund 34,5 % der ganzen Arbeit. Für den Betrieb des Kanals bedeutet die Beschaffenheit des Erdreichs, namentlich im Culebraeinschnitt, eine ständige Gefahr, so daß auch die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens allein durch diese Vorfälle stets in Frage gestellt sein wird.

Mittlerweile ist der Kanal mit Wasser gefüllt worden. Die trennende Schranke zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean wurde in einem feierlichen Akt, wie die Amerikaner ihn lieben, beseitigt: Der Präsident Wilson drückte in Washington auf einen Knopf, und auf dem Isthmus von Panama strömten die Wasser der Weltmeere zusammen. Der eigentliche Bau des Kanals ist damit beendet.

Man mag den Panamakanal wirtschaftlich und politisch beurteilen wie man will, auf jeden Fall wird er für die pazifische Küste nicht bloß der Vereinigten Staaten sondern ganz Amerikas von um-

wälzender Wirkung sein. Bis vor kurzem war San Franzisko der einzige größere Hafen an der Westküste der Union; aber dieser Zustand wird bald gewesen sein. Es ist ja klar voraussehen, daß zwischen den beiden Küsten Amerikas im Osten und im Westen durch den Kanal hindurch bald ein reger Verkehr fluten wird. Um diesen bewirbt sich nunmehr bereits eine Reihe Hafenstädte, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auf diese Weise San Franzisko sogar ein wenig in den Hintergrund gedrängt werden wird. 3 Häfen sind es, die besonders als Konkurrenten in Betracht kommen: Portland an der Trichtermündung des Columbiaflusses, Tacoma und Seattle am Admiralty Inlet der San Juan de Fuca-Straße. Alle 3 Städte haben da eine gemeinsam, daß sie in fruchtbaren Niederungen liegen, die zu den besten Kornkammern der Welt zählen, ferner, daß sie in der Nähe gewaltiger Gebirgsketten sind, deren Waldbestand schier unerschöpflich ist. Sie liegen schließlich alle 3 tief im Innern des Landes und haben trotzdem so günstige Zufahrt zur See, daß tiefgehende Seedampfer bis zu ihnen einfahren können. Portland ist die Hauptstadt von Oregon und liegt 170 Kilometer von der pazifischen Küste entfernt; Seattle und Tacoma befinden sich ein beträchtliches Stück hinter dem Küstengebirge, und doch können die großen Seeschiffe einfahren, obwohl Seattle 225, Tacoma gar 270 Kilometer von der Küste entfernt ist. Seattle ist noch besonders dadurch begünstigt, daß eine Pacificbahnlinie dort endet. Die Stadt hat in den letzten 10 Jahren ihre Einwohnerzahl verdreifacht und zählt heute 220 000 Einwohner. Auch Tacoma hat davon profitiert, denn heute hat es bereits 110 000 Einwohner, während es 1910 noch nicht 38 000 zählte. Durch den Endpunkt der neuen Pacificlinie bei Seattle ist Portland in seiner Entwicklung etwas zurückgeblieben; jetzt sind Seattle und Tacoma Endpunkte dreier transkontinentaler Linien, während in Portland nur 2 endigen. Seattle wird zu alledem noch für das Alaskagebiet, von dem man eine gewaltige Entwicklung vermutet, der Vermittlungsort sein. Die Häfen des Pugetsunds werden aller Wahrscheinlichkeit nach für die Ostwestschifffahrt durch den Kanal die gegebenen Endpunkte sein. Darunter dürfte San Franzisko doch leiden, wenn auch bei der Verkehrssteigerung zu erwarten steht, daß es nicht rückwärtsgehen wird. Die genannten 3 Städte treffen auch be-

reits umfangreiche Vorkehrungen, um den zu erwartenden Verkehr aufzunehmen. Seattle allein wird in wenigen Jahren nicht weniger als 65 Kilometer Quailänge zur Verfügung haben.

× **Berlin:** Je länger desto mehr zeigt sich, wie falsch es war nicht von vornherein einen

Generalplan für das Berliner Schnellbahnnetz auszuarbeiten. Als die Berliner Hochbahngesellschaft durch den sich entwickelnden Verkehr überrascht wurde, konnte man wohl voraussehen, daß in einer Stadt, in der die Straßenbahnverhältnisse so verfahren lagen wie in Berlin, in einer Stadt mit so ungeheurem Verkehr wie die Reichshauptstadt, ein Schnellbahnfieber einsetzen würde, das keineswegs zugunsten der Stadt auslaufen konnte. So wirtschaftet denn die erste Gesellschaft darauflos, einzelne Gemeinden schließen sich an, die Stadt brachte mit Ach und Krach eine notwendige Bahn durch, und neuerdings ist die Linie der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* Moabit-Neukölln genehmigt worden. An der städtischen Nordsüdbahn wird fleißig gearbeitet, die Linie der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* dürfte auch bald in Angriff genommen werden. Aber auch die Ostlinie, die vom Bahnhof Klosterstraße nach dem Ringbahnhof Frankfurter Allee abzweigen soll, hat nunmehr die Genehmigung erhalten. Der Bahnhof Klosterstraße wurde schon von vornherein daraufhin angelegt. Die Ostgleise werden dort in gerader Richtung unter den nach der Grunerstraße abschwenkenden Geleisen der Stadtlinie bis zur Königstraße weitergeführt, die sie bis zum Alexanderplatz verfolgen. Hier ist eine Kreuzungsstation unterhalb des Bahnhofs Alexanderplatz bereits eingebaut, deren Bahnsteig mit dem der Schönhauser Torlinie durch breite Treppen verbunden wird. Die neue Untergrundbahnlinie wird durch die Landsberger Straße gehen, wo am Büschingplatz der 3. Bahnhof angelegt werden wird. Sodann führt die Bahn durch die Weberstraße nach dem Strausberger Platz, durch die Große Frankfurter Straße und Frankfurter Allee bis in die Nähe des Ringbahnhofs. Die 4 hier angelegten Stationen werden sein: Strausberger Platz, Frankfurter Tor (Friedensstraße), Petersburger und Voigtstraße. Über die Weiterführung der Untergrundbahn nach Lichtenberg wird mit den dortigen Gemeindebehörden weiterverhandelt. Die Ostlinie ist rund 4,5 Kilometer lang. Das Netz

der Hoch- und Untergrundbahn wird nach der Fertigstellung dieser neuen Linie 33½ Kilometer umfassen, das Groß Berliner Schnellbahnnetz nach Fertigstellung der Nordsüdbahn und der Linie Moabit-Neukölln nahezu 60 Kilometer. Damit sind aber die Baupläne noch nicht erschöpft, denn schon schaut man nach weiteren Linien aus, und die Ausführungen eines Verkehrstechnikers in der *Zeitschrift des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen* lassen ahnen, wie weit sich die Augen der Gesellschaften erstrecken. Spandau und die Westgegend, aber auch die andere Umgegend Berlins sollen mit neuen Bahnen belegt werden. In der langen Zeit, während der man den Berliner Riesenverkehr zu beobachten Gelegenheit hatte, hätte man lernen können Fehler zu vermeiden. Um den Verkehr zu verbessern und den Straßenverkehr zu entlasten, legte man die neuen Erweiterungslinien der Hoch- und Untergrundbahn an, baute aber zu dem Zweck auf dem Wittenbergplatz, einem sehr belebten Berliner Platz, einen Repräsentationspalast hin, der den Straßen- und Fußgängerverkehr auf dem Platz stört und behindert. In dem Haus sind nur die Fahrkartenschalter und die Sperren untergebracht, aber mit einer Raumverschwendung, die lebhaften Protest bei der Charlottenburger Bürgerschaft wie auch in der Presse hervorrief. Früher waren die Eingänge bescheiden und zweckentsprechend, eben als einfache Eingänge ausgestaltet, und sie erfüllten ihren Zweck vollständig. Man hat das Gebäude mit dem Umsteigeverkehr begründet. Dieser konnte sich aber ebensogut oder besser durch einen oder zwei Tunnels vollziehen, die unter der Bahntrasse liegen konnten. Man hätte dann Kosten und Ärger gespart, und nicht eine Verkehrseinrichtung zur Verhinderung des Verkehrs geschaffen.

× **Berlin:** Hof Friedrich-Eng zusammen mit diesen Schnellbahnbauten hängt

× auch die Elektrifizierung der Stadtbahn und der Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße. Dieser wird 3 Bahnsteige erhalten und nach dem Norden zu verbreitert werden. Die Bahnsteige werden auch sehr stark verlängert werden, denn sie reichen im Osten bis zur Georgenstraße, im Westen bis zum Schiffbauerdamm. Die Stadtbahnsteige sollen viele Zu- und Abgänge erhalten, einer auch direkten Anschluß an die städtische Nordsüdbahn. Der Fernverkehr wird den Ankunftsverkehr auf die Georgenstraße verlegen, den Ab-

fahrtsverkehr an die neue Zufahrtstraße, die auf dem Gelände der ehemaligen Pépinière in 21 Meter Breite angelegt wird. Der Bahnhof wird ganz neu erbaut werden; die alten Viadukte und Bögen, die scheußlich und unpraktisch waren, werden abgebrochen und durch eine Eisenbetonkonstruktion ersetzt werden. Die Schwierigkeiten des Neubaus und der Umänderungen sind ganz ungeheuer, denn alles muß geschehen, während der Riesenverkehr mit seinen tausend Zügen täglich über die Gleise flutet; er darf nicht ins Stocken geraten.

×
Kurze Chronik Leipzig und Berlin sind bereits jetzt durch 2 Schifffahrtsstraßen verbunden,

von denen die eine die Havel ist, die andere durch Plauer und Ihlekanal führt. Jetzt ist im Anschluß an den Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin ein Kanal Berlin-Leipzig geplant. × Der Bau des zweiten Simplontunnels wird wahrscheinlich in 4 bis 6 Jahren vollendet sein. Die gesamten Baukosten werden voraussichtlich 36 Millionen Mark betragen. Der Tunnel wird mit 19 825 Meter etwas länger werden als der erste; die Mittelachsen beider Tunnel sind 17 Meter von einander entfernt. Bis jetzt sind schon über 2 Kilometer ausgemauert, während der Vollausbruch 3 Kilometer übersteigt. × Der Bau eines Westhafens in Berlin, der bereits im Jahr 1905 beschlossen war und der mit Rücksicht auf den Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin notwendig ist, wird jetzt begonnen; er wird am Einlauf des Großschifffahrtswegs in den Spandauer Schifffahrtskanal in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Beußeelstraße und des alten Moabiter Güterbahnhofs liegen; es sollen 2 Hafenbecken geschaffen werden, in denen 77 Kanalschiffe zu 600 Tonnen oder 123 Finowkähne zu 225 Tonnen Platz finden und 100 größere Schiffe Raum zum Überwintern haben; ferner sind ein Verschiebebahnhof, 3 große Speicher, ein elektrisches Kraftwerk und sonstige in Hafenanlagen übliche technische Einrichtungen vorgesehen. × Die neue Reichsstraßenbrücke über die Drau in Marburg ist am 23. August dem Verkehr übergeben worden. Die 3 Hauptöffnungen von je 40 Meter lichter Weite sind durch vollwandige kontinuierliche Bögen, die auf den Flusssäulen mit Rollenkipplagern liegen, überbrückt. × Unter den Harlemfluß bei New York bauen die Amerikaner einen neuen großen, aus 4 ge-

nieteten eisernen Röhren herzustellenden Tunnel von 350 Meter Länge, der 18 Meter tief unter dem Wasserspiegel liegen wird. Das Röhrensystem wird in 5 gleichen Abschnitten fertiggestellt, versenkt und schließlich mit einer Betonumhüllung versehen. Der Tunnel wird in einer gebaggerten Rinne liegen. × Zwischen der Funkenstation Nauen bei Berlin und der Station Sayville auf Long Island sind seit Januar dieses Jahres Versuche angestellt worden, bei denen es gelungen ist die etwa 6500 Kilometer weite Entfernung zu überbrücken.

×
Literatur

Eine recht anschauliche Schilderung vom Seewesen und der Schifffahrt gibt Karl Radunz in seinem Büchlein *Vom Einbaum zum Linienschiff*, einem der Bändchen aus *Dr. Bastian Schmidts Naturwissenschaftlicher Schülerbibliothek* /Teubner, Leipzig/. Das Buch dürfte nicht bloß Schülern sondern jedem willkommen sein, der sich über das Gebiet kurz orientieren will. Die ersten Abteilungen geben eine Darstellung vom Seewesen der alten Zeit, es folgen ein paar Kapitel über die Geschichte des Kompasses, vom Sextanten, dem alten Log und dabei über die Herkunft der Bezeichnung *Knoten*. Vorzüglich ist die Schilderung der *guten alten Zeit* zur See, bei der der Verfasser gründlich mit verstaubten Vorurteilen aufräumt. Diese Darstellung von dem Leben und Treiben an Bord älterer Schiffe sollte jeder lesen. Die Kenntnis jener Zustände beweist am besten die Notwendigkeit der allermodernsten Technik auf den Schiffen weit das Tor zu öffnen, und die Elektrizität hat bei diesem Sanierungswerk die allerwichtigste Arbeit geleistet. Der modernen Schifffahrt ist daher in dem Büchlein der breiteste Raum gewidmet. Es wird die Rolle des Dampfes und der Elektrizität gewürdigt, über den Bau der Schiffe kurz berichtet sowie schließlich dem heutigen Linienschiff ein besonders liebevolles Kapitel gewidmet. Es steht wohl außer Frage, daß Ruskins Schwärmerei vom Linienschiff nicht ohne Sinn ist. In der Tat vereinigt ein Linienschiff vielleicht in noch höherem Maß als ein Passagierdampfer in sich eine Summe menschlichen Könnens auf einem einzigen Haufen, in solcher Konzentration wie sie gleich nirgends anderswo wieder vorhanden ist. Hervorzuheben ist noch die erfreuliche Sachlichkeit, mit der der Verfasser seinen Stoff behandelt.